

UNIVERSITÄT  
BAYREUTH

# SPEKTRUM

Das Wissenschaftsmagazin der Universität Bayreuth ■ 15. Jahrgang ■ Ausgabe 2 ■ November 2019

RECHT & POLITIK

Afrikas Staatspräsidenten im Wettbewerb

SEITEN 28-31

GESUNDHEIT

Ebola – Vertrauen in Biomedizin?

SEITEN 68-73

SPRACHE MEDIEN KUNST

Sprachen und Identitäten in Afrika

SEITEN 74-77

THEMA

Afrika

# Liebe Leserinnen und Leser,



■ Prof. Dr. Stefan Leible, Präsident der Universität Bayreuth.

Seit Gründung unserer Universität bilden die Afrikastudien einen ihrer herausragenden interdisziplinären Schwerpunkte in Forschung und Lehre. Mittlerweile hat die Globalisierung die Nachbarkontinente Europa und Afrika näher zusammenrücken lassen. Wer aktuelle politische, ökonomische und soziale Entwicklungen realistisch betrachtet, weiß, dass zentrale Zukunftsfragen – von der Ernährungssicherheit bis zum Klimaschutz – nicht durch Abgrenzung, sondern nur in gemeinsamen Initiativen erfolgversprechend angegangen werden können.

Dabei stellt sich Afrika heute als Kontinent einer überraschenden, oftmals verwirrenden Diversität dar. Beispiele für eindrucksvolle Fortschritte in Wirtschaft und Technologie, humanitäre Katastrophen, politische Korruption und kulturelle Kreativität stehen in der medialen Berichterstattung oft unvermittelt nebeneinander. Die Afrikastudien sehen sich daher herausgefordert, durch die Vernetzung unterschiedlicher Disziplinen, Standorte und Forschungsperspektiven zu einem besseren Verständnis dieser Verflechtung tatsächlicher oder scheinbarer Gegensätze beizutragen. Auch deshalb sind „Multiplizität“ und „Relationalität“ Schlüsselbegriffe unseres Exzellenzclusters „Africa Multiple“, der zu Beginn des Jahres 2019 seine Arbeit aufgenommen hat und in

Europa eines der führenden, international sichtbaren Zentren für Afrikaforschung ist.

Auch in unserer neuen SPEKTRUM-Ausgabe spiegelt sich diese Vielfalt des afrikanischen Kontinents wider. Darin geht es beispielsweise um das von Ungewissheit geprägte Leben in Flüchtlingslagern, Zukunftsvorstellungen städtischer Mittelschichten, die wachsenden ökonomischen Verflechtungen mit Ländern des globalen Südens oder die Sprachenvielfalt in Afrika. Die Beiträge zeigen beispielhaft, wie sich die Bayreuther Afrikastudien mit diesen aktuellen und spannenden Themen auseinandersetzen: mit oftmals langjährigen Feldforschungen vor Ort, weltweiten wissenschaftlichen Vernetzungen und immer mit einem Blick für die oft unterschätzten Zukunftsperspektiven Afrikas.

Es grüßt Sie herzlich

Ihr



Prof. Dr. Stefan Leible  
Präsident der Universität Bayreuth

## Weitere SPEKTRUM-Ausgaben

Auf der Homepage der Universität Bayreuth finden Sie unter anderem auch die vorigen SPEKTRUM-Ausgaben zu den folgenden Themen:

- 1/2019: Batterien
- 2/2018: Krieg
- 1/2018: Planet Erde
- 2/2017: Nachhaltigkeit
- 1/2017: Governance
- 2/2016: Molekulare Biowissenschaften
- 1/2016: Innovationen
- 2/2015: Digitalisierung
- 1/2015: Kulturbeggnungen und transkulturelle Prozesse

- [www.uni-bayreuth.de/de/universitaet/presse/spektrum](http://www.uni-bayreuth.de/de/universitaet/presse/spektrum)

» **F**orschung über Afrika nur gemeinsam mit Afrika“ lautet das Credo der Afrikastudien, seit sie vor mehr als vier Jahrzehnten an der Universität Bayreuth als ein interdisziplinärer und international ausgerichteter Schwerpunkt etabliert wurden. Aufgrund ihrer wissenschaftlichen Exzellenz werden von ihr auch in Zukunft wesentliche Impulse für die Intensivierung und den Ausbau der weltweiten Kooperationen der Universität Bayreuth ausgehen.

Für den Frühsommer 2020 ist die Einrichtung eines Gateway Office der Universität Bayreuth in Bordeaux geplant: Es ist nach den Gateway Offices in Shanghai und in Melbourne bereits die dritte Einrichtung dieser Art und wird unsere internationale Vernetzung auf europäischer Ebene weiter stärken. Der Standort Bordeaux spielt auch bei unserer innereuropäischen Vernetzung im Bereich Afrikastudien eine entscheidende Rolle – mit ein Grund für diese Standort-Entscheidung.

Zusammen mit renommierten Partnerinstitutionen in allen Kontinenten wollen wir multilaterale Forschungsvorhaben und Studienprogramme auf dem Gebiet der Afrikastudien realisieren und dabei neue Konzepte der Internationalisierung entwickeln und umsetzen. Der Exzellenzcluster „Africa Multiple“ wird in enger Kooperation mit vier Universitäten, den

African Cluster Centres (ACCs) u. a. die Potenziale der Digitalisierung für eine transdisziplinäre Zusammenarbeit nutzen und dabei zugleich ganz unterschiedliche Wissenschaftskulturen vernetzen.

Der „Spirit of Excellence“ der Bayreuther Afrikastudien spiegelt sich auch in der neuen SPEKTRUM-Ausgabe wider, an der sich afrikanische Wissenschaftler\*innen mit ihren Forschungsideen und -erfahrungen beteiligt haben. Die Forschungsarbeiten, aus denen diese Beiträge hervorgegangen sind, hätten ohne enge und vertrauensvolle Kontakte zwischen der Universität Bayreuth und ihren Partnereinrichtungen in Afrika nicht realisiert werden können. Es würde mich freuen, wenn die Beiträge Ihnen neue und überraschende Eindrücke im weiten Feld der Afrikastudien vermitteln können.

Mit besten Grüßen,

Ihr



Prof. Dr. Thomas Scheibel  
Vizepräsident der Universität Bayreuth  
für die Bereiche Internationalisierung,  
Chancengleichheit und Diversity



■ Prof. Dr. Thomas Scheibel ist Inhaber des Lehrstuhls für Biomaterialien an der Universität Bayreuth

IMPRESSUM

SPEKTRUM-Magazin der Universität Bayreuth

**Auflage:**  
deutsche Ausgabe: 1.500 Stück  
englische Ausgabe: 500 Stück

**Herausgeber:**  
Universität Bayreuth  
Stabsabteilung Presse, Marketing  
und Kommunikation (PMK)  
95440 Bayreuth  
Telefon (09 21) 55 - 53 56 / - 53 24  
pressestelle@uni-bayreuth.de

**Redaktionsleitung:**  
Christian Wißler (V.i.S.d.P.)

**Druck:**  
bonitasprint gmbh, Würzburg

**Satz und Layout:**  
GAUBE media agentur, Bayreuth  
www.gaube-media.de

**Bildquellen-Kennzeichnung:**  
sst: www.shutterstock.com



■ Christian Wißler M.A.,  
Fachwirt Public Relations (BAW),  
Stabsabteilung PMK  
der Universität Bayreuth,  
Wissenschaftskommunikation.

Alle Beiträge sind bei Quellenangaben und Belegexemplaren frei zur Veröffentlichung.

■ Titelseite: Blick auf Kapstadt und den Tafelberg (sst).

■ Abb. links: Holzfiguren des tansanischen Künstlers George Lilanga (Foto: Christian Wißler).

■ Kopfbild Inhaltsverzeichnis Seite 5: sst

■ Heft-Rückseite: Yassine Balbzioui, Wandmalereidetails: Flying Wall (2017) (Fotos: Iwalewaha, Universität Bayreuth / Collage: Andreas Gaube).

# Afrika

- 2 Grußwort**  
Prof. Dr. Stefan Leible  
Präsident der Universität Bayreuth
- 3 Editorial**  
Prof. Dr. Thomas Scheibel  
Vizepräsident der Universität Bayreuth  
für die Bereiche Internationalisierung,  
Chancengleichheit und Diversity
- 3 Impressum**
- 4 Inhaltsverzeichnis**

## Forschung & Studium

- 6 Ein Exzellenzzentrum der Afrikastudien**  
Der Exzellenzcluster „Africa Multiple“  
der Universität Bayreuth



Einkaufstaschen aus Naturmaterialien statt Plastiktüten (Foto: O.R. Owino).

22

- 10 Hochschulkooperationen in Afrika**  
Das Projekt AMAS als Pionier einer vernetzten Wissensproduktion
- 14 Dekolonisierung des Wissens**  
Postkoloniale Verflechtungen und neue intellektuelle Impulse
- 18 Rechtswissenschaft in der Ostafrikanischen Gemeinschaft**  
Erfahrungen und Perspektiven in kooperativer Forschung und Lehre

## Flucht & Migration

- 36 Überwachen und helfen**  
Afrika in der Globalgeschichte des Flüchtlingslagers
- 40 Leben in Ungewissheit**  
Erfahrungen einer Ethnologin im Grenzgebiet von Tschad und Sudan  
*Interview mit Prof. Dr. Andrea Behrends*



Ungewisse Zukunftsaussichten prägen das Leben in Flüchtlingslagern (Foto: A. Behrends).

40

## Recht & Politik

- 22 Plastik, nein danke!**  
Plastikverbote in den Staaten der Ostafrikanischen Gemeinschaft
- 28 Afrikas Staatspräsidenten im Wettbewerb**  
Wahlverlierer als Gegenstand der Demokratisierungsforschung
- 32 Lokale Aussöhnung in Libyen**  
Eine Evaluation lokaler Vereinbarungen seit 2011



Ein Beispiel für die Herausbildung städtischer Mittelschicht-Milieus



In der Université de Mayotte. Die Komoreninsel ist Teil der Europäischen Union (Foto: R. A. Tchokothe).



In den Rechtssystemen afrikanischer Gesellschaften überlagern sich ganz unterschiedliche Vorstellungen über die Zugehörigkeit von Kindern (Foto: Ercan.Araz / Shutterstock.com).

## Gesellschaft & Ökonomie

- 46 Urbane Mittelschicht-Milieus in Afrika**  
Zur Heterogenität von Zukunftsvorstellungen in Nairobi
- 50 Höhere Nahrungsmittelpreise, mehr Kinderarbeit**  
Empirische Ergebnisse aus Uganda



in Afrika ist die kenianische Hauptstadt Nairobi (sst).

- 54 Wachsender Energiekonsum durch steigenden Wohlstand?**  
Zum Haushaltsenergieverbrauch in Kenia, Spanien und Deutschland
- 58 Kindheit und Zugehörigkeit**  
Neue Perspektiven für die sozialwissenschaftliche Afrikaforschung



Brasilien, China und andere Länder des globalen Südens beeinflussen zunehmend die Zukunft Afrikas (Foto: Ungureanu Catalina Oana / Shutterstock.com).

- 62 Afrikas Süd-Süd-Beziehungen**  
Zum Beispiel: Bergbau und Eisenbahnstrecken in Mosambik
- 67 Afrikas Infrastruktur und der globale Süden**  
Das EU-Forschungsprojekt INFRAGLOB

## Gesundheit

- 68 Vertrauen in Biomedizin?**  
Ebola zwischen technologischem Fortschritt und sozialem Widerstand
- 73 Aktuelle Forschungsprojekte zu Ebola**



Der südafrikanische Künstler Mbongeni Buthelezi verwendet für seine Gemälde einen Werkstoff, den er aus Plastikabfällen gewinnt (Foto: K. Fink)

## Sprache Medien Kunst

- 74 Sprachen und Identitäten in Afrika**  
Von ethnischen Sprachen bis zu sozialen Codes
- 78 Eine europäische Grenze in Afrika**  
Die Komoren im Fokus literarischer Kritik
- 83 Swahili als Medium der Dekolonisierung**  
*Interview mit Dr. Rémi Armand Tchokothe*

- 84 Charakter und Schönheit**  
Artists in Residence und ihr künstlerisches Schaffen im Iwalewahaus



FORSCHUNG & STUDIUM

■ Sabine Greiner

# Ein Exzellenz- zentrum der Afrikastudien

Der Exzellenzcluster  
„Africa Multiple“  
der Universität Bayreuth

■ *Blick auf das Campusrundell der Universität Bayreuth  
(Foto: © Christian Bay).*

Im Januar 2019 hat der neu gegründete Exzellenzcluster „Africa Multiple“ seine Arbeit an der Universität Bayreuth aufgenommen. Inspiriert und unterstützt wird der Cluster durch das Engagement herausragender Partnerinstitutionen auf dem afrikanischen Kontinent. Der Cluster, der von der Exzellenzstrategie des Bundes und der Länder gefördert wird, baut dabei auf einem renommierten Spezialgebiet der Universität Bayreuth auf: In den letzten vier Jahrzehnten hat sich die Universität Bayreuth zu einer der international führenden Institutionen für Afrikastudien entwickelt.

In einem inter- und transdisziplinären Ansatz arbeitet der Exzellenzcluster „Africa Multiple“ eng mit afrikanischen Universitäten und Forschungszentren zusammen, um die interdisziplinäre Forschung und Nachwuchsförderung in Bayreuth weiter voranzutreiben und noch stärker in sein expandierendes internationales Netzwerk einzubetten. Der Cluster stellt die Afrikastudien auf ein breites Fundament, indem er innovative Forschungsmethoden mit einer großen Bandbreite von akademischen Disziplinen verbindet – von Kulturwissenschaften über Literatur und Linguistik, Geschichte und Politik, Recht und Wirtschaft bis hin zur Geographie und den Ingenieurwissenschaften. Durch die gemeinsame Arbeit an Forschungsprojekten erzielen die am Cluster beteiligten Wissenschaftler\*innen transdisziplinäre

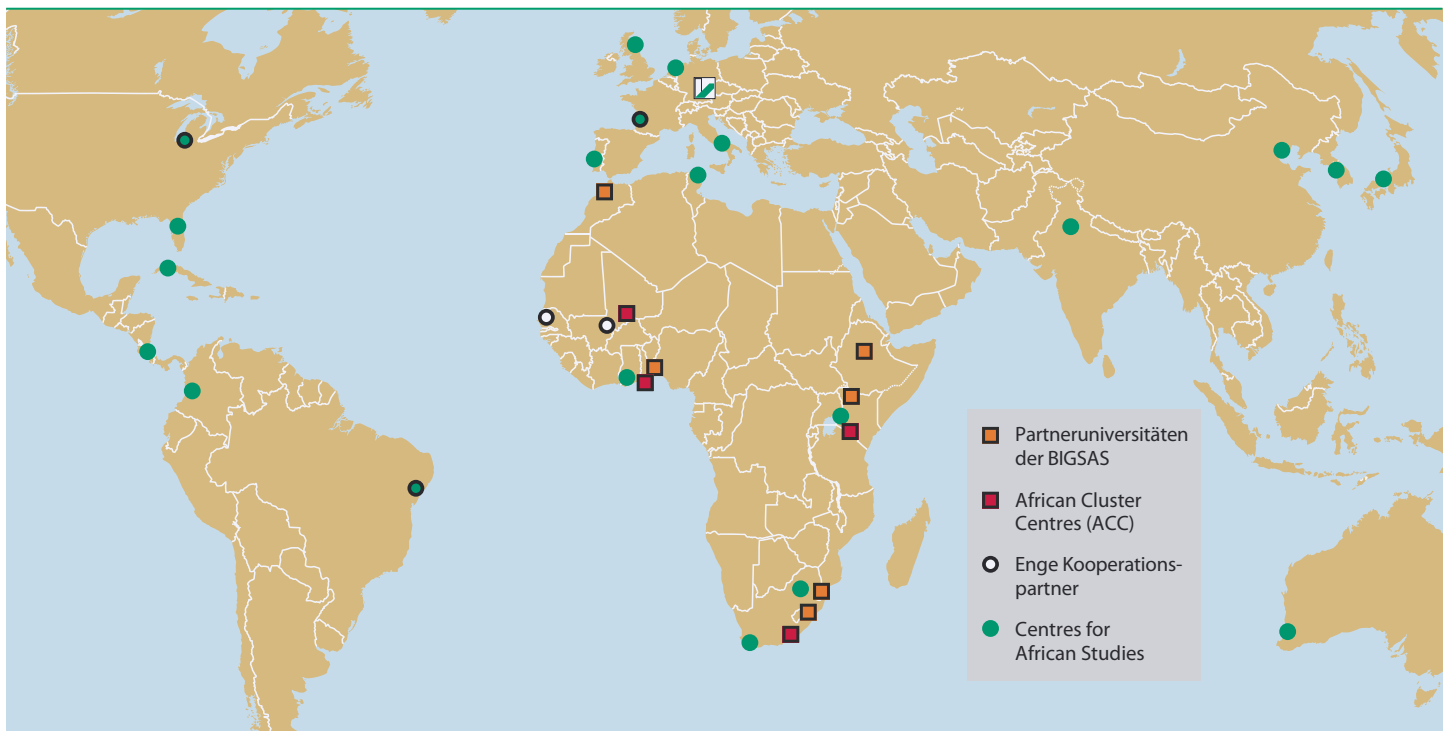
## „Durch die gemeinsame Arbeit an Forschungsprojekten erzielen die am Cluster beteiligten Wissenschaftler\*innen transdisziplinäre Synergien.“

Synergien. Dabei sollen neue Perspektiven mit und für den afrikanischen Kontinent einschließlich seiner Diasporas, also die in anderen Erdteilen lebenden Menschen mit afrikanischen Wurzeln, entwickelt werden.

Der Cluster umfasst sechs thematische Bereiche, die sogenannten „Research Sections“: „Moralties“, „Knowledges“, „Arts & Aesthetics“, „Mobilities“, „Affiliations“, und „Learning“. Zusätzlich werden neue und innovative Ansätze, die diese Bereiche verbinden oder darüber hinaus gehen, gefördert. Allen Forschungsaktivitäten innerhalb des Clusters liegt eine gemeinsame theoretische Basis zugrunde, die auf den Leitbegriffen „Multiplizität“, „Relationalität“ und „Reflexivität“ aufbaut:

- „Multiplizität“ meint dabei nicht allein die Vielfalt Afrikas. Dieses Konzept soll, im Sinne von „Vielheit“, auch die Gleichzeitigkeit heterogener und sich gegenseitig beeinflussender Lebenswelten erfassen, die in Afrika und seinen Diasporas anzutreffen sind.

■ Abb. 1: Internationale Kooperationspartner des Exzellenzclusters „Africa Multiple“ (Grafik: Andreas Gaube / sst).



■ Abb. 2: Die internationale Konferenz „Africa Multiple: Conversations and Building“ des Exzellenzclusters im Oktober 2019 klang aus mit einem Konzert im Markgräflichen Opernhaus Bayreuth; v.l.n.r.: Prof. Dr. Muyiwa Falaiye, University of Lagos, Nigeria (ACC); Prof. Dr. Yacouba Banhoro, Université Joseph Ki-Zerbo, Burkina Faso (ACC); Prof. Dr. Ute Fendler, stellvertretende Sprecherin des Exzellenzclusters; Prof. Dr. Peter Simatei, Moi University, Kenia (ACC); Prof. Dr. Rüdiger Seesemann, Sprecher des Exzellenzclusters; Romanautor und Satiriker Elnathan John (Berlin); Prof. Dr. Stefan Leible, Präsident der Universität Bayreuth; Prof. Dr. Enocent Msindo, Rhodes University, Südafrika (ACC) (Photo: Robert Götze / Fabrica Lux).



AUTORIN



■ Sabine Greiner ist Wissenschaftsjournalistin des Exzellenzclusters „Africa Multiple“.



**Prof. Dr. Ute Fendler**

ist stellvertretende Sprecherin und Vice Dean für Internationalisierung und Wissenschaftskommunikation des Exzellenzclusters „Africa Multiple“. Sie ist Inhaberin des Lehrstuhls für Romanische Literaturwissenschaft und Komparatistik unter besonderer Berücksichtigung Afrikas.

- Der Begriff der „Relationalität“ betont die komplexen Prozesse des Sich-Beziehens und In-Beziehung-Setzens, aus denen sich Afrika immer wieder neu konstituiert. Dieser Forschungsansatz eröffnet eine veränderte Sicht auf afrikanische Lebenswelten, die über gängige Einteilungen wie „Nord-Süd“, „global-lokal“ oder „modern-traditionell“ hinausgeht.
- „Reflexivität“ bezieht sich zunächst auf die Tatsache, dass relationale Prozesse stets auch reflexiven Charakter haben und die Beziehungen durch stete Rück- und Querbezüge beeinflusst und geprägt werden. Darüber hinaus verweist das Konzept auf die Notwendigkeit, den Forschungsprozess selbst zu reflektieren: In den Afrikastudien sind die Prämissen und theoretischen Modelle, durch die ihre Forschungen in Afrika und anderen Teilen der Welt geleitet werden, ständig kritisch zu hinterfragen. Noch immer sind bestimmte Machtstrukturen kolonialen Ursprungs wirksam. Daher gilt es, die eigene Position als Wissenschaftler\*innen im Forschungsprozess zu reflektieren und ungleiche Machtverhältnisse zu berücksichtigen.

In Fortführung des Credo der Bayreuther Afrikastudien – Afrika-Forschung nur mit Afrika – geht der Cluster zusammen mit akademischen Partnern in Afrika neuen Forschungsfragen und Theorienentwicklungen nach. Zu diesem Zweck wurden vier African Cluster Centres (ACC) in Burkina Faso, Kenia, Nigeria und Südafrika gegründet, mit denen neue Wege der akademischen Zusammenarbeit beschriftet werden:

- Universität Joseph Ki-Zerbo in Ouagadougou, Burkina Faso,
- Moi University in Eldoret, Kenia,
- University of Lagos in Lagos, Nigeria,
- Rhodes University in Grahamstown, Südafrika.

Die ACCs profitieren von der effizienten Forschungsinfrastruktur des Clusters und fungieren als aktive Partner und nicht lediglich als passive Inputempfänger aus dem Globalen Norden. Von ihren afrikanischen Standorten aus erleichtern sie den Austausch von Ideen, die Mobilität von Forscher\*innen, das Sammeln von und den Zugang zu Daten. Vor allem aber bieten die ACCs eine Plattform für reflexive Forschung über den Kontinent selbst.

Zudem pflegt der Cluster eine Reihe strategischer Partnerschaften, die teils schon heute in der Internationalisierungsstrategie der Universität Bayreuth eine wichtige Rolle spielen. Hierzu zählen das „Program of African Studies“ an der Indiana University in Bloomington/USA, das Centre Les Afriques dans le Monde in Bordeaux, das Centro de Estudos Afro-Orientais an der Universidade Federal da Bahia in Brasilien, der Council for the Development of Social



Science Research in Africa mit Sitz in Dakar sowie das Forschungszentrum Point Sud in Bamako und Frankfurt. Das Ziel ist der Aufbau eines globalen Forschungsnetzwerks mit regelmäßigem wissenschaftlichem Austausch und gemeinsamen Tagungen und Publikationen.

Der Cluster hat sich zum Ziel gesetzt, eine neue Generation junger Akademiker\*innen zu fördern, die wie der Cluster selbst neue Einblicke in die Multizipalität von Afrika und seinen Diasporas zu erlangen suchen und danach streben, Afrikastudien durch transdisziplinäre Ansätze neu zu gestalten. Ein Eckpfeiler des Clusters ist aus diesem Grund die Bayreuth International Graduate School of African Studies (BIGSAS), die in den Jahren 2007 bis 2018 bereits im Rahmen der Exzellenzinitiative des Bundes und der Länder gefördert wurde. Mehr als 135 Doktorand\*innen aus vier Kontinenten haben in der BIGSAS promoviert, und viele sind seither an internationalen Universitäten, wissenschaftlichen Instituten oder NGOs tätig.

Eine weitere wichtige Komponente des Clusters ist seine innovative digitale Forschungsumgebung (Digital Research Environment, DRE). Ob in Bayreuth, Afrika oder anderswo in der Welt, das DRE sorgt für die enge Verbindung aller Clusterinstitutionen. Dadurch wird nicht nur die Kommunikation und virtuelle Zusammenarbeit sichergestellt, sondern auch die Voraussetzung dafür geschaffen, das hochgradig heterogene qualitative und quantitative Datenmaterial in eine gemeinsame digitale Forschungsplattform zu integrieren und so allen beteiligten Forschenden zugänglich zu machen.



### Prof. Dr. Rüdiger Seesemann

ist Sprecher des Exzellenzclusters „Africa Multiple“ und Direktor des Instituts für Afrikastudien (IAS) der Universität Bayreuth. Er ist Inhaber des Lehrstuhls für Islamwissenschaft.

## Neue Synergien für die Afrikastudien: Das Digital Research Environment (DRE) des Exzellenzclusters

Infolge der „digitalen Revolution“ sehen sich die Afrikastudien heute mit einer Fülle von Daten konfrontiert – über afrikanische Zivilisationen, kulturelle Traditionen und Religionen, gesellschaftliche Strukturen und politische Systeme, über Ernährungssicherheit und Klimawandel und vieles mehr. Diese Daten werden in den verschiedensten Formaten erhoben, bereitgestellt und genutzt. Eine „Siloforschung“, in der einzelne Disziplinen nebeneinander an fachspezifischen Fragestellungen arbeiten, ist obsolet geworden.

Das in den Exzellenzcluster „Africa Multiple“ integrierte Digital Research Environment (DRE) wird daher für die erforderliche Neuausrichtung der Afrikastudien in vieler Hinsicht von Nutzen sein. Heterogene Forschungsdaten werden hier so zusammengeführt, dass sie in den verschiedensten Kontexten verknüpft und genutzt werden können. Dadurch entsteht ein starkes Potenzial für inter- und transdisziplinäre Projekte, die zu neuen überraschenden Entdeckungen führen werden. So wird der Exzellenzcluster auf beispielhafte Wei-

se zeigen, wie die Digitalisierung für die wissenschaftliche Praxis in den Afrikastudien fruchtbar gemacht werden kann. Die Offenheit des DRE für Daten aus unterschiedlichen Quellen und Formaten sowie die transdisziplinäre Zusammenarbeit der beteiligten Forschungseinrichtungen können dabei einen wichtigen Beitrag zur Demokratisierung und Dekolonisierung des Wissens über Afrika leisten.

Derzeit gewinnt der Begriff der „translationalen Forschung“, der ursprünglich aus der Medizin stammt, immer stärker an Bedeutung. Er wird zur Charakterisierung von Forschungsarbeiten verwendet, die bei Erkenntnissen der Grundlagenforschung ansetzen und von hier aus Brücken in verschiedene Bereiche der Gesellschaft hinein bauen, wo sie konkrete Problemlösungen und Handlungsempfehlungen ermöglichen. Wegen der Komplexität der zu lösenden Fragen setzt eine derartige „Übersetzung“ in die Praxis voraus, dass die jeweils problemrelevanten Erkenntnisse vernetzt und gebündelt werden können. Dies



aber ist nur auf dem Weg der Digitalisierung und mit Hilfe leistungsstarker Computertechnologien möglich. Das Digital Research Environment (DRE) des Clusters hat deshalb auch die Funktion, problemspezifische Formen der Datennutzung zu ermöglichen. So werden die Afrikastudien in die Lage versetzt, künftige Entwicklungen auf dem afrikanischen Kontinent nicht nur forschend zu begleiten, sondern durch wissenschaftliche Beiträge mitzugestalten.

Prof. Dr. Tunde Ope-Davies,  
Centre for Digital Humanities,  
University of Lagos (CEDHUL)



■ Omar Egesah  
Anne Nangulu  
Christine Scherer

# Hochschulkooperationen in Afrika

Das Projekt AMAS als Pionier einer vernetzten Wissensproduktion

■ Das Hauptgebäude der Moi University in Eldoret, Kenia (Foto: Moi University, Kenia).

Im Jahr 2016 starteten fünf Universitäten in verschiedenen afrikanischen Ländern gemeinsam mit der Universität Bayreuth ein neuartiges Projekt. Der Titel „Academic Mobility for African Sustainable Development (AMAS)“ verknüpft mit Bezug auf Afrika die Schlüsselkonzepte dieses Vorhabens: Bildung und Wissenschaft, Mobilität und nachhaltige Entwicklung. Die fünf Akteure in Afrika sind die Université Mohammed V de Rabat (UM5R) in Marokko, die Addis Ababa University (AAU) in Äthiopien, die Université d'Abomey-Calavi (UAC) in Benin, die Universidade Eduardo Mondlane (UEM) in Mozambique und die Moi University (MU) in Kenia als Koordinatorin. Die Universität Bayreuth bringt als „technische Partnerin“ ihre Erfahrungen in Internationalisierungsprozessen in das Vorhaben ein.

Hervorgegangen ist dieser Verbund aus der Bayreuth International Graduate School of African Studies (BIGSAS), die von 2007 bis 2018 aus der Exzellenzinitiative des Bundes und der Länder gefördert wurde. Von Anfang an setzte die BIGSAS auf enge Kooperationen mit Universitäten in Afrika. Gemeinsam mit den fünf genannten Universitäten sowie der University of KwaZulu-Natal in Südafrika etablierte sie ein Netzwerk, dem es in den letzten Jahren sichtbar gelungen ist, auf dem Gebiet der Afrikastudien neue Konzepte der internationalen Graduiertenausbildung zu entwickeln und umzusetzen. Mit dem Projekt AMAS haben die an diesem Netzwerk beteiligten Universitäten ihre Kooperation nun vertieft und auf neue Arbeitsfelder erweitert. Unter anderem wollen sie gemeinsam

- die Mobilität von Studierenden und Postdocs sowie von Akademiker\*innen fördern, die in Bildung und Forschung eine Führungsposition innehaben,
- den Austausch von Wissen und Methoden, aber auch von sozialen und kulturellen Erfahrungen stimulieren,
- die Rahmenbedingungen für Studienprogramme und Forschungsvorhaben harmonisieren und durch innerafrikanische Internationalisierung die Wissensproduktion fördern
- und neue Formen der Hochschul-Governance etablieren, die geeignet sind, die Entwicklung kooperativer Forschungs- und Studienbedingungen in Afrika und darüber hinaus zu unterstützen.

Auf den ersten Blick könnte es scheinen, als handle es sich bei AMAS um ein vergleichsweise konventionelles Vorhaben zur Internationalisierung von

Hochschulen. Doch tatsächlich hat das Netzwerk der BIGSAS mit diesem Projekt in vieler Hinsicht Neuland betreten. Denn bis heute gibt es zwischen verschiedenen Regionen Afrikas erhebliche Unterschiede im tertiären Bildungsbereich, die eine Zusammenarbeit erschweren. Zudem haben die langjährigen „vertikalen“ Nord-Süd-Beziehungen das Potenzial für Süd-Süd-Kooperationen zwischen den Hochschulen verschiedener afrikanischer Länder überdeckt. Doch die Globalisierung, weltweite Trends zur Harmonisierung und Internationalisierung von Hochschulsystemen sowie die erweiterten Kommunikationsmöglichkeiten legen die Idee nahe, dass gerade die Vernetzung afrikanischer Hochschulen untereinander eine Quelle innovativer Wissensproduktion sein könnte.

## „Transnationale Prozesse im Hochschulwesen werden auch in Afrika ein wichtiger Treiber für Wachstum und Entwicklung sein.“

Die Absicht, dieses Potenzial auszuloten und durch konkrete Formen der Hochschulzusammenarbeit fruchtbar zu machen, stand am Anfang von AMAS. Wie weit sich das aus dem BIGSAS-Netzwerk hervorgegangene Projekt mit dieser Vision für Hochschul-Governance und Bildungspolitik vorgewagt hat, zeigt sich erst in historischer Perspektive.

### Vor mehr als 50 Jahren: Neue Impulse, alte Abhängigkeiten

Im Jahr 1962 finanzierte die UNESCO die erste afrikaweite Konferenz über Hochschulbildung. Sie fand in Antananarivo, der Hauptstadt von Madagaskar, statt und wies den Weg zur Gründung der Association of African Universities (AAU). Der Konferenzbericht betonte die künftige Bedeutung der innerafrikanischen Zusammenarbeit im Bereich der Hochschulbildung und nannte dafür drei Gründe: Bildung, insbesondere Hochschulbildung, sei ein Schlüssel für die wirtschaftliche Entwicklung in Afrika. Zudem sei sie ein wesentlicher Faktor für sozialen Aufstieg und den Zugang zu Führungspositionen. Deshalb sollte der Hochschulentwicklung in afrikanischen Gesellschaften großes Gewicht beigemessen werden. Wörtlich heißt es dann:

„Afrikanische Universitäten und andere Einrichtungen der tertiären Bildung werden sich für ihre Entwicklung



■ Abb. 1: Eingang zum Campus der Addis Ababa University (AAU) (Foto: Hailu Wudineh Tsegaye / Shutterstock.com).



■ Abb. 2: Studierende der Universidade Eduardo Mondlane (UEM) in Mozambique (Foto: Christine Scherer).

## AUTOR\*INNEN



■ Prof. Dr. Omar Egesah ist Professor für Anthropologie an der Moi University in Eldoret, Kenia.



■ Prof. Dr. Anne Nangulu ist Professorin für Geschichte und Direktorin des Bomet University College der Moi University in Kenia.



■ Dr. Christine Scherer ist Koordinatorin für „Early Career & Equal Opportunity“ im Exzellenzcluster „Africa Multiple“ und war von 2007 bis 2018 wissenschaftliche Koordinatorin der BIGSAS.

*noch für lange Zeit auf den Beistand und die Unterstützung von Ländern, Universitäten und privaten Einrichtungen außerhalb Afrikas sowie von internationalen Organisationen verlassen müssen.“<sup>1</sup>*

Der Bericht macht deutlich, worunter Universitäten in Afrika seit mehr als einem halben Jahrhundert leiden – vor dem Hintergrund der weitgehenden Abhängigkeit des Kontinents von internationalen Ressourcen. Eine der Folgen ist das Paradox, dass die Hochschullandschaft Afrikas wohl die am besten internationalisierte und gleichzeitig am stärksten marginalisierte ist.<sup>2</sup> Zwar steigt weltweit das Interesse, afrikanische Universitäten in Forschungs Kooperationen einzubeziehen. Dennoch ist das Interesse an einer von Afrika ausgehenden und vorangetriebenen Forschung weiterhin unterentwickelt. Internationale Partnerschaften mit afrikanischen Universitäten werden in der Regel über Top-down-Prozesse organisiert, die außerhalb des Kontinents initiiert werden.

### Auf dem Weg zu nachhaltigen Strukturen transnationaler Zusammenarbeit

Umso dringender scheint es heute, die transkontinentalen Beziehungen zwischen Afrika und Europa im tertiären Bildungsbereich zu nutzen, um transnationale Kooperationen *innerhalb* Afrikas zu stärken. Der Schwerpunkt sollte dabei im Bereich der Hochschulstrukturen und -institutionen liegen. Deren Harmonisierung ist entscheidend dafür, dass nachhaltige Rahmenbedingungen für innerafrikanische Kooperationen entstehen können. Hierfür gibt es bereits erfolgreiche Beispiele: Das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderte Projekt „West African Science Service Centre on Climate Change and Adapted Land Use (WASCAL)“ hat zur Gründung von zehn Graduiertenschulen in Westafrika geführt. Und die Bayreuther Graduiertenschule BIGSAS hat mit ihrem Netzwerk afrikanischer Partneruniversitäten eine institutionell verankerte akademische Kultur geschaffen, welche die Promotionsphase als einen wichtigen Lebensabschnitt ernst nimmt und die Doktorand\*innen entsprechend fördert.

AMAS ist daher ein weiterer konsequenter Schritt hin zu neuen Strukturen innerafrikanischer Internationalität. Denn über die eingangs genannten Ziele hinaus geht es bei diesem Verbundprojekt insbesondere auch darum, gemeinsame Promotions- und

Studienangebote anzubieten und diese in nachhaltige Rahmenbedingungen zu integrieren. So bietet AMAS heute zwei Rahmenprogramme:

#### ■ Special Benefit-Programme:

u.a. Promotionsprogramme in den Bereichen „Tourism Management“, „Federalism and Government“, „Sociologie du Développement“ und „Doutoramento em Desenvolvimento e Sociedade“

#### ■ Common Fields of Study:

u.a. Lehrveranstaltungen für Masterstudierende in den Fächern International Studies, Anthropologie, Geschichte, Geographie, Literatur und Gender Studies.

Um diese Programme dauerhaft mit Erfolg zu betreiben und die innerafrikanische Mobilität auszubauen, ist eine Harmonisierung der Hochschullandschaften auf dem afrikanischen Kontinent unabdingbar. In Europa hat eine solche Harmonisierung schon vor 20 Jahren begonnen: 1999 einigten sich die Bildungsminister von 29 europäischen Ländern in Bologna auf das Programm einer Hochschulreform, die auf die Schaffung eines einheitlichen europäischen Hochschulraums abzielt. Dies war der Startschuss für den „Bologna-Prozess“: einen Top-down-Prozess, der seitdem in den beteiligten europäischen Staaten schrittweise umgesetzt wird. Zunächst stieß die Reform bei sehr vielen Hochschulen, gerade auch in Deutschland, auf Unmut, Proteste und Widerstand. Doch mittlerweile ist klar: Ohne die klare Vision einer Harmonisierung zumindest auf europäischer Ebene, ohne eine wachsende innereuropäische Zusammenarbeit in Forschung, Lehre und Studium, ohne länderübergreifende Hochschulabschlüsse und – nicht zuletzt – ohne die Erfahrungen gemeinsamen Lernens und Forschens wäre heute keine Universität in Europa auf die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts ausreichend vorbereitet.

Dementsprechend hat auch die Afrikanische Union eine Strategie entwickelt: die African Union Harmonization Strategy for Higher Education. Diese Strategie erfuhr im Rahmen der Joint Africa-European Union Strategy (JAES), die von der Europäischen Union und der Afrikanischen Union auf ihrem gemeinsamen Gipfel 2007 in Lissabon beschlossen wurde, eine weitere Konkretisierung. Seit 2014 wird sie aus dem Europäisch-Panafrikanischen Programm gefördert, aus dem mit insgesamt 20 Millionen Euro auch das Intra-Africa-Mobility Scheme gefördert wird.



- Best practices in der Hochschulbildung sowie ein Benchmarking für innovative Initiativen zu entwickeln
- und die Internationalisierung von Hochschulen so auszubauen, dass sie auf regionaler, nationaler und globaler Ebene wettbewerbsfähig sind.

■ Abb. 3: Studierende der Universidade Eduardo Mondlane (UEM) in Mozambique (Foto: Christine Scherer).

## Internationalisierung als Lernprozess

Die Verwirklichung der Ziele, die sich AMAS ursprünglich vorgenommen hat, verläuft keineswegs reibungslos. Unerwartete Herausforderungen, für die gemeinsame Lösungen gefunden werden mussten, haben gezeigt: Eine wirklich gelebte Internationalisierung von Hochschulen ist niemals eine einfache Aufgabe. Wie in Europa, so ist auch in Afrika beides gefordert: eine „von oben“ koordinierte Bildungspolitik in Form eines Top-down-Prozesses, wie ihn die Afrikanische Union initiiert hat, und institutionelle Anreize für die Wissenschaftler\*innen, welche die Konzepte zur Internationalisierung umsetzen und mit Leben füllen sollen. Und wenn die Mobilität zwischen den afrikanischen Hochschulen gestärkt werden soll, sind auch manche tiefverwurzelten Erwartungen und Vorurteile zu überwinden: Studierende und Lehrende in Afrika fragen stets, ob sie sich an einer Hochschule in Europa oder einer „größeren“ Hochschule bewerben sollten – und dabei denken sie an Hochschulen außerhalb Afrikas, ohne den Wechsel in ein anderes afrikanisches Land in Betracht zu ziehen.

Darüber hinaus hat sich im AMAS-Projekt gezeigt, dass auch die EU dazulernen muss: Wenn sie die innerafrikanische Mobilität nachhaltig fördern will, sind Fingerspitzengefühl und Realismus gefordert. Stärker als bisher sollte sich die EU der langwierigen Anstrengungen bewusst sein, die es braucht, um alte Rahmenbedingungen im Hochschulbereich auf internationaler Ebene zu verändern und durch neue zu ersetzen. Die Geschichte des Bologna-Prozesses liefert hierfür instruktive Beispiele.

## Fazit und Ausblick

Die Hochschulzusammenarbeit im AMAS-Netzwerk zeigt, wie wichtig sowohl Nord-Süd- als auch Süd-Süd-Partnerschaften sind, wenn es auf dem afrikanischen Kontinent darum geht,

- wissenschaftliche Lehre und Forschung substanziell zu stärken,

Die sogenannte „Wissensproduktion“ wird sich in Zukunft nicht länger auf wenige Schwerpunktregionen der Erde konzentrieren. Transnationale Prozesse im Hochschulwesen werden zur weiteren „Multipolarisierung“ wissenschaftlicher Produktivität beitragen und damit auch in Afrika ein wichtiger Treiber für Wachstum und Entwicklung sein. Damit rückt zugleich eine Forderung auf die Tagesordnung, die afrikanische Wissenschaftler\*innen klar formulieren: die „Meistererzählung“ der Moderne zu revidieren, in der dem Kontinent die Fähigkeit zur Ausbildung einer eigenständigen *intellectual agency* lange abgesprochen wurden. Die Herausforderungen und Erfahrungen, die aus dem AMAS-Programm hervorgegangen sind, werden hoffentlich schon bald in weiterentwickelte Förderkonzepte und Programme der EU einfließen. Und auch künftige, von Afrika selbst finanzierte innerafrikanische Mobilitätsprogramme werden auf diesem Fundus aufbauen können.



■ Abb. 4: Das Hochschulnetzwerk des Projekts AMAS (Grafik: Andreas Gaube / sst).

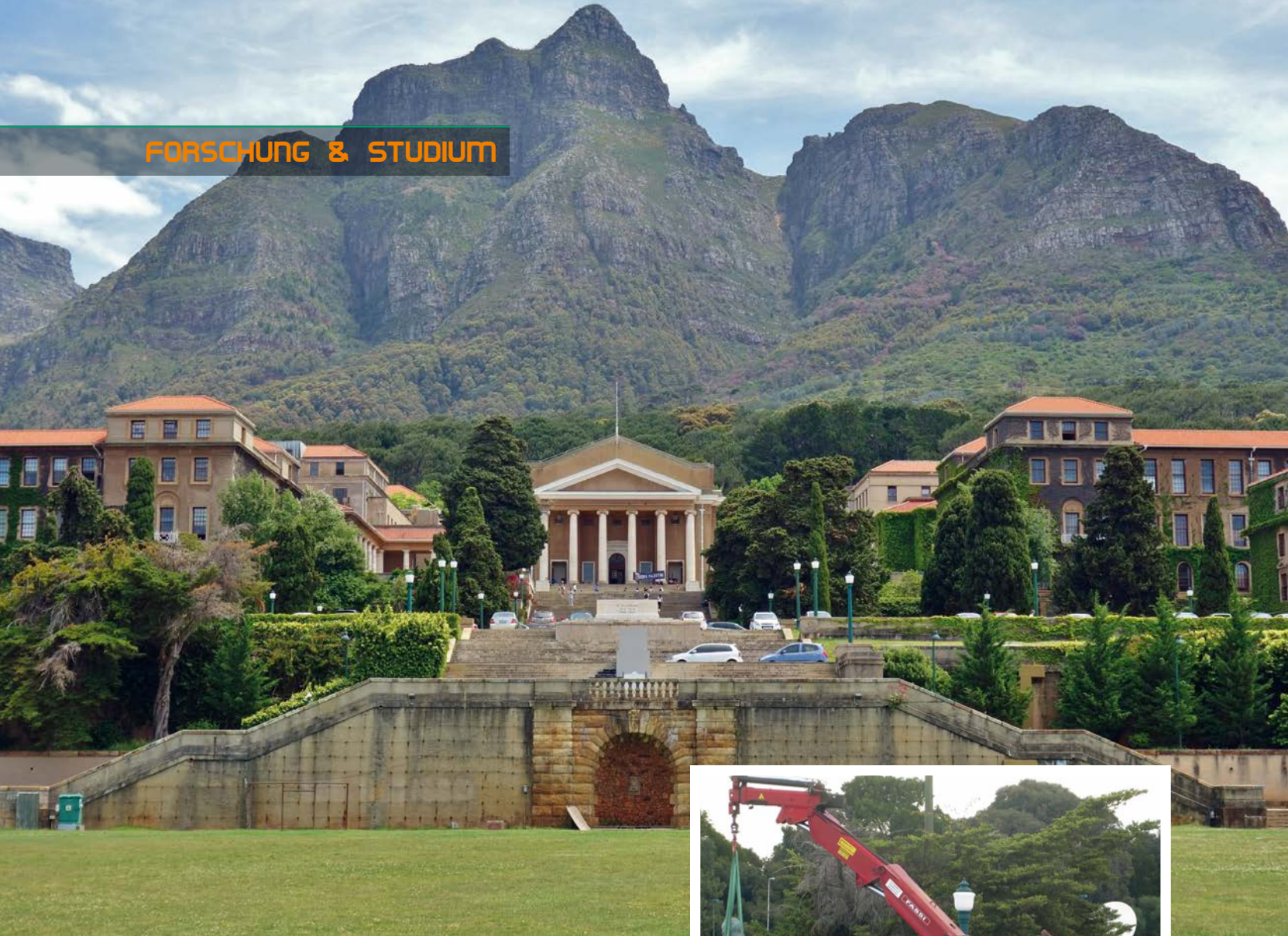
## LITERATURTIPPS

E. T. Woldegeorgis, C. Scherer (eds.): *Partnership in Higher Education. Trends between African and European Institutions*. Leiden 2019.

E. T. Woldegeorgis: *Regionalization of Higher Education in Africa. The Operationalization of the African Union Higher Education Harmonization Strategy*. Beiträge zur Afrikaforschung, Bd. 73, 2017.

C. Scherer: *The Hidden Balances in Higher Education Collaboration. Negotiating Forms of Capital in the Social Field of International Doctoral Research Training between Europe and Africa*, in: A. Goujon et al. (eds.): *Higher Education in Africa. Challenges for Development, Mobility and Cooperation*. Newcastle upon Tyne 2016, 302-334.

- 1 UNESCO: *Conference on the Development of Higher Education in Africa*. Tananarive, 3 - 12 September 1962, 65. <https://unesdoc.unesco.org/ark:/48223/pf0000142840>.
- 2 D. Teferra: *The International Dimension of Higher Education in Africa: Status, Challenges and Prospects*, in: D. Teferra, J. Knight (eds): *Higher Education in Africa: The International Dimension*. Boston 2008, 73.



■ Katharina Schramm



# Dekolonisierung des Wissens

Postkoloniale Verflechtungen und neue intellektuelle Impulse

■ Blick auf den Campus der Universität Kapstadt (University of Cape Town, ECT) (Foto: EQRoy / Shutterstock.com). Kleines Bild: Nach anhaltenden Protesten der Studierenden wurde im April 2015 die Statue von Cecil John Rhodes vom Campus entfernt (Foto: Tony Carr / wikimedia commons / CC-BY-SA-2.0).

In ihrem 2012 veröffentlichten Buch „Theory from the South“ sprechen die Anthropolog\*innen Jean und John Comaroff von der Notwendigkeit einer epistemologischen Neuorientierung in den Kultur- und Sozialwissenschaften.<sup>1</sup> Zentrale Zukunftsfragen – von sozialer Ungleichheit über Migrationsbewegungen bis hin zum Klimawandel – gewinnen an Schärfe und nehmen eine andere Kontur an, wenn sie aus dem globalen Süden betrachtet werden. Aus diesem Perspektivwechsel gehen nicht nur neue Fragen, sondern auch neue Formen der Theoriebildung hervor und somit, wie die Autor\*innen meinen, ein neuer Zugang zur Welt als Ganzes. Eine Anthropologie der Gegenwart ist dabei nicht nur raum-, sondern auch zeitgebunden: Sie eröffnet Zugänge zu historischen Verflechtungsprozessen und eröffnet Ausblicke in mögliche Zukünfte und Gesellschaftsentwürfe.

Der folgende Beitrag zeigt, wie diese Ansätze für die Forschungen innerhalb des Exzellenzclusters „Africa Multiple“ und weit darüber hinaus fruchtbar gemacht werden können. Denn der im Cluster formulierte Anspruch einer Neukonfigurierung der Afrikastudien geht genau mit dieser Verschiebung einher – weg von einer Expertise „von außen“ hin zu einem Austausch auf Augenhöhe. Dieser wird, auf organisatorischer Ebene, durch neue Kooperationsformen gestärkt, wie sie zum Beispiel gemeinsam mit den African Cluster Centers (ACCs) erarbeitet werden. Zugleich geht es auf inhaltlicher und methodischer Ebene dezidiert auch um neue Formen der Theoriebildung, die nicht allein das Feld der Afrikastudien, sondern durchaus die Universität als Ganzes betreffen. Theorien „aus dem Süden“ verändern die kolonial geprägte Topographie von europäischem Zentrum und nicht-westlicher Peripherie. Sie nehmen Verflechtungsprozesse auf grundlegend neue Weise in den Blick und fordern dabei eine gestärkte Aufmerksamkeit für die Praktiken der Wissensproduktion. Hierbei erweist sich ein Blick in die Wissenschaftsgeschichte als aufschlussreich.

## Wissenschaft und Kolonialismus

Die Festigung der wissenschaftlichen Disziplinen im 19. Jahrhundert – von Medizin und Zoologie über Geologie und Statistik bis hin zu Archäologie und Paläontologie – war eng mit kolonialen Herrschaftspraktiken verknüpft, die bis heute nachhallen.<sup>2</sup> Besonders evident wird dies in jenen Feldern, die kolonisierte Menschen und Gebiete zum Gegenstand hatten, also den heutigen Regionalstudien (*area*

*studies*) oder der Anthropologie. Innerhalb der Sozial- und Kulturanthropologie nahm die Debatte um die Dekolonisierung des Faches bereits mit den globalen Unabhängigkeitsbewegungen nach dem Zweiten Weltkrieg an Fahrt auf. Hier formulierten afrikanische Wissenschaftler\*innen, wie beispielsweise Bernhard Magubane und Archie Mafeje aus Südafrika, eine scharfe Kritik an Konzepten wie „Tribalismus“ und forderten eine differenziertere Betrachtung sozialer Strukturen. Zugleich prangerten sie die bestehenden akademischen und politischen Hierarchien an. Sie kritisierten den dominanten ethnographischen Blick auf das „Fremde“ als eine Form des *Othering*, also als Gegenüberstellung von unhinterfragtem Selbstbild und verzerrender Repräsentation des Anderen.<sup>3</sup> Diese Kritik fand starken Widerhall in den postkolonialen Debatten der 1990er Jahre, in denen zunehmend darauf hingewiesen wurde, dass es keine isolierte Betrachtung kultureller, sozialer und politischer Phänomene außerhalb von Machtfragen geben könne.

Heute, mehr als ein Vierteljahrhundert später, sind die damals aufgeworfenen Fragen keineswegs vom Tisch. Vielmehr erhalten sie gerade in Deutschland durch die beginnende öffentliche Auseinandersetzung mit der kolonialen Vergangenheit neuen Schwung. Derzeit stehen insbesondere die ethnologischen Museen, die lange ein Schattendasein führten, im Rampenlicht. Aber auch naturkundliche Sammlungen<sup>4</sup> und Kunstmuseen werden auf ihren kolonialen Entstehungskontext hin befragt: Wie kamen die Objekte in die Sammlungen? Inwiefern ist ihre Aneignung Teil epistemischer und physischer Gewaltprozesse? Welche multiplen Wissensbestände sind in ihnen eingelagert? Wie können die Objekte und mit ihnen die Beziehungen, aus denen sie hervorgegangen sind, neu definiert werden – und zwar in der Weise, dass der historisch bewusste Umgang mit diesen Objekten eine zukunftsorientierte Auseinandersetzung mit Ursprüngen und Folgen des Kolonialismus fördert?

## „Die südafrikanischen Debatten sind ein entscheidender Impulsgeber für die Neuausrichtung der Afrikastudien.“

Diese oftmals unter dem Stichwort „Restitution“ geführten Debatten betreffen keineswegs nur rechtliche, ökonomische oder ethische Aspekte. Sie provozieren zugleich weitreichende epistemologische, theoretische und politische Fragen, die über das Museum hinausweisen.<sup>5</sup> Die kolonialen Sammlungen

### LITERATURTIPPS

K. Schramm: Neue Technologien – Alte Kategorien? Die Problematisierung von Rasse an der Schnittstelle von Wissenschaft und Politik. Zeitschrift für Ethnologie (2014), 139, 2, 233-252.

J. and J. Comaroff: Theory from the South: Or, How Euro-America is Evolving Toward Africa. Boulder / Colorado 2012.

S. J. Ndlovu-Gatsheni: Epistemic Freedom in Africa: Deprovincialization and Decolonization. London 2018.

L. Nordling: How Decolonization Could Reshape South African Science: A Generation of Black Scientists Is Gearing Up to Transform the Research Landscape. Nature (2018), Vol. 554, 159-162. DOI: 10.1038/d41586-018-01696-w

sind eben keine verstaubten Relikte aus einer längst vergangenen Zeit, sondern sie werden weiterhin wissenschaftlich untersucht. Bestimmte Verfahren und Praktiken sind dabei nach wie vor mit kolonialen Wissensgenealogien verwoben.<sup>6</sup> Zudem sind kolonial geprägte Wissenshierarchien und akademische Strukturen noch lange nicht vollends aufgebrochen. Weltweit werden daher Forderungen nach einer weiter reichenden Dekolonisierung lauter. Diese Bewegung greift dabei den Titel einer bekannten Streitschrift des kenianischen Schriftstellers Ngũgĩ wa Thiong'o auf: die „Dekolonisierung des Geistes“.

### Impulse aus Südafrika für eine epistemische Neuorientierung

Ein Blick nach Südafrika zeigt, wie stark Repräsentations-, Erinnerungs- und Wissensfragen miteinander verknüpft sind. Vom Campus der Universität

Kapstadt (University of Cape Town, UCT) startete im Februar 2015 die „Rhodes Must Fall“-Kampagne. Sie richtete sich gegen die andauernde Präsenz der Statue von Cecil John Rhodes, einem der einflussreichsten Akteure und Profiteure des Kolonialismus im südlichen Afrika. Die Kampagne war der Beginn einer umfassenden studentischen Protestbewegung mit globalen Ausläufern. Diese betraf das kulturelle Erbe und die Gedenkkultur, zugleich wurden aber auch die Universität als Institution sowie die in ihr gespiegelten gesellschaftlichen Verhältnisse auf den Prüfstand gestellt. Rhodes, dessen Vision des britischen Kolonialreichs in Afrika vom Kap der Guten Hoffnung im Süden bis nach Kairo im Norden reichte, hatte in den Augen der Protestierenden nicht nur das Land, auf dem die Universität erbaut wurde, unrechtmäßig erworben und gestiftet. Er stand darüber hinaus symbolisch für die kolonialen Grundlagen der akademischen Wissensproduktion und -vermittlung.

Die südafrikanische Universitätslandschaft ist bis heute geprägt von Wissenshierarchien sowie von ökonomischer und rassialisierter Ungleichheit.<sup>7</sup> Die Proteste der Studierenden richteten sich daher zum einen gegen die anhaltende Neoliberalisierung der Universität. Unter den Hashtags #insourcing und #feesmustfall wurden Forderungen nach einer sozial inklusiven Universität formuliert, die für alle Beschäftigten – von den Studierenden über die Reinigungskräfte bis zum Lehrpersonal – angemessene Arbeitsbedingungen schafft. Zum anderen ging es um die Inklusivität in Bezug auf das Wissen selbst: Gefordert wurden die kritische Hinterfragung des etablierten Kanons, eine stärkere Sensibilisierung von Forschenden im Hinblick auf ihre Methoden und deren Konsequenzen sowie die Einbeziehung lokaler Wissensformen (#decolonize science). Die hieran anschließenden Debatten waren und sind keineswegs nur für die Situation in Südafrika relevant. Auch beschränken sie sich nicht auf tagespolitische Forderungen. Vielmehr sind sie Ausdruck einer alle Wissensbereiche umfassenden strukturellen und epistemischen Neuorientierung, wie sie der südafrikanische Historiker Sabelo J. Ndlovu-Gatsheni unter dem Begriff „Epistemic freedom in Africa“ zusammengefasst hat.<sup>8</sup>

Für die Bayreuther Afrikastudien ergeben sich daraus zahlreiche Anknüpfungspunkte. Von besonderem Interesse ist hier die Frage, wie Wissen in spezifischen Konstellationen hervorgebracht wird, welche Wirkmächtigkeit es hat und in welche politischen Zusammenhänge es eingebettet ist.<sup>9</sup> Die südafrikanischen



### „Dekolonisierung des Geistes“

Der kenianische Schriftsteller Ngũgĩ wa Thiong'o forderte in seiner Schrift „Decolonizing the Mind. The Politics of Language in African Literature“, dass der afrikanische Kontinent sich vom dominierenden Einfluss westlicher Sprachen und Kulturen selbstbewusst emanzipieren und die eigene Sprachenvielfalt gezielt fördern solle. Seine Argumentation wird in jüngeren Debatten zur epistemischen Dekolonisierung vertieft und auf grundsätzliche epistemische Fragen der Wissensproduktion und der Theoriebildung ausgeweitet. Einen wesentlichen Teil seiner Schrift verfasste Ngũgĩ wa Thiong'o im Jahr 1984, als er an der Universität Bayreuth eine Gastprofessur wahrnahm. Dreißig Jahre später, im Mai 2014, wurde er für sein Lebenswerk mit der Ehrendoktorwürde der Universität Bayreuth ausgezeichnet. Das Foto zeigt ihn bei seiner Dankesrede (Foto: Peter Kolb).



Debatten sind daher mehr als ein Forschungsgegenstand: Sie sind ein entscheidender Impulsgeber für die Neuausrichtung der Afrikastudien.

## Kolonialkrieg, Schafzucht und Wissensproduktion in Namibia

In einem gemeinsamem Forschungsprojekt untersuchen die Sozial- und Kulturanthropologin Katharina Schramm (Universität Bayreuth) und die Historikerin Memory Biwa (University of Cape Town) die Zusammenhänge von kolonialen Machtstrukturen und Wissensproduktion anhand der verflochtenen Geschichte Deutschlands und Namibias. Karakulschafe (in Namibia auch Swakara genannt) sind in vielfacher Weise mit postkolonialer Geschichte verwoben. 1903 brachte der deutsche Agrarwissenschaftler Julius Kühn erste Karakulschafe aus dem Kaukasus an die Universität Halle. 1907, noch während des vom Deutschen Reich geführten genozidalen Kolonialkrieges gegen Herero und Nama, wurden von Halle aus die ersten Schafe ins damalige Deutsch-Südwestafrika exportiert. Hier entwickelte sich die Schafzucht schnell zu einem zentralen wirtschaftlichen Faktor, das gelockte Fell der Lämmer („Persianer“) wurde zu Pelzmänteln verarbeitet. Zugleich hatten die Schafe großen Anteil an der kolonialen Landnahme durch weiße Siedler\*innen. Heute gilt die Swakara-Züchtung als nationales namibisches Kulturerbe. Über diese ökonomischen und politischen Aspekte hinaus spielten die Schafe eine wichtige Rolle in der Formierung disziplinären Wissens in Zoologie, Landwirtschaft und Genetik sowie in der kolonialen Rasseforschung. Das Projekt hat drei Schwerpunkte:

- Bei der Untersuchung der Praktiken, durch welche die Karakulschafe in die Rasseforschung des 20. Jahrhunderts eingebunden waren, geht es insbesondere darum, wie disziplinäres Wissen zwischen Zoologie und Humanbiologie wanderte und wie dabei die Grenze zwischen Mensch und Tier wiederholt aufgehoben, neu produziert und verschoben wurde. Die Ideen von „Reinheit“, „Indigenität“, „Degeneration“ und „Hierarchie“ werden kritisch in den Blick genommen und daraufhin befragt, wie sie mit bestimmten rassialisierten Körpern in Verbindung gebracht wurden und bis heute fortwirken.
- Zugleich stehen die konkreten Interaktionen zwischen Menschen und Schafen und die daran geknüpften (Wissens-)Ökonomien im Mittelpunkt des Interesses. Dabei soll auch



■ Abb. 1: Eine Statue in der namibischen Stadt Keetmanshoop erinnert an die Ankunft der ersten Karakulschafe im Jahr 1907. Sie wurde 2017 vom Staatspräsidenten Namibias feierlich enthüllt (Foto: wikimedia commons / CC-BY-SA-4.0).

untersucht werden, welches Spannungsverhältnis zwischen dem Wissen der namibischen Farmer\*innen und einer hierarchischen, durch koloniale Machtverhältnisse geprägten Konstruktion von Expertise besteht.

- Darüber hinaus geht es um die Verbindungen von Schweigen, Erinnerung und Widerstandsformen, vor allem im Hinblick auf koloniale Gewalterfahrungen im Zuge des Genozids und der fortgesetzten Vertreibung der lokalen Bevölkerung und ihrer Viehbestände von ihrem Land. Anknüpfend an Überlegungen von Sylvia Wynter zur Kolonialität des Seins wird die Frage thematisiert, wie rassialisierende Zuschreibungen in kolonialen Wissensformationen identitätsbildend wirken und unterlaufen werden. Ziel ist es, ein alternatives Archiv zu erstellen, das historische Tonaufnahmen mit aktuellem Material verbindet und durch affektive Bezüge einen Raum für nicht-diskursives Wissen schafft.<sup>10</sup>

### AUTORIN



■ Prof. Dr. Katharina Schramm ist Professorin für Ethnologie an der Universität Bayreuth und ist Mitglied des Exzellenzclusters „Africa Multiple“.

- 1 J. and J. Comaroff (2012), siehe Literaturtipps.
- 2 Zahlreiche Studien weisen auf diese Zusammenhänge hin, darunter H. Tilley: *Africa as a Living Laboratory: Empire, Development and the Problem of Scientific Knowledge, 1870-1950*. Chicago 2012.
- 3 A. Mafeje: *The Ideology of Tribalism*. *Journal of Modern African Studies* (1971), Vol. 9, Issue 2, 253-261. – B. Magubane: *A Critical Look at Indices Used in the Study of Social Change in Colonial Africa*. *Current Anthropology* (1971), Vol. 12, Issue 4-5, 419-431.
- 4 Vgl. dazu beispielsweise I. Heumann et al.: *Dinosaurierfragmente: Zur Geschichte der Tendaguru-Expedition und Ihrer Objekte, 1906-2018*. Göttingen 2018.
- 5 Die Diskussion wurde erneut angestoßen durch einen Bericht, den der französische Staatspräsident Macron in Auftrag gegeben hatte. Gekürzte Fassung auf deutsch: F. Sarr, B. Savoy: *Zurückgeben. Über die Restitution afrikanischer Kulturgüter*. Berlin 2019.
- 6 Dies betrifft vor allem die Lebenswissenschaften. Vgl. K. Schramm (2014), siehe Literaturtipps.
- 7 Siehe dazu S. Dubow: *Scientific Racism in Modern South Africa*. Cambridge 1995. – Mit dem Begriff „Rassialisierung“ werden die Prozesse der historischen Konstruktion von körperlicher und kultureller Verschiedenheit entlang von Kategorien wie weiß, schwarz etc. bezeichnet. Der Begriff verweist auf die Einbettung dieser Prozesse in koloniale Machtverhältnisse und markiert keine „natürlichen“ Unterschiede.
- 8 MS. J. Ndlovu-Gatshehi (2018), siehe Literaturtipps.
- 9 Diese Frage ist auch ein zentrales Thema in der Sektion „Knowledges“ des Exzellenzclusters „Africa Multiple“.
- 10 S. Wynter (2003): *Unsettling the Coloniality of Being/Power/Truth/Freedom: Towards the Human, After Man, Its Overrepresentation -- An Argument*. *CR: The New Centennial Review*, Vol. 3, No 3, 257-337. DOI 10.1353/ncr.2004.0015.



■ Carolin Herzog

# Rechtswissenschaft in der Ostafrikanischen Gemeinschaft

Erfahrungen und Perspektiven in kooperativer Forschung und Lehre

■ *In der Bibliothek des Tansanisch-deutschen Fachzentrums für Rechtswissenschaft an der School of Law der University of Dar es Salaam (Foto: TGCL).*

Als das Tansanisch-deutsche Fachzentrum für Rechtswissenschaft (TGCL), ein Kooperationsprojekt der Universitäten Dar es Salaam und Bayreuth, vor elf Jahren an der Universität Dar es Salaam gegründet wurde, konnte sich noch niemand vorstellen, dass es eines Tages eines der wichtigsten Forschungszentren und -netzwerke hinsichtlich regionaler Integration in Afrika werden würde. Den Schwerpunkt der Forschungsarbeiten bildet das Recht der Ostafrikanischen Gemeinschaft (*East African Community, EAC*), der die sechs Mitgliedstaaten Burundi, Kenia, Ruanda, Südsudan, Tansania und Uganda angehören. Mit einem Studienprogramm zum Recht der EAC und zum Recht der regionalen Integration qualifiziert das TGCL herausragende ostafrikanische Jurist\*innen für die Übernahme von Führungsverantwortung in ihrer Region. Dabei setzt das Programm nicht nur auf juristische Ausbildung auf höchstem Niveau, sondern legt darüber hinaus großen Wert auf die Persönlichkeitsbildung der Studierenden sowie auf Interdisziplinarität und interkulturellen Austausch.

Seit 2008 wird das TGCL vom Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) gefördert. Es hat bis heute 131 Master- und 27 PhD-Studierende aus allen sechs Mitgliedstaaten im Recht der Ostafrikanischen Gemeinschaft und im Recht der regionalen Integration weitergebildet. Das TGCL hat bereits jetzt den Ruf einer führenden Forschungs- und Ausbildungsinstitution für dieses Rechtsgebiet erworben.

## Rechtsvergleichende Lehre mit Blick auf die regionale Integration

Eine immer wichtigere Rolle für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung afrikanischer Länder spielen regionale Wirtschaftsgemeinschaften. Damit sie erfolgreich agieren und ihre Ziele erreichen können, ist ein wirtschaftspolitischer Konsens ihrer Mitgliedstaaten unabdingbar. Der Abbau von Handshemmnissen für den freien Verkehr von Waren, Dienstleistungen, Personen und Kapital ist ein wesentlicher Aspekt für die Ermöglichung grenzüberschreitender Aktivitäten. Ein zentrales Instrument zur Stärkung der regionalen Integration ist die Rechtsharmonisierung. Nur wenn es auf dem Gebiet des Wirtschaftsrechts einen gemeinsamen Rechtsraum gibt, ist es möglich, die Hindernisse für den internationalen Handel innerhalb einer regionalen Gemeinschaft dauerhaft zu verringern oder ganz zu beseitigen. Daher arbeitet auch die EAC darauf hin, durch Rechtsharmonisierung ein günstiges Klima für florierenden

Handel, Investitionen, Produktion und positiven Wettbewerb in den einzelnen Mitgliedstaaten und somit auch in der gesamten Region zu schaffen. Diese Aspekte des EAC-Rechts sind wesentliche Inhalte des Studienprogramms am TGCL.

Das Studienprogramm des TGCL umfasst einen Master-Studiengang (LL.M.) sowie ein Promotionsprogramm (PhD) und zeichnet sich durch einen rechtsvergleichenden Ansatz aus. Die Studierenden erwerben hier nicht nur Fachwissen zum Recht der Ostafrikanischen Gemeinschaft, sondern machen sich auch mit den rechtlichen und politischen Voraussetzungen anderer regionaler Wirtschaftsgemeinschaften, wie beispielsweise der Europäischen Union, vertraut. Hierbei profitiert das Fachzentrum von der tansanisch-deutschen Kooperation, die ostafrikanischen Studierenden und Forschenden wertvolle Einblicke in das deutsche und europäische Recht ermöglicht.

Professor\*innen und Dozent\*innen der School of Law der University of Dar es Salaam betreuen die LL.M.- und PhD-Studierenden und halten die juristischen Kernkurse des TGCL-Studienprogramms ab. Ergänzend unterrichten zahlreiche renommierte und bewährte Lehrkräfte aus der ostafrikanischen Region, aus dem südlichen Afrika und aus Europa. So sind auch regelmäßig Professor\*innen der Universität Bayreuth in Dar es Salaam zu Gast, um am TGCL zu lehren.

Jährlich stattfindende Studienfahrten in eine der ostafrikanischen Hauptstädte und nach Europa stärken den komparativen Ansatz des TGCL. Dieser kommt auch in den Master- und Doktorarbeiten zum Ausdruck. Besuche bei Institutionen der EU ermöglichen

*„Mit dem Ziel, die regionale Integration in Ostafrika voranzutreiben, war das TGCL seit 2008 ein Vorreiter bei der Ausbildung von Fachleuten in der Wissenschaft und von Entscheidungsträgern in der Politik. Ich bin stolz und vor allem dankbar dafür, dass ich zu der jungen Generation von TGCL-Absolvent\*innen und ihrem dynamischen Netzwerk gehören darf – gerade in einer historischen Situation, in der eine wachsende Zahl afrikanischer Länder sich anschickt, ihre Verbindungen untereinander durch Handel und Personenfreizügigkeit zu stärken.“*

Louis A. Gitinywa, LL.M (TGCL Alumnus 2016/17)  
Rechtsanwalt, Rwanda Bar Association

## AUTORIN



Carolin Herzog ist Geschäftsführerin des Tansanisch-deutschen Fachzentrums für Rechtswissenschaft (TGCL) an der Universität Bayreuth.

*„Das Studium am TGCL hat mir die Augen für eine Vielzahl von Möglichkeiten geöffnet, die wirtschaftliche Integration in Ostafrika aus einem neuen Blickwinkel zu erforschen. Die Stakeholder dieser Integration sollten es sich zur Herzenssache machen, juristische Bildung und Forschung in Bezug auf die Ostafrikanische Gemeinschaft durch das TGCL zu fördern.“*

Cecilia Ngaiza, LL.M  
(TGCL Alumna 2017/18)  
Wissenschaftliche Mitarbeiterin  
und BIGSAS-Doktorandin  
an der Universität Bayreuth



■ Abb. 1: Studierende des TGCL vor dem Weston Building, in dem die Juristische Fakultät auf dem Campus der University of Dar es Salaam zuhause ist (Foto: TGCL).

es den Studierenden, ihre erworbenen Kenntnisse zu vertiefen und im Rechtsvergleich Bezüge zwischen Ostafrika und Europa herzustellen. Der Vergleich zwischen den Integrationsprozessen in Ostafrika einerseits und in Europa andererseits ist für beide Seiten von großem Interesse – insbesondere deshalb, weil jedem der beide Integrationsbündnisse Staaten angehören, deren Rechtssysteme einerseits vom Common Law, andererseits vom Civil Law geprägt sind. Daher stehen sowohl die EAC also auch die EU vor der Herausforderung, diese verschiedenen Traditionen ihrer Mitgliedstaaten in einem gemeinsamen Rechtsraum zusammenzuführen.

### Kooperative Forschung, gelebte Integration

Im Bereich der Forschung organisiert das TGCL Konferenzen sowie zahlreiche Workshops. Hier kommen Expert\*innen aus Afrika und Europa zusammen, um über Ziele und Herausforderungen regionaler Integration zu reflektieren und neue Lösungsansätze zu entwickeln. Ein Forschungsworkshop im August 2015 widmete sich beispielsweise dem Thema: „Eastern African Common Legal Space in Economic Law: State of the Art and Future Perspectives, with Consideration of the European Experience“. Im Mittelpunkt stand dabei die Harmonisierung des privaten Wirtschaftsrechts in Ostafrika und in der Europäischen Union, insbesondere in den Bereichen Handelsrecht, Wettbewerbsrecht, Recht des geistigen Eigentums, Arbeitsrecht und internationales Privatrecht. Gemeinsam wurden Auswirkungen der regionalen Wirtschaftsgemeinschaften auf nationale Gesetze und Hindernisse für die regionale Integrati-

*„Im Kern geht es dem TGCL um die Exzellenz des EAC-Rechts. Ich hoffe, dass die daraus hervorgehende Forschung den Mitgliedstaaten der Ostafrikanischen Gemeinschaft zeigen wird, wie sich die mit der rechtlichen Integration verbundenen Schwierigkeiten entschärfen lassen.“*

Dr. Denis Bikesha (TGCL-Alumnus 2012-2015),  
Ag. Dean, University of Rwanda School of Law

on erörtert – sowohl in Bezug auf die EAC als auch im Hinblick auf andere afrikanische regionale Wirtschaftsgemeinschaften und die EU. Die Ergebnisse wurden 2018 in der vom Fachzentrum herausgegebenen Schriftenreihe „TGCL Series“ veröffentlicht und fanden internationale Beachtung.

Eine Besonderheit der Forschungsprojekte und -Workshops ist die hohe Beteiligung von TGCL-Alumni. Zahlreiche Absolvent\*innen des Fachzentrums sind in den Mitgliedstaaten der Ostafrikanischen Gemeinschaft weiterhin in Forschung und Lehre aktiv. Sie vertiefen ihre juristischen Kompetenzen auf dem Gebiet der regionalen Integration und wirken als Multiplikatoren, indem sie ihr Wissen an die nächsten Studierendengenerationen weitergeben. Die gemeinsame Netzwerkarbeit ist ein Modell für „living integration“: Der Erfahrungsaustausch untereinander trägt dazu bei, dass die Studierenden die verschiedenen Rechtssysteme der EAC-Mitgliedstaaten kennenlernen und mit interkulturellen Unterschieden innerhalb der Region vertraut werden. Die dabei geknüpften Kontakte bleiben weit über das einjährige gemeinsame Masterstudium hinaus erhalten. So ist in den letzten Jahren eine nachhaltige grenzüberschreitende Zusammenarbeit entstanden. Diese spiegelte sich auch in zwei großen Alumni-Konferenzen wider, zu denen das Fachzentrum im Jahr 2018 eingeladen hatte. Hier zeigte sich eindrucksvoll die Vielzahl der beruflichen Positionen, in denen Absolvent\*innen des TGCL heute in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft inzwischen Verantwortung tragen.

### Zukunftsperspektiven

Bei seiner Gründung im Jahr 2008 war das TGCL eine von fünf Einrichtungen, die das Auswärtige Amt im Rahmen der „Aktion Afrika – Fachzentren zur Eliteförderung“ über den DAAD gefördert hat. Der Konzeption der „Aktion Afrika“ entsprechend, waren die

## „Der Vergleich zwischen den Integrationsprozessen in Ostafrika und in Europa ist für beide Seiten von großem Interesse.“

*„Das Studium am TGCL war einer der Höhepunkte meiner bisherigen Karriere. Ich habe nicht nur lebenslange Kontakte geknüpft, sondern durch wissenschaftliche Exkursionen in der Ostafrikanischen Gemeinschaft und der Europäischen Union einen vertieften Zugang zu Theorie und Praxis der regionalen Integration erhalten.“*

Emmanuel Sebijo, LL.M.  
(TGCL Alumnus 2016/17), Gründungsmitglied  
des Centre for Law, Economics and Policy  
on East African Integration, Kampala, Uganda



Programme und die Struktur des TGCL von Anfang an auf Nachhaltigkeit hin angelegt. Die Einbindung in die University of Dar es Salaam School of Law trägt dazu bei, dass das TGCL später unter der Regie der School of Law seine Rolle als Zentrum für Exzellenz in der Rechtswissenschaft weiter entwickeln und ausbauen kann. Es wird die regionale Integration innerhalb der Ostafrikanischen Gemeinschaft auch künftig mit seiner juristischen Expertise begleiten und fördern. Dabei soll stärker noch als bisher die Interdisziplinarität in den Vordergrund gestellt werden. Nachdem bereits regelmäßige Seminare zu wirtschaftswissenschaftlichen Grundlagen in das Studienprogramm aufgenommen wurden, sollen fachübergreifende Lehr- und Forschungsaktivitäten in den Politik-, Wirtschafts- und Rechtswissenschaften weiter intensiviert werden.

Der rege wissenschaftliche Austausch, der zwischen der Juristischen Fakultät der Universität Dar es Salaam und der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Bayreuth entstanden ist, bildet auch die Grundlage für Forschungsprojekte, die in den kommenden Jahren unter dem Dach

*„Mit der regionalen Integration von Ländern verhält es sich ähnlich wie mit der wechselseitigen Abhängigkeit von Menschen. Sie ist entscheidend dafür, dass die beteiligten Länder untereinander von ihren jeweiligen wirtschaftlichen Vorteilen profitieren.“*

Miriam Mbole, LLB (TGCL-Studentin 2018/19)

des Exzellenzclusters „Africa Multiple“ vorangetrieben werden. So wird sich beispielsweise das Projekt „Human Rights, Corporate Social Responsibility, and Interacting Markets in Africa“ mit Menschenrechten und der Verantwortung von Unternehmen im Kontext afrikanischer regionaler Wirtschaftsgemeinschaften befassen. Der Fokus liegt hierbei auf den kollektiven Menschenrechten, die als eine Besonderheit im afrikanischen Kontext angesehen werden können. Mehrere afrikanische Länder haben Gesetze erlassen, die die soziale Verantwortung von Unternehmen (*Corporate Social Responsibility, CSR*) festschreiben. Diese Praxis scheint der „westlichen“ Auffassung von CSR als eigentlich freiwilligem Engagement zu widersprechen; jedoch befindet sich auch diese Auffassung im Wandel. Daher soll insbesondere für die Bereiche Umwelt, erneuerbare Energien und Klimawandel in interagierenden regionalen Märkten genauer untersucht werden, wo sich vom Staat zu gewährleistende Menschenrechte und soziale Verantwortung der Unternehmen überschneiden. Bei diesen Analysen spielen die Auswirkungen der vielschichtigen Beziehungen zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren eine Rolle, die ihrerseits von den rechtlichen Rahmenbedingungen bestimmt werden.

Diese Untersuchungen und weitere geplante Vorhaben werden die erfolgreiche Forschungszusammenarbeit, welche das Tansanisch-deutsche Fachzentrum für Rechtswissenschaft als Kooperationsprojekt auf den Weg gebracht hat, auch in Zukunft weiter vertiefen.



## LITERATURTIPPS

J. Döveling, H.I. Majamba, R.F. Oppong and U. Wanitzek (eds.): Harmonisation of Laws in the East African Community. The State of Affairs with Comparative Insights from the European Union and Other Regional Economic Communities. TGCL Series Vol. 5. Nairobi 2018.

K. Kasanga: Protection of Human Rights in East Africa by Human Rights Commissions: A Case Study of Tanzania. TGCL Research Series Vol. 6. Dar es Salaam 2018.

J. L. Kanywanyi, U. Wanitzek, A. Nahayo and J. Döveling (eds): Regional Integration and Law: East African and European Perspectives. TGCL Series Vol. 4. Dar es Salaam 2014.

O. R. Owino: Trans-Boundary Resource Cooperation in the Lake Victoria Basin: An International Environmental Law Perspective. TGCL Research Series Vol. 5. Nairobi 2017.

■ Abb. 2 (links oben): Internationaler Austausch in den Arbeitsräumen des TGCL (Foto: TGCL).

■ Abb. 3: Die TGCL-Studierenden des Jahrgangs 2018/2019 (Foto: TGCL).



■ Gilbert Hagabimana  
Omondi Robert Owino  
Daniel Shayo  
Ulrike Wanitzek

# Plastik, nein danke!

Plastikverbote in den  
Staaten der Ostafrikanischen  
Gemeinschaft

■ Einkaufstaschen und -körbe aus Naturmaterialien ersetzen, wie hier in Kenia, zunehmend die früher beliebten, aber umweltschädlichen Plastiktüten (Foto: Omondi Robert Owino).

Die Mitgliedstaaten der Ostafrikanischen Gemeinschaft reagieren mit wachsender Aufmerksamkeit und Sorge auf die gesundheitlichen und ökologischen Folgen des Gebrauchs von Einweggütern aus Plastik. Vorreiter war Ruanda, das bereits 2008 ein teilweises Verbot solcher Güter einführte. Hon. Patricia Hajabakiga aus Ruanda, die der Parlamentarischen Versammlung der EAC – der *East African Legislative Assembly (EALA)* – angehört, ergriff 2011 erstmals eine länderübergreifende Initiative: Sie brachte in dieses gesetzgebende Gremium einen Gesetzentwurf zur EAC-weiten Kontrolle von Polyether-Materialien ein. Dieses Vorhaben scheiterte jedoch letztlich an Einwänden aus Kenia, Uganda und Tansania, wo man einen Rückgang von Investitionen befürchtete. Das gleiche Schicksal ereilte einen weiteren Gesetzentwurf, der 2016 von derselben Abgeordneten in die EALA eingebracht, aber bis heute nicht verabschiedet wurde. Somit ist es weiterhin den Mitgliedstaaten der EAC überlassen, durch ihre jeweilige nationale Gesetzgebung die Auswirkungen von Plastik auf Umwelt und Gesundheit zu überwachen und zurückzudrängen. Infolgedessen gibt es innerhalb der EAC erhebliche Unterschiede, die sowohl die Rechtslage als auch die Durchsetzung geltenden Rechts betreffen. Sie zeigen sich im Alltag der Menschen besonders deutlich, wenn es um die Verwendung von Plastiktüten geht.

## Ruanda

Das kleine ostafrikanische Land Ruanda hat sich innerhalb der letzten zwei Jahrzehnte in vielerlei Hinsicht zu einem Vorbild entwickelt. Mittlerweile haben seine Erfolge im Umweltschutz weltweite Aufmerksamkeit erlangt – und sie sind in der Tat bemerkenswert. Ruanda gilt heute als Vorreiter einer auf Nachhaltigkeit ausgerichteten Umweltpolitik. Es ist das erste EAC-Mitgliedsland, das ein dauerhaftes Verbot von Plastiktüten implementiert hat.

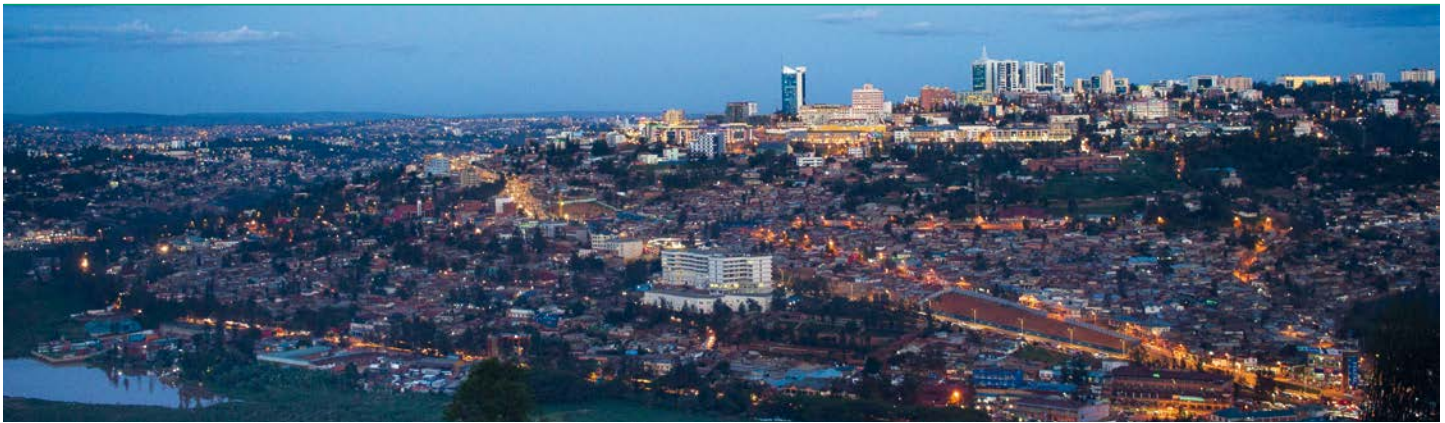
Im Jahr 2000 veröffentlichte die ruandische Regierung die „Vision 2020“, die dem Umweltschutz hohe Priorität einräumt. Daran anknüpfend erarbeitete die Universität von Ruanda, in Zusammenarbeit mit der Umweltmanagementbehörde des Landes (REMA), eine wissenschaftliche Studie, welche die ersten Nebenwirkungen aufzeigte, die ein weitverbreiteter Gebrauch von Plastiktüten mit sich bringt. Weil sich ein zuverlässiges System für das Recycling von Plastiktüten nicht zeitnah realisieren ließ, entschied sich die Regierung für ein Verbot: Das Gesetz Nr. 57/2008 vom 10. September 2008 verbot die Herstellung, den

Import, den Gebrauch und den Verkauf von Plastiktüten (*polythene bags*) in Ruanda.

Dieses Verbot wurde in zwei Stufen umgesetzt. In den ersten Jahren konzentrierten sich staatliche Maßnahmen darauf, die Öffentlichkeit für die schädlichen Folgen von Plastik in der Umwelt zu sensibilisieren und einen Bewusstseinswandel herbeizuführen. Erst danach führte die Regierung Sanktionen und staatliche Kontrollen ein. Verstöße gegen das Plastiktütenverbot wurden mit Haftstrafen zwischen sechs und zwölf Monaten oder mit Geldstrafen in Höhe von 100 bis 500 Euro geahndet. Infolge des umfassenden Verbots und seiner rigorosen Durchsetzung zählt die ruandische Hauptstadt Kigali heute zu den saubersten Städten in Afrika. Dieses Image hat dazu beigetragen, dass immer mehr Touristen nach Ruanda kommen – ein sichtbarer Beleg dafür, dass das Handeln von Gesetzgeber und Regierung Wirkung zeigt.



■ Abb. 1: Der im Jahr 2000 gegründeten Ostafrikanischen Gemeinschaft (East African Community, EAC) gehören die Gründungsstaaten Kenia, Tansania und Uganda sowie mittlerweile auch deren Nachbarstaaten Burundi, Ruanda und Südsudan an. Es existiert bereits ein gemeinsamer Markt; langfristig werden eine Währungsunion und die Gründung eines föderalen Staats angestrebt (Grafik: Michael Wegener / Julia Blauhut).



■ Abb. 2: Blick auf die ruandische Hauptstadt Kigali (Foto: Flickr / Adrien K. / CC BY 2.0).

Ruandas Einsatz für den Schutz der Umwelt macht beim Verbot von Plastiktüten aber nicht halt. Vor kurzem hat das Land einen weiteren Meilenstein auf dem Weg zu einem besseren Schutz von Umwelt und Gesundheit erreicht: Gesetz Nr. 17/2019 vom 10. August 2019 verbietet die Herstellung, den Import, die Verwendung und den Verkauf nicht nur von Plastiktüten, sondern von jeglichen Einweg-Plastikwaren. Das Gesetz trat am 23. September 2019 mit der Veröffentlichung im Amtsblatt in Kraft und ersetzt Gesetz Nr. 57/2008. Abgesehen von seinem viel weiteren Anwendungsbereich, der jetzt alle Einweg-Plastikwaren einschließt, führt das Gesetz für jede Art der Verletzung seiner Vorschriften empfindliche Verwaltungssanktionen ein. So wurde beispielsweise für die Herstellung von Einweggegenständen aus Plastik – abgesehen davon, dass diese dem Hersteller entzogen werden – eine Sanktion von umgerechnet 9.700 Euro festgesetzt; wer solche Gegenstände importiert, wird zusätzlich zu deren Wegnahme mit einer Sanktion belegt, die zehn Mal höher ist als der Warenwert.

**„Ruanda verbietet mittlerweile die Herstellung, den Import, die Verwendung und den Verkauf nicht nur von Plastiktüten, sondern von jeglichen Einweg-Plastikwaren.“**

Kritische Beobachter haben freilich darauf hingewiesen, dass diese Erfolge ohne die ausgesprochen autoritäre Regierungsführung in Ruanda nicht möglich gewesen wären.

■ Abb. 3: Alternative dauerhafte Einkaufstaschen in einem Supermarkt in der kenianischen Hauptstadt Nairobi (Foto: Omondi Robert Owino).

## Kenia

Es ist ein sonniger Samstag im Juni 2019 in Nairobi, der Monat geht zuende, und so sind die Supermärkte überfüllt mit Kunden, die ihre Vorräte an Lebensmitteln und täglichen Gebrauchsgütern für den nächsten Monat wiederaufstocken wollen. Dem aufmerksamen Beobachter entgeht nicht, dass die meisten von ihnen umweltfreundliche Stofftaschen, Körbe und mit farbigen Logos versehene, mehrfach verwendbare Taschen aus Synthetikstoffen bei sich tragen. Es findet sich keine Spur mehr von den legendären Plastiktüten, wie sie in Kenia überall im Freien verstreut sind.

Dieser Umschwung wäre noch vor eineinhalb Jahren undenkbar gewesen, als die Supermärkte in Kenia







tionen: Wer dabei ertappt wird, dass er Tüten oder andere verbotene Gegenstände aus Plastik herstellt, verkauft oder verwendet, muss mit einer Haftstrafe von bis zu vier Jahren oder mit einer Geldstrafe zwischen 17.000 und 34.000 Euro rechnen.

Technikgläubige Kritiker haben Kenia für dieses rigorose Vorgehen gescholten. Doch angesichts der Tatsache, dass die industrielle Wiederverwertung von Plastikabfällen in Kenia stark unterentwickelt ist und moderne Recycling-Technologien weitgehend fehlen, ist ein uneingeschränktes Verbot von Plastiktüten derzeit die einzige sinnvolle Option.

■ Abb. 4: Die Verbreitung von Plastikmüll in der Nähe von Wohngebieten führte, wie hier in Kenia, zum rigorosen gesetzlichen Verbot von Plastiktüten (Foto: Luvin Yash / Shutterstock.com).

ihre Kunden tonnenweise mit kostenlosen Plastiktüten versorgten. Es wird geschätzt, dass vor dem Plastiktütenverbot allein in Nairobi täglich bis zu 86.000 Plastiktüten ausgegeben wurden, während landesweit pro Monat 24 Millionen Plastiktüten verbraucht wurden. Weil die Supermärkte keinen Aufpreis für die Tüten verlangten, fiel es leicht, sie achtlos wegzuerwerfen statt sie weiterzuverwenden. So kam es zu ernsthaften Umweltschäden in den meisten größeren Städten Kenias und sogar auf dem Land. Plastiktüten verschandelten in den meisten Gegenden den Anblick der Landschaft. Sie häuften sich auf Abfalldeponien an, blockierten Abwasserkanäle und gerieten in die Nahrung von Nutztieren. Sie entwickelten sich zu Brutstätten für malariaübertragende Parasiten, verschmutzten die Flüsse und schädigten das Leben im Meer.

Am 14. März 2017 griff die kenianische Regierung ein: Gemäß Amtsblatt Nr. 2334 wurden auf der Grundlage des *Environmental Management and Coordination Act*, der den gesetzlichen Rahmen für das kenianische Plastikverbot darstellt, nicht nur die Herstellung und der Import von Plastiktüten verboten, sondern auch ihre Verwendung als Verpackungsmaterial in Privathaushalten und im Handel.

Der kenianische Herstellerverband, die *Kenya Association of Manufacturers*, zog allerdings dagegen vor Gericht – unter anderem mit der Begründung, dass das Verbot der Bevölkerung unnötige soziale und wirtschaftliche Kosten aufbürde. Zudem sei das Verbot, gemessen an ähnlichen Initiativen in anderen Ländern, ohnehin zum Scheitern verurteilt. Das Gericht in Nairobi, der *Environment and Land Court*, ließ sich jedoch nicht beirren. Am 6. Juni 2018 bekräftigte er die Auffassung, dass das Plastiktütenverbot dem Gemeinwohl diene. Zur Durchsetzung des Verbots verhängte der Gesetzgeber harte Sank-

## Tansania

Plastiktüten – jede und jeder kann sie tragen, und nahezu alles lässt sich im Alltag damit tragen. In Tansania wird die Plastiktüte heute noch „Rambo“ genannt, nach der weltbekannten Filmfigur, die Mitte der 1990er Jahre auf vielen Tüten abgebildet war. Damals hatte die Plastiktüte alle anderen Arten von Tragetaschen vom Markt verdrängt. Es wurde üblich, nicht nur Kleidung, Arzneien oder Schulbücher darin zu transportieren, sondern auch Lebensmittel wie etwa Pommes Frites darin zu verpacken. Schätzungen zufolge benötigte man für alltägliche Einkäufe von Lebensmitteln wie Obst und Gemüse zwischen zwei und 15 Plastiktüten. Sie waren billig, fast jeder konnte sie sich leisten. Papiertaschen und Körbe hingegen galten von den frühen 1990er bis zu den frühen 2000er Jahren als ineffizient, nicht lange haltbar und teurer.



■ Abb. 5: Verkauf alternativer Tragetaschen und -körbe auf Sansibar (Foto: Denis Zagoskin / Shutterstock.com).

## LITERATURTIPP

P. Behuria: The comparative political economy of plastic bag bans in East Africa: why implementation has varied in Rwanda, Kenya and Uganda. GDI Working Paper 2019-037. University of Manchester. Manchester 2019. [www.academia.edu/38499498](http://www.academia.edu/38499498)

## AUTOR\*INNEN



■ Prof. Dr. Ulrike Wanitzek ist Professorin für Rechtswissenschaften am Institut für Afrika-studien sowie an der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Bayreuth. Sie ist Mitglied des Exzellenzclusters „Africa Multiple“.



■ Dr. Daniel Shayo ist Dozent an der University of Dar es Salaam School of Law in Tansania. Er wurde an der Universität Konstanz mit einer Arbeit über „Die Behandlung von Maßnahmen der Corporate Social Responsibility im deutschen und tansanischen Gesellschafts- und Wettbewerbsrecht“ promoviert und ist heute ebenfalls Mitglied des Exzellenzclusters „Africa Multiple“.

In Anbetracht der schädlichen Auswirkungen auf Umwelt und Gesundheit erwies sich dieser „beste Freund des Kunden“ als Wolf im Schafspelz. Weil Recyclinganlagen und eine effiziente Müllentsorgung fehlten, entwickelte sich die Plastiktütenflut zu einer allgemeinen Bedrohung. Die Folge war unter anderem eine Verstopfung der städtischen Abwassersysteme. Angesichts dieser Probleme reagierten die Regierungen auf dem tansanischen Festland und auf Sansibar mit rechtlichen Maßnahmen, die sich gegen die Herstellung und den Gebrauch von Plastiktüten richteten.

Die Regulierungen, die 2006 und 2015 für das tansanische Festland (*Mainland Tanzania*) herausgegeben wurden, waren jedoch ein Misserfolg, weil sie nur eingeschränkte Verbote enthielten. Am 1. Juni 2019 traten dann die neuen *Environment Management (Prohibition of Plastic Carrier Bags) Regulations* in Kraft. Darin werden die Herstellung, der Vertrieb, der Import und der Gebrauch von Plastiktüten komplett verboten und Anreize zum Gebrauch alternativer Taschen geschaffen. In diesem Sinne waren auch die Regulierungen, die 2009 und 2011 für Sansibar festgelegt wurden, bereits im Jahr 2018 durch die *Ban on Plastic Carry Bags Regulations* ersetzt worden, die bis heute in Kraft sind.

An der Durchsetzung der Regulierungen auf dem tansanischen Festland sind Institutionen wie die Polizei, die Einwanderungsbehörde, die tansanische Finanzbehörde, Umweltinspektoren und lokale Regulierungsbehörden beteiligt. Vor allem letztere sind verpflichtet, zur Unterstützung des Plastiktütenverbots Programme mit dem Ziel durchzuführen, den Kenntnisstand und das Bewusstsein der Öffentlichkeit zu stärken. Darüber hinaus wurden zur Unterstützung eine Reihe von Strafen angeordnet. So muss zum Beispiel ein Hersteller auf dem tansanischen Festland, der gegen das Plastiktütenverbot verstößt, mit einer Geldstrafe von bis zu 395.000 Euro oder einer Gefängnisstrafe in Höhe von zwei Jahren oder mehr rechnen. Im allgemeinen hat sich die Bevölkerung in beiden Teilen Tansanias an das Plastikverbot gehalten. Die Umwelt ist sauberer geworden! Harte Sanktionen sind nicht nur im Strafrecht vorgesehen, sondern werden auch umgesetzt. Zum Beispiel wurden auf Sansibar 621 Kilogramm Plastiktüten konfisziert, 149 Personen wurden im Mai 2019 verhaftet.

Dennoch gibt es in der Bevölkerung durchaus gemischte Gefühle. Auf der einen Seite sind die positiven Auswirkungen des Plastikverbots auf Mensch

und Umwelt unverkennbar. So kann das Verbot beispielsweise auf Sansibar neue Märkte für die im eigenen Land hergestellten alternativen Tragetaschen erschließen. Plastiktüten sind dagegen Importware. Auf der anderen Seite ist zu hören, dass infolge des Verbots die Lebenshaltungskosten gestiegen seien, weil die alternativen Taschen bis zu 10mal teurer sind als Plastiktüten. Während eine Plastiktüte umgerechnet vier Cent kostet, wird eine gleich große alternative Tragetasche für 40 Cent verkauft. Allerdings wird erwartet, dass finanzielle und wirtschaftliche Anreize seitens der Politik die Herstellung und den Import alternativer Taschen verbilligen und somit deren Verkaufspreis senken werden. Schließlich wird alternativen Tragetaschen eine mangelhafte Qualität nachgesagt. Die tansanische Normierungsbehörde, das *Tanzania Bureau of Standards (TBS)*, sieht darin nur ein vorübergehendes Problem und drängt die Hersteller dazu, die vom TBS anerkannten Standards einzuhalten.

Die Debatten über zu hohe Kosten und zu geringe Qualität alternativer Taschen und Verpackungen sind ein Indiz dafür, dass die Regierung deren Hersteller nur unzureichend auf das Plastikverbot vorbereitet hat. Der Abschied von den beliebten, aber gefährlichen Plastiktüten und die daraus entstehenden langfristigen Vorteile fordern ihren Preis.



## Uganda, Burundi und Südsudan

In Uganda gab es starke Bestrebungen, genauso wie in Kenia Plastiktüten vollständig zu verbannen. Aber zahlreiche Anläufe scheiterten angesichts einer Regierung, die sich halbherzig vor einem vollständigen Verbot drückte. In den letzten zwölf Jahren hat der Gesetzgeber schon mehrmals Verbote von Plastiktüten ausgesprochen, zuletzt im Finanzgesetz von 2009. Aber immer wieder fehlte der nötige politische Wille zu ihrer Durchsetzung, zumal die Verbote bei den Herstellern von Plastiktüten auf Widerstand stießen. Daher ist der kulturelle Übergang zu einer Gesellschaft ohne Plastiktüten noch nicht vollzogen.

Burundi ist vor kurzem in die Fußstapfen Ruandas getreten: Im August 2018 trat ein Dekret des Staatspräsidenten in Kraft, das den Import, die Herstellung, die Vermarktung sowie den Gebrauch von Tüten und anderen Plastik-Verpackungen verbietet. Dadurch soll die Herstellung alternativer Verpackungen – beispielsweise von bioabbaubaren Säcken und Tüten – sowie deren Gebrauch in Privathaushalten, im Handel und in verschiedenen Sektoren der gewerblichen Wirtschaft vorangetrieben werden. Dabei lässt das staatliche Verbot sinnvolle Ausnahmen zu: Auf dem Gebiet der medizinischen Dienstleistungen, für die Verpackung von Arzneien oder

von Industriegütern, als Material von Abwasserrohren, in der Bauindustrie sowie für Forschungs- und Unterrichtszwecke ist die Verwendung von Plastik nach wie vor erlaubt.

Im Unterschied zur Gesetzgebung in Ruanda enthält das Dekret allerdings keine klaren Vorgaben, was seine Umsetzung betrifft. In dieser Hinsicht werden noch einige Hürden zu überwinden sein. Denn das Dekret verlangt, dass Plastikflaschen und andere Plastikabfälle an die Händler zurückgegeben werden, die ihrerseits die Lagerung, das Recycling oder die Valorisierung der Abfälle gewährleisten sollen. Ob dies gelingen kann, ist durchaus zweifelhaft, da es in Burundi bis heute keine Recyclinganlagen gibt. Wohl auch deshalb hat der Erlass bisher zu keinen signifikanten Veränderungen im Alltag geführt. Doch für ein endgültiges Urteil ist es noch zu früh. Am 7. Februar 2020 läuft die Übergangszeit („grace period“) ab. Bis dahin wird von Privathaushalten, Händlern und Unternehmen erwartet, dass sie in der Lage sind, sich an das Dekret zu halten.

In Südsudan, dem jüngsten Mitgliedsstaat der EAC, werden Plastiktüten größtenteils aus Uganda, aber auch aus dem Sudan und aus Kenia importiert. Sie finden vor allem in großen Städten wie Juba Verwendung, wo verstreute Plastiktüten die Umwelt verschmutzen. Ländliche Gebiete sind davon bisher verschont geblieben. Deshalb sieht es so aus, als seien Plastiktragetaschen in Südsudan, anders als in den anderen EAC-Staaten, bisher kein landesweites Problem.

Das südsudanesisches Ministerium für Umwelt und Forsten hat angeblich im Jahr 2015 den Import und den Gebrauch von Plastiktüten verboten. Doch ein entsprechendes Instrument der Gesetzgebung ist nicht verifizierbar. Die Rechtsgrundlage für das behauptete Verbot ist unklar. Erst 2015 hat das Parlament die Grundlagen einer nationalen Umweltpolitik, die *National Environment Policy 2015-2025*, gebilligt – bis dahin gab es in Südsudan keine eindeutige, zuverlässig dokumentierte Umweltpolitik. Dies lag nicht zuletzt an den langanhaltenden, teilweise bürgerkriegsähnlichen Konflikten, die der Entwicklung einer soliden, rechtlich fundierten Umweltpolitik im Weg standen. Wenn es zutrifft, dass ein Verbot von Plastiktüten tatsächlich in Kraft gesetzt wurde, könnte man sagen, dass es sich bis zu einem gewissen Grad um eine präventive Maßnahme handelt, um eine Überflutung des Landes mit Plastikmüll zu verhindern.

## AUTOR\*INNEN



■ Gilbert Hagabimana LLM aus Burundi ist Doktorand am Lehrstuhl für Öffentliches Recht II der Universität Bayreuth.



■ Dr. Omondi Robert Owino ist Dozent an der Jomo Kenyatta University of Agriculture and Technology School of Law in Nairobi, Kenia. Er wurde an der Universität Bayreuth mit einer Arbeit über die „Gemeinsame Verwaltung von grenzüberschreitenden Naturressourcen innerhalb des Flussgebietes des Viktoriasees“ promoviert und ist heute Mitglied des Exzellenzclusters „Africa Multiple“.



■ Abb. 6: Die Ham Shopping Mall in Makerere, einem Stadtteil der ugandischen Hauptstadt Kampala (Foto: Andreas Marquardt / Shutterstock.com).



■ Alexander Stroh-Steckelberg

# Afrikas Staatspräsidenten im Wettbewerb

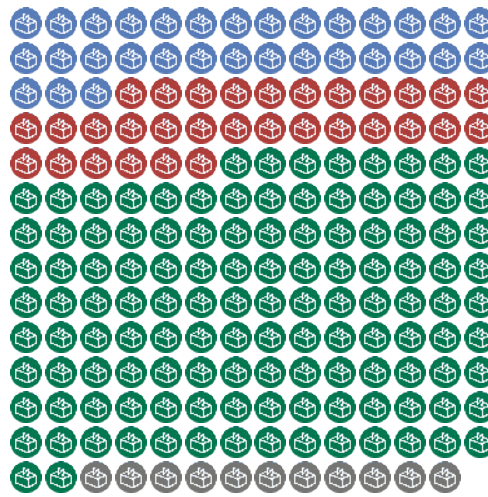
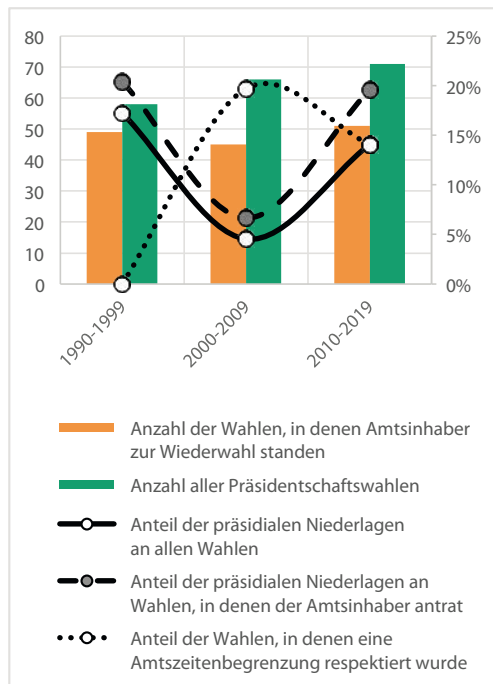
Wahlverlierer als Gegenstand der Demokratisierungsforschung

■ Plakatwerbung im Präsidentschaftswahlkampf in Ghana (Foto: Fortune Agbele).

Demokratie als Herrschaftsmodell wird allzu gerne mit dem politischen Westen verknüpft. Die Skepsis gegenüber ihrer Übertragbarkeit auf nicht-westliche Gesellschaften ist nach wie vor groß. Die einschlägige Fachliteratur bemüht sich zwar seit vielen Jahren darum, die unterschiedlichen Entwicklungspfade und die Ausdifferenzierung von Herrschaftsformen in Afrika, Asien und Lateinamerika zu betonen und zu erklären. Doch sie dringt damit nicht immer in vorherrschende gesellschaftliche, politische und auch wissenschaftliche Diskurse vor.

Für die vergleichende Demokratisierungsforschung ist der Blick auf die 55 afrikanischen Staaten sehr reizvoll.<sup>1</sup> Der Kontinent hält allein seit den Tagen der politischen Unabhängigkeit höchst unterschiedliche Herrschaftsgeschichten bereit. In jüngerer Zeit haben etwa Nigeria und Ghana positive Schlagzeilen gemacht, da sich die dort amtierenden Staatspräsidenten im demokratischen Wettbewerb geschlagen geben mussten. Botswana und Mauritius werden seit den 1960er Jahren durchgängig demokratisch regiert. Benin und die Kapverden<sup>2</sup> sind Beispiele für einen demokratischen Konsolidierungskurs infolge der epochalen Demokratisierungswelle in den frühen 1990er Jahren.

Von dieser Welle angestoßene Demokratisierungsversuche haben andernorts, beispielsweise in Kenia oder Sambia, in eine überraschend persistente Grau-



■ Abb. 1: Afrikanische Präsidentschaftswahlen mit mindestens zwei Kandidaten von 1990 bis 2018 (n=195), blau = Respekt für Amtszeitenbegrenzungen (n=23), rot = Wahlniederlage des Amtsinhabers (n=23), grün = Wiederwahl des Amtsinhabers (n=122), grau = sonstige Fälle (Darstellung des Verfassers unter Nutzung von [www.iconarchive.com](http://www.iconarchive.com)).

zone zwischen Demokratie und Autokratie geführt. In manchen Staaten, wie der Zentralafrikanischen Republik, sind sie vollends kollabiert. Kamerun und Ruanda wiederum haben, ähnlich wie andere Staaten, nur scheinbare Demokratisierungsschritte zurückgelegt: Zwar wurden entsprechende Verfahren verfassungsrechtlich verankert und Mehrparteienwahlen formal eingeführt, aber diese Maßnahmen haben keinen „demokratischen Geist“ geweckt, der das öffentliche Leben und das Verhalten der politisch Verantwortlichen prägen würde. Nationale Wahlen, an denen unterschiedliche politische Gruppierungen teilnehmen dürfen, sind mithin ein notwendiges Indiz, aber keinesfalls hinreichender Ausweis für demokratische Herrschaft. Eritrea und das Königreich Eswatini sind gegenwärtig die einzigen afrikanischen Staaten, die auch *de jure* auf nationale Mehrparteienwahlen verzichten.

### Gewählte Zentren der Macht

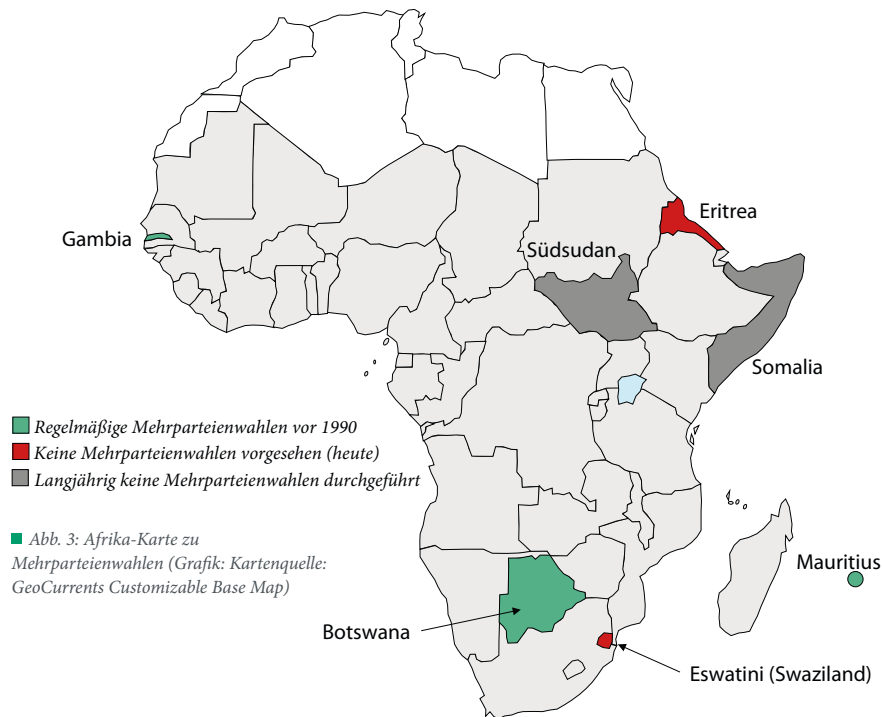
Als erforderliches Element einer Demokratie verdient der Wahlwettbewerb jedoch besondere Beachtung. Die größte öffentliche und wissenschaftliche Aufmerksamkeit wird aus guten Gründen den Präsidentschaftswahlen zuteil. Auf dem afrikanischen Kontinent existieren überwiegend präsidentielle Regierungssysteme, die über ein direkt gewähltes, aus politischen Gründen nicht absetzbares und mit unmittelbarer Regierungsgewalt ausgestattetes Staatsoberhaupt verfügen. Zwar können einige Regierungssysteme in Afrika auch als semi-präsidentiell bezeichnet werden, weil formal ein Premierminister die Regierung führt. Doch auch in den meisten dieser Fälle haben die afrikanischen Präsidenten eine

### AUTOR



■ Prof. Dr. Alexander Stroh-Steckelberg ist Juniorprofessor für Politik Afrikas und Entwicklungspolitik an der Universität Bayreuth und ist Mitglied des Exzellenzclusters „Africa Multiple“.

■ Abb. 2: Konjunktur der Wahlniederlagen von amtierenden Präsidenten im Vergleich zur Effektivität von Amtszeitenbegrenzungen (Datengrundlage: *AfriPrELDa 4.2*).



deutlich größere Machtfülle als der prototypische US-Präsident oder der französische Staatspräsident.

Afrikanische Staatspräsidenten sind zwar nicht alle gleich mächtig, aber formal und informell sind sie zumeist mächtiger als die meisten anderen gewählten Exekutivspitzen in der Welt. Diese Machtfülle geht nicht selten mit einer starken Personalisierung und einer Schwächung der Rolle von politischen Parteien einher. Einerseits gelten starke Präsidenten vielerorts als Stabilitätsanker. Andererseits haben die Verfassungsgeber vieler Länder versucht, zugleich eine Rettungsleine gegen die Überdehnung präsidentieller Macht auszuwerfen: Sie haben die maximale Amtszeit der Staatspräsidenten begrenzt, üblicherweise auf zwei Wahlperioden. Seit 1990 gab es in 38 afrikanischen Staaten verfassungsrechtliche Begrenzungen der Amtszeit.<sup>3</sup> Über die Wirksamkeit dieser Regelungen wird in der Literatur eine lebhaft Debattē geführt.

## In Demokratien werden Wahlen verloren

In den Jahren von 1990 bis 2018 haben in Afrika südlich der Sahara 195 Präsidentschaftswahlen stattgefunden. In 122 dieser Wahlen wurden Amtsinhaber wiedergewählt. In 23 Fällen, also etwa jeder neunten Wahl, respektierten amtierende Präsidenten ein Wiederwahlverbot. Die Rettungsleine hat also gehalten. In mindestens 15 Fällen gelang es den Amtsinhabern, rechtzeitig eine Verfassungsänderung durchzusetzen, die ihnen eine Wiederwahl erlaubte.<sup>4</sup> Bei näherem Hinschauen darf aber kritisch hinterfragt werden, ob der Respekt von Amtsinhabern für Begrenzungen ihrer Amtszeit pauschal als Indikator für Demokratisierungsfortschritte taugt. In zehn der 23 Fälle hat der Respekt für *term limits* – so die beliebte englische Bezeichnung – die Tür für eine Amtsnachfolge innerhalb der regierenden Partei geöffnet. Tansania steht für drei dieser Fälle. Vieles deutet daher auf die Möglichkeit hin, dass sich gut organisierte prädominante Parteien mit begrenztem Demokratisierungswillen den Respekt für Amtszeitbegrenzungen nicht nur leisten, sondern ihn als Legitimitätsressource nutzen können.

Eine andere interessante Zahl wurde in der Forschung bislang weitgehend übersehen: In ebenfalls 23 Fällen zwischen 1990 und 2018 haben amtierende Präsidenten eine Wahl verloren und die Niederlage auch hingenommen. Es kam zu friedlichen Regierungswechseln. Die potenzielle Bedeutung dieser Fälle hat der renommierte Demokratieforscher Adam Przeworski in einer einfachen Formel ausgedrückt: „Democracy is a system of government in which parties lose elections.“<sup>5</sup> In präsidentiellen Regierungssystemen gilt umso mehr, dass sich der demokratische Charakter von Herrschaft darin manifestiert, dass die Wahlbevölkerung von ihrem Recht Gebrauch macht, amtierende Präsidenten abzuwählen. Man kann schlüssig wie folgt argumentieren: Der friedliche Machtwechsel aufgrund einer unmittelbaren Wahlentscheidung entspricht der Aneignung demokratischer Möglichkeiten durch die Wahlbevölkerung; hingegen kommt die Amtszeitenbegrenzung der Wahlbevölkerung zuvor, um die Einübung demokratischer Regierungswechsel zu erzwingen.

## LITERATURTIPP

D. M. Tull, C. Simons: The Institutionalisation of Power Revisited: Presidential Term Limits in Africa. *Africa Spectrum* (2017), 52 (2), 87.

„Seit 2010 hat sich die Zahl der aktiv abgewählten Präsidenten stark erhöht. Jeder fünfte Staatspräsident, der sich zur Wiederwahl stellte, unterlag einem Mitbewerber.“

## Anstieg präsidentialer Niederlagen

Es scheint daher auf der Hand zu liegen, dass präsidentiale Wahlniederlagen einen Demokratisierungsgewinn bedeuten. Allerdings lohnt auch in diesen 23 Fällen das nähere Hinschauen. Das Feld der Wahlver-

lierer teilt sich entlang der vergangenen drei Jahrzehnte: In den 1990er Jahren mussten sich vor allem ehemalige Autokraten geschlagen geben, die zwar amtierende Staatspräsidenten waren, aber nicht mittels pluralistischer Wahlen an die Macht gekommen waren. Darunter sind klangvolle Namen wie Kenneth Kaunda, Präsident von Sambia, und Mathieu Kérékou, Präsident von Benin. Beide hatten ihre Chancen, auch den demokratischen Urnengang zu bestehen, überschätzt. In den 2000er Jahren kommt es nur selten zum elektoralen Rauswurf amtierender Präsidenten. Die Wirksamkeit von Amtszeitenbegrenzungen steht im Vordergrund.

Seit 2010 hat sich die Zahl der aktiv abgewählten Präsidenten stark erhöht. Jeder fünfte Staatspräsident, der sich zur Wiederwahl stellte, unterlag einem Mitbewerber. Im Unterschied zu den 1990er Jahren handelte es sich um Personen, die selbst per Wahlurne an die Macht gekommen waren – mit der Ausnahme des Präsidenten von Gambia, Yahya Jammeh. Dieser war es auch, der 2016 erst auf massiven internationalen Druck hin – insbesondere seitens der westafrikanischen Staatengemeinschaft ECOWAS – seine Niederlage akzeptierte.

Der im Jahr 2000 gewählte Präsident der Côte d'Ivoire, Laurent Gbagbo, hatte sich aufgrund des Gewaltkonfliktes in seinem Land zehn Jahre lang keinem Urnengang unterworfen, bevor er 2010 abgewählt wurde. Der Wahlausgang war aufgrund des zweifelhaften Verhaltens aller Beteiligten, einschließlich der nationalen Wahlkommission und des für die Ergebnisverkündung zuständigen Verfassungsgerichts, heiß umstritten. Tiefes Misstrauen unter den politischen Wettbewerbern ließ eine einvernehmliche Lösung nicht zu. Gbagbo akzeptierte die Niederlage nicht und wurde mit Unterstützung Frankreichs, der Vereinigten Staaten, der Europäischen Union und der Vereinten Nationen gewaltsam aus dem Amt gedrängt. Ebenfalls umstritten blieb die Abwahl von Manuel Pinto da Costa im Inselstaat São Tomé und Príncipe im Jahr 2016. Der Amtsinhaber klagte über angeblichen Betrug und boykottierte die Stichwahl, blockierte aber letztlich nicht die Machtübernahme durch seinen gewählten Nachfolger.

Auch Somaliland bietet ein bemerkenswertes Beispiel für eine präsidentiale Wahlniederlage: Im Jahr 2010 verlor Präsident Dahir Kahin sein Amt. Es lässt sich jedoch bezweifeln, dass sich in seiner Abwahl die Aneignung demokratischer Möglichkeiten durch die Wahlbevölkerung widerspiegelt. Denn die in Somaliland mächtigen Clans hatten sich zur Besetzung

des Präsidentenamts auf ein Rotationsverfahren geeinigt, das eine Wiederwahl des Amtsinhabers ausschloss. Dahir Kahin „musste“ verlieren.

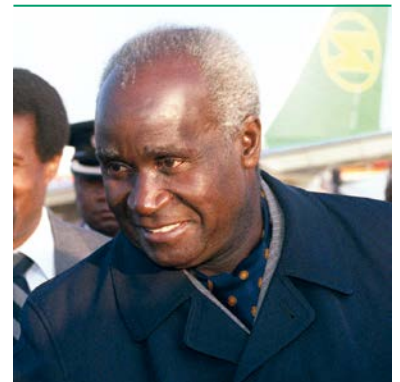
In einer Reihe von Ländern können die teils knappen und teils unvorhergesehenen Abwahlen von Staatspräsidenten durchaus als Indiz dafür angesehen werden, dass sich demokratische Verfahren gefestigt haben und die Wahlbevölkerung von ihren demokratischen Möglichkeiten selbstbewusst Gebrauch macht. Dies gilt, darüber sind sich die Beobachter weitgehend einig, zumindest für die Niederlagen der Präsidenten in Sambia (Rupiah Banda, 2011), Senegal (Abdoulaye Wade, 2012), Malawi (Joyce Banda, 2014), Nigeria (Goodluck Jonathan, 2015) und Ghana (John Mahama, 2017).

Angesichts dieses breiten Spektrums unterschiedlicher Entwicklungen sollte sich die Forschung nicht damit aufhalten, das Phänomen „Präsidentenabwahl“ in Afrika allgemein erklären zu wollen. Diese Versuchung ist gerade für die quantitativ vergleichende Forschung groß, da es sich um ein leicht messbares Ereignis handelt – übrigens ähnlich der Einhaltung oder Missachtung von *term limits*. Besser sollte danach gefragt werden, wann präsidentielle Wahlniederlagen tatsächlich als Demokratisierungshelferinnen wirken können. Aus den Erklärungen zur Abwahl von John Mahama in Ghana<sup>6</sup> lassen sich jedenfalls nicht ohne Weiteres allgemein anwendbare Theorien ableiten: In jüngster Zeit haben afrikanische Staatspräsidenten Wahlen auch in Ländern verloren, in denen nur wenig Erfahrung mit friedlichen Regierungsübergaben gesammelt wurde, keine offene politische Atmosphäre herrschte und auch kein wirtschaftlicher Einbruch dem amtierenden Präsidenten hätte angelastet werden können.

## Fazit

Es bleibt festzuhalten, dass der neue Trend präsidentialer Wahlniederlagen in Afrika ein interessantes Forschungsfeld eröffnet. Der elektoraler Rauswurf von amtierenden Präsidenten scheint auf den ersten Blick ein besserer Indikator für Demokratiegewinne zu sein als die viel diskutierte Existenz und Einhaltung verfassungsrechtlicher Amtszeitenbegrenzungen. Allerdings muss etwaige Euphorie gebremst werden. Die beobachteten Wahlniederlagen des zu Ende gehenden Jahrzehnts erzählen sehr unterschiedliche Geschichten, die erst durch präzise Fallstudien und systematisch vergleichende Forschung angemessen eingeordnet werden können.

- 1 Mit den international nicht anerkannten, staatsähnlichen Gebilden Somaliland und Westsahara erhöht sich die Zahl auf 57.
- 2 Den Begriff der Welle hat Samuel Huntington mit seinem viel rezipierten Buch „The Third Wave“ (Norman, Oklahoma 1991) geprägt.
- 3 D. M. Tull, C. Simons (2017), siehe Literaturtipp.
- 4 Ebd., 86.
- 5 „Demokratie ist ein Regierungssystem, indem Parteien Wahlen verlieren.“ – A. Przeworski: Democracy and the Market. Cambridge 1991, 10.
- 6 N. Cheeseman et al.: The Ebbing Power of Incumbency. Journal of Democracy (2017), 28(2), 92-104.



■ Abb. 4: Kenneth David Kaunda, erster Präsident von Sambia, amtierte von 1964 bis zu seiner Abwahl im Jahr 1991 (Foto: wikimedia commons / William M. Firaneck).



■ Abb. 5: Muhammad Buhari, Präsident von Nigeria, gewann 2015 die Präsidentschaftswahl gegen den bis dahin amtierenden Präsidenten Jonathan Goodluck. Von 1983 bis 1985 war er schon einmal, nach einem Militärputsch, Staatsoberhaupt seines Landes (Foto: wikimedia commons / Chatham House).

# Lokale Aussöhnung in Libyen

Eine Evaluation lokaler  
Vereinbarungen seit 2011





Aussöhnung ist eine der wichtigsten Formen lokaler Konfliktlösung in Gemeinschaften. Sie geschieht in der Regel in traditioneller Form durch traditionelle Autoritäten, Stammesälteste, Stammesmitglieder, Notabeln oder „weise Männer“. Die Mechanismen in diesen Aussöhnungsprozessen hängen weitgehend von lokalen Gepflogenheiten ab – und davon, ob sie sozial als Alternative der Streitregelung akzeptiert sind. Bräuche beziehen ihre Stärke aus ihrer überkommenen sozialen Wertschätzung, Bedeutung und Anerkennung sowie aus ihrer moralischen Autorität, welche Konfliktparteien dahin bringt, auf Gewalt zu verzichten, sobald sie das Ergebnis des traditionellen Aussöhnungsprozesses einmal akzeptiert haben.

Lokale Versöhnung kann als sozialer Prozess definiert werden, der gemeinsame Anstrengungen auf lokaler Ebene widerspiegelt. Sie umfasst die Prozesse, Initiativen und Aktivitäten, die für die Konfliktparteien von Interesse sind und die auf von allen Konfliktparteien akzeptierte Lösungen zielen.<sup>1</sup> In Libyen gehört Streitregelung zu den wichtigsten Konfliktlösungsmechanismen auf lokaler Ebene und hat wesentlich zur Konfliktminderung zu verschiedenen historischen Zeiten beigetragen. Das institutionelle und sicherheitspolitische Vakuum, das auf den Sturz des Qadhafi-Regimes im Jahr 2011 folgte, wurde von traditionellen Stämmen und ihren Führern ausgefüllt, die daher heute bei der Konfliktlösung eine große Rolle spielen.

Lokale Streitregelung nach traditionellen Regeln oder Bräuchen gehört zum bedeutendsten Handwerkszeug lokaler Konfliktlösung in Libyen. Lokale Konflikte sind häufig tribaler oder territorialer Art, es geht um Mord, Heirat oder Scheidung. Nach 2011 allerdings wurden viele solcher Konflikte politisiert, bzw. wurden zu Konflikten zwischen Verwandtschaftsgruppen. Dies geschah, nachdem Städte

und Stämme sich entweder dem pro-Qadhafi-Lager oder der Februar-Revolution angeschlossen hatten. Bewaffnete Konflikte führten in vielen Regionen zu sozialen Spaltungen und zu Vertreibungen. Das vielleicht prominenteste Beispiel dafür ist der Fall Misrata-Tawergha: Hier führten der bewaffnete Kampf und seine Auswirkungen nach 2011 zur Vertreibung der Bürger von Tawergha in verschiedene Gebiete des Landes. Das Misrata-Tawergha-Abkommen ist der bedeutendste Versöhnungsfall in Libyen. Aussöhnung in diesem Fall wird den Aussöhnungsprozess auch zwischen anderen Gemeinschaften sowie auf nationaler Ebene befördern.<sup>2</sup>

### Erfahrungen seit 2011

Seit 2011 hat jegliche lokale Streitregelung traditionellen Charakter. Streit wird durch Komitees regionaler Stammesführer geregelt oder durch auswärtige Stämme vermittelt. Manchmal werden auch Aktivisten aus der Zivilgesellschaft zu Aussöhnungsprozessen hinzugezogen. Zunächst werden Bedingungen und Ablauf ausgehandelt. Das Ergebnis solcher Streitregelung gleicht jedoch oft eher einem Krisenmanagement als einer eigentlichen Versöhnung zwischen den Konfliktparteien. Denn hauptsächlich geht es um das Ende von Gewalt, die Ausrufung eines Waffenstillstands oder Gefangenen- und Verwundeten austausch, der häufig von allen Konfliktparteien eingefordert wird. Allerdings werden solche Vereinbarungen häufig gebrochen, und die ursprünglichen Probleme zwischen den Konfliktparteien brechen wieder auf, da Lösungsvorschläge nicht tiefgreifend genug waren und keine Friedensgarantien vereinbart worden waren.

Das bekannteste lokale Versöhnungsabkommen seit 2011 ist das vom Stamm der Obeidat ausgearbei-

Dieser Abschnitt und einige Teile dieses Artikels basieren auf ausführlichen Interviews mit mehreren Scheichs, lokalen Stammesführern und Mitgliedern der Zivilgesellschaft, die sich mit nationalen und lokalen Aussöhnungsfragen in Libyen befassen und auf lokaler und nationaler Ebene an vielen Aktivitäten im Zusammenhang mit dem Aussöhnungsprozess beteiligt waren.

### AUTORIN



■ Dr. Amal S. M. Obeidi ist Professorin für Politikwissenschaft an der University of Benghazi und wissenschaftliche Mitarbeiterin im DFG-Forschungsprojekt "Political in the Making" an der Universität Bayreuth. Sie ist Fellow der Alexander von Humboldt-Stiftung.



■ Abb. 1: Unterzeichnung des Friedensvertrags zwischen Misrata und Tawergha am 3. Juni 2018 (Foto: Abdruck mit freundlicher Genehmigung von Emad Shnab).

## „Eine der wichtigsten Herausforderungen für Projekte zur Aussöhnung liegt darin, dass der Staat seine Rolle insbesondere bei der Gewährleistung von Sicherheit nicht ausfüllt.“

tete Dokument über die Tötung des Stabschefs der libyschen Armee und zweier seiner Kameraden, die von extremistischen Gruppen entführt worden waren. Dies geschah, nachdem der Staatsanwalt den Stabschef auf Verlangen des Vorsitzenden des Nationalen Übergangsrates, Mustafa Abdul Jalil, zum Verhör vorgeladen hatte. Weitere wichtige Vereinbarungen sind das Übereinkommen des Nationalen Übergangsrates mit den Tuaregstämmen (2011), das Toubou- und Tuareg-Abkommen (2014), das Toubou- und Tuareg-Abkommen für Frieden und Versöhnung (2015), das Abkommen über Zusammenarbeit und friedliches Zusammenleben zwischen den Stämmen Qadhadfa und Awlad Suleiman (2016), die Versöhnungsvereinbarung zwischen den Toubou und Awlad Suleiman (2017), die Misrata-Tawergha-Vereinbarung über die Rückkehr der Vertriebenen und Opferentschädigungen (2016) sowie der Friedensvertrag zwischen Misrata und Tawergha (2018).

Die Auswertung dieser Vereinbarungen in ihrer Gesamtheit und die Analyse ihrer Abschlüsse ergeben folgendes Bild:<sup>3</sup>

■ Die meisten Vereinbarungen zielten auf umfassende und dauerhafte Aussöhnung zwischen den Konfliktparteien, ohne dass jedoch die dafür erforderlichen

derlichen Mechanismen und Mittel zur Verfügung gestellt wurden.

■ Daher konnten viele dieser Vereinbarungen nicht erfolgreich umgesetzt werden. Das prominenteste Beispiel dafür ist das Misrata-Tawergha-Abkommen. Gleich mehrere große Hindernisse stehen seiner Umsetzung entgegen: Dazu gehört die Sicherheitslage, welche die Erbringung von Dienstleistungen in der Stadt erschwert. Sie verhindert, dass die Menschen in die Stadt Tawergha zurückkehren: denn hier finden sie keine stabilen Lebensverhältnisse vor, und es mangelt noch an allem Lebensnotwendigen. Die Gewährung von Sicherheit und Erleichterung bei der Suche nach Vermissten sind die wichtigsten Bedingungen für eine Rückkehr der Bürger\*innen, ganz zu schweigen vom Wiederaufbau der Stadt und notwendigen Dienstleistungen wie etwa Stromversorgung und Schulen.<sup>4</sup>

■ In Fällen mit internationaler Beteiligung an den Aussöhnungsprozessen wurde regelmäßig auf die Frage der Wiedergutmachung und der Entschädigung verwiesen. In den Vereinbarungen wurde festgelegt, dass die externen Mittler (Italien und Katar) Entschädigungen an die betroffenen Parteien zu zahlen hätten. In den rein libyschen Vereinbarungen wurden Entschädigungsfragen nicht aufgeführt – mit Ausnahme des Misrata-Tawergha-Abkommens und des Friedensvertrags zwischen den beiden Städten im Juni 2018, die die Verpflichtung der libyschen Staates betonten, die Bedingungen der zwischen den beiden Parteien unterzeichneten Vereinbarung umzusetzen.<sup>5</sup>

■ Das Fehlen starker staatlicher Institutionen und des politischen Willens ist der Hauptgrund für das Scheitern vieler dieser lokalen Abkommen, insbesondere dann, wenn Wiederaufbau und Einrichtung von Verantwortlichkeiten staatliche Unterstützung erfordern.

### Herausforderungen

Aussöhnungsprozesse auf lokaler und nationaler Ebene sind vor eine Reihe von Herausforderungen gestellt: die weite Verbreitung von Waffen und bewaffneter Gruppierungen sowie die Existenz parastaatlicher Gruppen, die parallel zum Staat Sicherheit anbieten und damit alle Versöhnungsvereinbarungen scheitern lassen. Eine der wichtigsten Herausforderungen für Projekte zur Aussöhnung liegt darin, dass der Staat seine Rolle insbesondere bei der Gewährleistung von Sicherheit nicht ausfüllt; denn nur der Staat und seine Institutionen können die Einhaltung und Umsetzung dieser Abkommen gewährleisten. Stellt man Partikularinteressen – seien sie tribal oder regional – vor das nationale Interesse, ergibt sich ein

### LITERATURTIPP

A. S. M. Obeidi: Local Reconciliation in Libya: An Exploratory Study on Traditional Reconciliation Process and Mechanisms since 2011. UNDP, 2018.

■ Tabelle 1: Übersicht und Eckdaten der Vereinbarungen und Abkommen in Libyen seit 2011. Das Wort „Stamm“ entspricht in diesem Kontext dem arabischen Wort „qabila“.

Titel	Jahr	Ort
Vom Stamm der Obeidat ausgearbeitete Erklärung, mit Unterstützung anderer Stämme	2011	Benghazi
Übereinkommen des Nationalen Übergangsrates mit den Tuaregstämmen	2011	Ghadames
Toubou- und Tuareg-Abkommen	2014	Sabha
Toubou- und Tuareg-Abkommen für Frieden und Versöhnung	2015	Doha
Abkommen über Zusammenarbeit und friedliches Zusammenleben zwischen den Stämmen Qadhadfa und Awlad Suleiman	2016	Sabha
Versöhnungsvereinbarung zwischen den Toubou und Awlad Suleiman	2017	Rom
Misrata-Tawergha-Vereinbarung über die Rückkehr der Vertriebenen und Opferentschädigungen	2016	Tunis
Friedensvertrag zwischen Misrata und Tawergha	2018	Misrata

besonderes Problem. Eingriffe auswärtiger Akteure, vor allem wenn deren Interesse dem Aussöhnungsprozess in Libyen entgegensteht, stellen ein weiteres Problem dar. In einigen Regionen und Städten ist Selbstjustiz verbreitet, ebenso das Fehlen einer Kultur der Toleranz und Versöhnung. Es fehlen Mittel zur Kommunikation und Logistik, die eine Versöhnung zwischen Konfliktparteien erleichtern würden.

## Erfolgsfaktoren

Um den Erfolg lokaler Aussöhnungsprozesse in Libyen zu gewährleisten, sollte der Schwerpunkt auf moralischen und ethischen Aspekten liegen. Dazu zählen nicht zuletzt Zurückhaltung in religiösen Fragen, Loyalität gegenüber dem Heimatland, Einhaltung von Vereinbarungen, Vertrauen zwischen den Parteien und ein echter Wunsch nach Frieden. Zudem sollte die Rolle des Staates und seiner Institutionen für eine erfolgreiche Umsetzung verschiedener Aussöhnungsinitiativen, oder auch in Bezug auf Entschädigungen und Rechenschaftsverfahren, stärker betont werden. Zu den wichtigsten Erfolgsgegaranten gehört ein nationaler Dialog, der die Aussöhnung auf lokaler und nationaler Ebene befördert wird. Konfliktparteien sollten weder Versuchen der Einflussnahme von außen ausgesetzt sein noch Versuchen, Aussöhnung zu politisieren. Das nationale Interesse sollte immer vor persönlichen, regionalen oder tribalen Interessen stehen. Darüber hinaus sollte Libyen für Aussöhnungsprojekte auf lokaler und nationaler Ebene verantwortlich zeichnen; ebenso sollten Aussöhnungstreffen in Libyen selbst stattfinden. Weitere Erfolgsfaktoren wären Abrüstung und Nichtverbreitung von Waffen sowie die Förderung einer Kultur der Toleranz und Anerkennung des Anderen durch Bildungs- und Informationsprogramme.

## Fazit

Seit 2011 ist lokale Aussöhnung in Libyen meist durch traditionelle Rechtsinstitutionen durchgeführt worden. Stammesgruppen haben zur Beilegung von Streitigkeiten beigetragen, indem sie Aussöhnungskomitees gebildet haben, die hauptsächlich aus traditionellen Anführern bestehen. Die Schwäche des Staates seit 2011 und die mangelnde Präsenz seiner Institutionen, insbesondere der Sicherheits- und Justizbehörden, in vielen Teilen des Landes haben die traditionelle Rolle der Stämme und ihrer aufstrebenden Institutionen – beispielsweise von Stammesräten auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene – gestärkt.



■ Abb. 2: Treffen von Stammesräten in der libyschen Stadt Tobruk im Jahr 2011 (Foto: Amal S. M. Obeidi).

Eine der größten Schwächen lokaler Aussöhnungsprozesse ist die Abwesenheit von Frauen. Es gilt als gesellschaftlich inakzeptabel, dass Frauen an Sitzungen, Konsultationen, Verhandlungen oder Versöhnungsaktivitäten teilnehmen, die als Aufgaben nur für Männer angesehen werden. Ebenso fehlen Jugendliche bei lokalen Aussöhnungen, da sie oft als Quelle von Konflikten zwischen Stämmen und Familien gelten. Zudem verlassen sich die Aussöhnungsräte bei der Entscheidungsfindung gern auf ihre älteren Scheichs. Daher ist es wichtig, Jugendliche und Frauen in gemeinschaftliche und nationale Aussöhnungsinitiativen einzubeziehen und ihre Rolle bei der Förderung von Sicherheit und sozialem Frieden anzuerkennen. Ebenso sollten Aussöhnungskomitees eingerichtet werden, die aus jungen Menschen und Frauen bestehen. So können deren Fähigkeiten in den Bereichen Mediation und Friedensförderung deutlich gestärkt werden.

Traditionell geprägte Aussöhnungsbemühungen werden die staatliche Justiz zwar nicht ersetzen, aber sie können sie entlasten. Es gibt Probleme, die nur staatliches Recht gelöst werden können, während sich andere von den Gerichten unter Einbeziehung von Vermittlungs- und Schieds-Komitees, häufig von traditionellen Stammesführern gebildet, lösen lassen. Aussöhnungsprozesse auf nationaler Ebene haben bisher keine große Unterstützung gefunden, weil Rechtsaufsicht fehlte. Meist hätten sie auch staatliche Hilfe zur Wiedergutmachung erfordert. Auch für die Einrichtung einer Wahrheits- und Vermisstenkommission sind ein sicheres und stabiles Umfeld sowie Regeln für den Schutz von Opfern und Zeugen unabdingbar.

Dieser Artikel ist Teil eines größeren Projekts zur nationalen Aussöhnung in Libyen. Teile dieses Artikels basieren auf veröffentlichten Artikeln über Lokale Versöhnung in Libyen in T. Hüsken et al. (eds.): *The Multiplicity of Orders and Practices* (Köln 2019), UNDP-Projekt zur nationalen Aussöhnung in Libyen 2018 und in der Rechtsagenda 2019.

- 1 Vgl. A. S. M. Obeidi (2018), siehe Literaturtipp.
- 2 Laut der allgemeinen Volkszählung in Libyen im Jahr 2006 lebten in Tawergha 24.223 Menschen; Tawergha ist Teil der Stadt Misrata, die nach der administrativen Teilung während der Zeit des Qadhafi-Regimes zu den 25 großen Volkskongressen gehörte. Laut Berichten des UNHCR wurden 35.000 Menschen aus Tawergha in andere Orte innerhalb Libyens vertrieben; davon leben 16.000 in den östlichen Provinzen und 12.000 in den westlichen Teilen des Landes, hauptsächlich in Tripolis. Siehe auch M. Cherif Bassiuni (ed.): *Libya from Repression to Revolution: A Record of Armed Conflict and International Law Violation, 2011-2013*. Leiden 2013, 617-619.
- 3 Vgl. A. Obeidi (2018), 9-14. Siehe Literaturtipp.
- 4 Bawaba alwasat, <http://alwasat.ly/news/libya/209418>. 17. Juni 2018.
- 5 Friedensvertrag zwischen Misrata und Tawergha am 3. Juni 2018.

# Überwachen und helfen

Afrika in der Globalgeschichte  
des Flüchtlingslagers



■ Flüchtlingslager in Dadaab, Kenia (Foto: © Brendan Bannon/  
IOM/UNHCR). Kleines Foto: Somalische Flüchtlinge in Dadaab in  
Kenia (Foto: Sadik Gulec / Shutterstock.com).

Flüchtlingslager sind zum festen Bestandteil des globalen Umgangs mit Migrations- und Fluchtbewegungen geworden. Etwa ein Viertel der 65 Millionen Menschen, die weltweit auf der Flucht sind, lebt gegenwärtig in einem Flüchtlingslager. Es gibt mittlerweile Flüchtlingslager, die die Größe von Städten haben: Die fünftgrößte Stadt Jordaniens (Zaatari), die viertgrößte Stadt Kenias (Dadaab) und die drittgrößte Stadt Sierra Leones (Gondama) sind Flüchtlingslager.

Der französische Anthropologe Michel Agier hat Afrika als den „Kontinent der Flüchtlingslager im 21. Jahrhundert bezeichnet“.<sup>1</sup> Denn während die meisten Flüchtlingslager in Europa bald nach ihrer Errichtung wieder geschlossen werden, bleiben sie in Afrika oft für längere Zeit bestehen. Flüchtlingslager in Europa gelten als vorübergehende Notlösung, doch wenn sie in Afrika eingerichtet werden, idealisiert man sie gerne als Zauberformel für die Überwindung von Problemen, die tatsächlich oder vermeintlich aus Fluchtbewegungen resultieren. Nach Einschätzung von Agier leben in Europa 14 Prozent der Flüchtlinge in einem Lager, in Afrika sind es jedoch rund 83 Prozent.<sup>2</sup>

Bedenkt man die vergangenen Erfahrungen mit Flüchtlingslagern, ist der gegenwärtige Trend zur Einrichtung neuer Lager in Afrika ein Rätsel. Hier sollen „Asylzentren“, dort neue „Auffanglager“ und anderswo wiederum „Anlandezentren“ mit Hilfe internationaler Organisationen und westlicher Geberländer errichtet werden. Dabei tendieren Flüchtlingslager dazu, sobald sie gebaut sind, länger zu existieren als ursprünglich erwartet. In 90 Prozent der Fälle bleiben sie für mehr als fünf Jahre erhalten. Einige existieren sogar deutlich länger. Das Meheba Settlement in Sambia feiert im nächsten Jahr seinen 50. Jahrestag, das Oruchinga Settlement in Uganda besteht schon seit 58 Jahren. Mittlerweile ist gut dokumentiert, dass die Lebensbedingungen in Flüchtlingslagern oft katastrophal sind. Nicht selten leiden Camp-Bewohner an Hunger oder unter Cholera-Epidemien, oder sie sind durch Angriffe bewaffneter Gruppen bedroht.

Flüchtlingslager entwickeln sich in manchen Regionen zu so drängenden Herausforderungen für die innere Sicherheit, dass die jeweiligen Staaten sie gerne verschwinden lassen würden – zum Beispiel in Kenia, wo die Regierung wiederholt angekündigt hat, die Lager Kakuma und Dadaab zu schließen. Selbst das Flüchtlingswerk der Vereinten Nationen plädiert inzwischen für „Alternativen zu Flüchtlings-



■ Abb. 1: Flüchtlingslager in der somalischen Hauptstadt Mogadishu (Foto: Sadik Gulec / Shutterstock.com).

lagern“.<sup>3</sup> Statt neue Flüchtlingslager einzurichten, solle die lokale Integration von Flüchtlingen in Dörfern und Städten unterstützt werden. Doch wenn Flüchtlingslager oft Teil des Problems sind und nicht Teil der Lösung, warum werden immer wieder neue errichtet? An diesem Punkt lohnt sich ein Blick in die Geschichte des 20. Jahrhunderts: das Jahrhundert, in dem Flüchtlingslager zur Standardlösung des globalen Migrationsmanagements wurden.

**„In der kolonialen Gedankenwelt galten afrikanische Migrationen als pathologisches Phänomen, das diagnostiziert und behandelt werden musste.“**

### Historischer Rückblick

Als die Organisation der Vereinten Nationen 1945 gegründet wurde, hatte der Krieg in einem nie zuvor gesehenen Ausmaß Menschen entwurzelt: demobilisierte Soldaten, ehemalige Zwangsarbeiter, Kriegsgefangene, befreite KZ-Häftlinge, Vertriebene, Zivilisten, die vor der Roten Armee oder vor den Alliierten flohen, und viele mehr. Allein in Europa waren etwa 60 Millionen Menschen auf der Flucht, weltweit etwa 175 Millionen Menschen – und dies bei einer Weltbevölkerung, die nur ein Drittel so hoch war wie heute.<sup>4</sup> Angesichts dieser Zahlen ist leicht nachzuvollziehen, warum Historiker\*innen stutzig werden, wenn gelegentlich behauptet wird, es gäbe heutzutage mehr Flüchtlinge als je zuvor.

Flüchtlingslager sind im Kontext des Zweiten Weltkriegs entstanden, weil Flüchtlinge aus Sicht der Alliierten ein militärisches und strategisches Pro-

#### LINKTIPP

UNHCR. The UN Refugee Agency: Global Report 2019.

<http://reporting.unhcr.org/publications/>

■ Abb. 2: Das Flüchtlingslager Moria auf der griechischen Insel Lesbos. Es ist für 3.000 Menschen ausgelegt, derzeit leben hier aber rund 13.000 Menschen, darunter sehr viele Geflüchtete aus Afrika (Foto: Nicolas Economou / Shutterstock.com).



AUTOR



■ Prof. Dr. Joël Glasman ist Professor für Geschichte mit dem Schwerpunkt Geschichte Afrikas an der Universität Bayreuth und ist Mitglied des Exzellenzclusters „Africa Multiple“.

blem darstellten. Sie galten als unberechenbarer Störfaktor bei der Kontrolle von Straßen und Zügen, Truppentransporten, der Verteilung von Ressourcen und logistischen Planungen. Noch vor der offiziellen Gründung der Vereinten Nationen etablierten die Alliierten daher im Jahr 1943 die Nothilfe- und Wiederaufbauverwaltung der Vereinten Nationen (*United Nations Relief and Rehabilitation Administration, UNRRA*). Diese Organisation, die dem Obersten Hauptquartier der Alliierten Expeditionstruppen (*Supreme Headquarters of the Allied Expeditionary Forces, SHAEF*) unterstellt war, errichtete bald ein weites Netz von Flüchtlingslagern, das sich von Ägypten über Süditalien bis nach Norddeutschland erstreckte. Flüchtlinge wurden einerseits als hilfsbedürftige Opfer gesehen, die versorgt werden mussten, andererseits aber auch als Risiko. Von „Ansteckungsgefahr“ war die Rede: Flüchtlinge durften weder ihre Krankheiten (Cholera, Typhus, Diarrhoe) noch ihre Ideen (Faschismus, Nationalsozialismus, Kommunismus) verbreiten. Es ging um Hilfe, doch zugleich es auch um Überwachung.

Als der Zweite Weltkrieg zu Ende war, ging die Expertise der UNRRA auf neue UNO-Agenturen über: zunächst auf die Internationale Flüchtlingsorganisation (*International Refugee Organisation, IRO*), ab 1952 dann auf den Hochkommissar der Vereinten Nationen für Flüchtlinge (*United Nations High Commissioner for Refugees, UNHCR*). Diese setzten die Techniken des Verwaltens und des Versorgens fort, welche die beiden Funktionen des Flüchtlingsmanagements miteinander verschmelzten: Überwachen und Helfen. Ein Großteil des Flüchtlingslagervokabulars („refugee camps“, „transit centres“, „waiting zones“) und der quasi-juristischen Kategorien („refugees“, „stateless persons“, „displaced persons“, „exiled intellectuals“, „unaccompanied children“) wurden in diesen

Nachkriegsjahren geprägt. Bald jedoch wechselte die Verantwortung für die Flüchtlingsverwaltung von der UNO zu den Nationalstaaten. Schon 1951, als der UNHCR gegründet wurde, war relativ klar, dass diese Einrichtung eher für Beratungsfunktionen als für logistische Großprojekte gebraucht wurde. Die Juristen des UNHCR, der hauptsächlich von den USA finanziert wurde, sollten den Regierungen europäischer Staaten bei ihrem Umgang mit Flüchtlingen auf die Finger schauen.

Die geopolitische Zäsur der Dekolonisierung öffnete neue Länder für die Organisationen der UNO: In den 1950er Jahren wurden auf dem amerikanischen Kontinent, in Asien und in Afrika elf, in den 1960er Jahren 44 Länder unabhängig – und bald danach auch Mitglieder der Vereinten Nationen. Der Hochkommissar für Flüchtlinge erkannte in der entstehenden „Dritten Welt“ neue Tätigkeitsfelder für seine Organisation. Bereits die Teilung von Indien und Pakistan hatte 1948 Millionen Menschen zur Flucht gezwungen. Nun vertrieben die Kolonialkriege in Algerien und Kenia Tausende von Zivilisten. Es folgten Pogrome in Ruanda und Burundi, Militärcoups im Kongo und in Togo. Der UNHCR bot den neu gegründeten Staaten seine „good offices“ an, doch sobald die Experten der UNO vor Ort angekommen waren, sahen sie sich mit einer anderen Tradition des Flüchtlingsmanagements konfrontiert: dem kolonialen Erbe.

■ Abb. 3: Das Flüchtlingslager Nyarugusu in Tansania, eines der größten Flüchtlingslager der Welt. Eine große Zahl von Menschen aus Burundi haben hier Zuflucht gefunden (Foto: © UNHCR/ Dominic Nahr).



### Das Erbe des Kolonialismus

Fluchtbewegungen waren in kolonialen Territorien Afrikas nicht unüblich. Viele Menschen flohen vor europäischen Eroberungszügen, Vergeltungsaktionen, Zwangsrekrutierungen, neuen Epidemien und anderen Gefahren für Leben und körperliche Unversehrtheit. Der UNHCR lernte, dass koloniale Offiziere und Verwalter bereits eine gewisse Vorliebe für das Errichten von Lagern hatten: Schon zu Beginn des 20. Jahrhunderts gab es Konzentrationslager im



südafrikanischen Burenkrieg, Lager für Kriegsgefangene in Deutsch-Südwestafrika, Lager für Schlafkrankheitspatienten im belgischen Kongo, Lager für Zwangsarbeiter in der französischen Elfenbeinküste, Lager für Minenarbeiter im britischen Südafrika, Lager für Sträflinge, Oppositionelle oder Migranten in fast allen afrikanischen Kolonien. Die Funktionen der Lager waren sehr unterschiedlich – doch die Verwalter, Offiziere, Ärzte und Juristen hatten nicht selten Erfahrungen in mehreren dieser Konstellationen erworben. Sie teilten bestimmte Ideen, bestimmte Erlebnisse und bestimmte Hoffnungen. Vor allem eine Überzeugung war ihnen gemeinsam – und diese wurde bald von ihren postkolonialen Nachfolgern und von internationalen Organisationen wie der UNHCR übernommen: Entwicklung verlangt eine Konzentration von Arbeitskraft. Migration, temporäre Wanderungsbewegungen und Nomadismus wurden deshalb als Entwicklungshindernisse angesehen. Dementsprechend idealisierte man afrikanische Gesellschaften als traditionelle Dorfgemeinschaften, die von Migration destabilisiert würden. Man sprach von „Landstreicherei“ und „Enttribalisierung“ als Ursachen für Rückständigkeit, Armut und Kriminalität. Dass Migration ein normaler Bestandteil afrikanischer Gesellschaftsordnungen war, wurde übersehen: In der kolonialen Gedankenwelt galten afrikanische Migrationen als pathologisches Phänomen, das diagnostiziert und behandelt werden musste. Die Mittel hierfür hießen „planen“, „konzentrieren“, „sesshaft machen“, „kontrollieren“. Von Raumplanung und Organisation versprach man sich die Überwindung von Entwicklungshemmnissen, insbesondere von niedriger Bevölkerungsdichte, Mangel an Arbeitskräften und hohen Kosten sozialer Dienstleistungen in dünn besiedelten Territorien.

Unkontrollierte Migration wurde als Gefahr gesehen, die – so glaubte man – das traditionelle Gleichgewicht stören, Familien und Ethnien auseinander bringen und zum moralischen Niedergang führen würde. Doch an manchen Orten fehlten auch Ar-

beitskräfte oder Landwirte, um von der Kolonialverwaltung erwünschte Produkte anzubauen. Arbeitslager boten hier, aus der Sicht der Kolonialverwalter, eine Lösung: Die Stabilisierung der Arbeitskraft wurde als Voraussetzung für soziale Sicherheit und Fort-



■ Abb. 4: Das Flüchtlingslager Bulengo in der DR Kongo (Foto: Ben Houdijk / Shutterstock.com).

schrift gesehen. Diese Arbeitslager und staatliche Ansiedlungsprojekte stellten einen weiteren wichtigen Vorläufer späterer Flüchtlingslager dar. Dementsprechend wurden sie nicht ausschließlich als notwendige Übergangslösung angesehen, sondern als Hebel für das Wirtschaftswachstum. In Flüchtlingslagern konnten wie in kleinen Laboratorien alle infrastrukturellen Techniken und Einrichtungen erprobt und vorgeführt werden, die für ländliche Entwicklung notwendig waren: Bewässerung, Drainage, Straßenbau, Gesundheitszentren, Schulen. Die Mobilisierung der Arbeit im Lager war, nach der kolonialen Logik, ein entscheidender Schritt zur „Modernisierung“.

Gerade in den Flüchtlingslagern zeigt sich bei näherer Betrachtung, wie sehr das koloniale Erbe im Umgang mit Migrations- und Fluchtbewegungen nachwirkt.<sup>5</sup> Der in den Sozial- und Wirtschaftswissenschaften entwickelte Begriff der „technischen Pfadabhängigkeit“ trifft sehr genau auch auf das Lager in seinen unterschiedlichen Funktionen zu. Das Lager ist seit der Kolonialzeit eine ambivalente Technik, die auf den ersten Blick gegensätzliche Funktionen – die des Überwachens und die des Helfens – miteinander verknüpft. Es ordnet sich dabei in eine Vielzahl anderer Techniken ein, die sich sowohl der Sprache der Modernisierung als auch der Sprache der Überwachung bedienen: Pässe, Visa, Biometrie, Grenzposten, Drohnen, Remote sensing. Die Anthropologin Katharina Inhetveen bezeichnet Flüchtlingslager als „die weltweit vorherrschende Form, in der Flüchtlinge untergebracht, administriert und versorgt werden.“<sup>6</sup> Die Geschichtswissenschaft kann ergründen, wie es dazu gekommen ist und welche Alternativen auf dem Weg dahin ausgelassen wurden: sei es unwissentlich oder sei es mit Vorsatz.

## LITERATURTIPPS

P. Gatrell: *The Making of the Modern Refugee*. Oxford 2013.

J. Glasman: *Seeing Like a Refugee Agency: A Short History of UNHCR Classifications in Central Africa (1961-2015)*. *Journal of Refugee Studies* (2017), 30/2, 337-362.

J. Glasman: *Minimal Humanity. Humanitarianism and the Quantification of Human Needs*. London 2020.

- 1 M. Agier: *Managing the undesirables: Refugee camps and humanitarian government*. Malden 2011.
- 2 Ebd.
- 3 UNHCR: *Policy on alternatives to camps*. 2014
- 4 P. Gatrell (2013), 3; siehe Literaturtipps.
- 5 Diese Nachwirkung des kolonialen Erbes ist eines der Themen, die in den nächsten Jahren in der Sektion „Mobilitäten“ des Exzellenzclusters „Africa Multiple“ untersucht werden.
- 6 K. Inhetveen: *Die politische Ordnung des Flüchtlingslagers. Akteure, Macht, Organisation. Eine Ethnographie im Südlichen Afrika*. Bielefeld 2010, 60.



■ Christian Wißler

INTERVIEW MIT PROF. DR. ANDREA BEHREND'S

# Leben in Ungewissheit

Erfahrungen einer Ethnologin im Grenzgebiet von Tschad und Sudan

■ Ein Brunnen im UNHCR Flüchtlingslager Farchana im Osten des Tschad (Foto: Andrea Behrends, 2007).



In den letzten zwei Jahrzehnten waren Sie wiederholt in der Grenzregion zwischen dem Sudan und dem Tschad unterwegs und haben den 2003 einsetzenden Darfur-Konflikt, aber auch seine Vorgeschichte miterlebt. Mittlerweile haben diese gewaltsamen Auseinandersetzungen mehrere hunderttausend Todesopfer gefordert. Was sind die hauptsächlichlichen Gründe für diesen Konflikt? Wer sind die Akteure, und welche Ziele verfolgen sie?

Die Frage ist nicht ganz leicht zu beantworten, denn die Gründe für den andauernden Konflikt in Darfur – speziell für die besonders gewaltsame Eskalationsphase zwischen 2003 und 2010 – liegen auf mehreren historischen und politischen Ebenen. Wichtig für den Ausbruch des Konflikts waren die Friedensgespräche zwischen dem Norden und dem Süden des Sudan, die 2001 aufgrund internationaler Vermittlung begannen. Das sich abzeichnende *Power and Wealth Sharing Agreement* ließ diejenigen Regionen des Landes außer Acht, die nicht direkt am Konflikt beteiligt waren, sich aber auch seit Jahrzehnten politisch und ökonomisch stark benachteiligt fühlten. Der Rebellenangriff im westsudanesischen Darfur, der im Februar 2003 die Gewalt eskalieren ließ, richtete sich genau gegen diese Benachteiligung. Die sudanesische Regierung antwortete darauf mit der Bombardierung Darfurs. Sie unterstützte bewaffnete, berittene Kampftruppen, die die Zivilbevölkerung angriffen, Dörfer in Flammen setzten, vergewaltigten und mordeten.

Dass diese Kampftruppen, die sogenannten *Janjawid*, so schnell bereit standen, ist unter anderem in der Politik der Landvergabe durch die britische Kolonialmacht begründet, die den Sudan bis in die Mitte der 1950er Jahre regierte. Bestimmten „Ethnien“ wurde von den Briten Land zugesprochen, wie zum Beispiel den Fur – „Darfur“ bedeutet auf arabisch: „Das Land der Fur“. Die nomadischen Teile der Bevölkerung, die ebenfalls in der Region lebten, gingen dagegen leer aus. Mit der Ausweitung der Wüste Sahara nach Süden kam es in den letzten Jahrzehnten vermehrt zu schwerwiegenden Landkonflikten zwischen sesshaften Bauern und Viehzüchtern, die infolge der zunehmenden Trockenheit ebenfalls häufig sesshaft wurden.

Auch die immer wieder aufflammende Rivalität der Regierungen des Sudan und des Tschad schürt den

Konflikt in Darfur, in einer Region, die von den Hauptstädten beider Länder weit entfernt ist. Mehrere politische Umstürze im Tschad haben hier begonnen. In den 1970er Jahren hat auch die Arabisierungspolitik von Muammar al-Gaddafi in Libyen und von Omar al-Bashir, dem damaligen Präsidenten des Sudan, massiv zu den regionalen Konflikten beigetragen.

## Perspektiven der Ethnologie

In Ihren Forschungsarbeiten untersuchen Sie die Lebensverhältnisse der Menschen, die infolge des Konflikts über die sudanesische Grenze nach Westen in den Tschad geflohen sind und hier teilweise schon seit Jahrzehnten leben. Wie unterscheiden sich in Bezug auf die Themen „Flucht“ und „Migration“ die Fragestellungen und Methoden der Ethnologie von anderen Sozialwissenschaften, wie etwa der Politikwissenschaft?

Ethnolog\*innen gehen häufig von Einzelschicksalen und Biographien aus, sie betrachten die Praxis des Handelns und die alltäglichen Strukturen in ihren Forschungsregionen. Dass diese Forschung notwendigerweise persönliche Beziehungen mit den Menschen in der jeweiligen Region miteinschließt, gehört zum Methodenkanon des Faches.

Ethnolog\*innen versuchen die Relevanz eines Themas aus der Sicht der Menschen zu entwickeln, denen sie vor Ort begegnen. Die Politikwissenschaft dagegen nähert sich ihren Themen häufig über den Weg institutionalisierter Strukturen.

hert sich ihren Themen häufig über den Weg institutionalisierter Strukturen.

Welche ethnologischen Forschungsansätze sind Ihrer Erfahrung nach besonders aufschlussreich, wenn es um Flucht und Migration in Afrika oder um Regionen geht, die in den Medien häufig als afrikanische Krisengebiete dargestellt werden?

Die Ethnologie umfasst – wie andere Wissenschaften auch – verschiedene Unterbereiche, die sich in der Praxis häufig überschneiden. In Bezug auf Flucht- und Migrationsprozesse hat sich in den letzten Jahrzehnten die *Multi-sited Ethnography* durchgesetzt: eine Forschung, die an mehreren Standorten gleichzeitig ansetzt und deren globale Vernetzungen zueinander in Beziehung setzt. Für die Forschung in Krisengebieten sind zudem Bereiche der Medi-

„Niemand ist jemals nur ein Flüchtling.  
Niemand ist jemals nur eine Sache.“

Chimamanda Ngozi Adichie  
in einer Rede an die Vereinten Nationen (2016)



**Prof. Dr. Andrea Behrends**

ist Professorin für Ethnologie Afrikas an der Universität Bayreuth und Mitglied des Exzellenzclusters „Africa Multiple“.

## LITERATURTIPPS

A. Behrends: The Long History of Conflict, Integration and Changing Alliances on the Darfur/Chad Border, in: S. Calkins et al. (eds.): *Emerging Orders in the Sudans*. Bamenda 2015, 39-58.

A. Behrends: Securing livelihoods. Economic practice in the Darfur-Chad displacement arena, in: A. Hammar (ed.): *Displacement Economies. Paradoxes of Crisis and Creativity in African Contexts*. London, New York 2014, 35-56.

A. de Waal: Refugees and the Creation of Famine: The Case of Dar Masalit, Sudan. *Journal of Refugee Studies* (1988), Vol. 1, Issue 2, 127-140. DOI: 10.1093/jrs/1.2.127

A. Behrends: Staying. Displacement, Emplacement and Aid in the Chad-Sudan Borderlands (forthcoming).

zin- oder Rechtsanthropologie relevant, die sich mit ihren verschiedenen Herangehensweisen ergänzen können. Ich selbst würde mich als politische Anthropologin mit Schwerpunkten in der Konfliktforschung bezeichnen. Dabei interessiert mich nicht zuletzt die Frage nach den sozialen Auswirkungen des Abbaus von Ressourcen.

**In der Forschung zum Postkolonialismus wird oft ein Perspektivenwechsel gefordert: Soziale, ökonomische und politische Fragen sollen aus der Sicht des globalen Südens neu beschrieben und theoretisch angegangen werden. Was bedeutet dies für die Erforschung von Flucht- und Migrationsprozessen?**

In meinen Augen zeichnet sich eine gute Forschung dadurch aus, dass wir mit Kolleg\*innen in unseren Forschungsregionen eng zusammenarbeiten. So existiert im Tschad seit 2007 ein anthropologisches Forschungszentrum, das *Centre de Recherche en Anthropologie et Sciences Humaines (CRASH)*, an dessen Gründung ich beteiligt war. Die tschadischen Wissenschaftler\*innen dieses Zentrums sind mittlerweile vielgefragte Partner in Forschungs Kooperationen und internationalen Auftragsforschungen. Es geht zum Beispiel um aktuelle Herausforderungen in Bereichen wie Radikalisierung, Klimawandel oder Infrastrukturen oder auch um die Auswirkungen von Regierungsführung auf Flucht- und Migrationsbewegungen. Bei diesen Themen ist es wichtig, schon zu Beginn eines Projekts die jeweiligen Perspektiven einheimischer und externer Forscher\*innen zu besprechen und sie in die Forschung einfließen zu lassen. Ich habe damit die besten Erfahrungen gemacht!

**In der ethnologischen Forschung spielt die „teilnehmende Beobachtung“ eine wichtige Rolle. Wie ist dadurch Ihre persönliche Sicht auf die Ereignisse im Tschad und im Sudan beeinflusst worden? Haben Sie als „von draußen“ kommende Forscherin misstrauische Reaktionen und Vorbehalte erlebt?**

Teilnehmend zu beobachten heißt, dass wir uns als Ethnolog\*innen lange Zeit an einem Ort oder in einer Region aufhalten und den Alltag der Menschen miterleben. Ich habe in diesem Rahmen die Ungewissheiten der Menschen im Grenzgebiet zwischen Tschad und Sudan hautnah kennengelernt. Aufgrund meiner besonderen Position als Fremde konnte ich mich, anders als viele Einheimische, zwischen unterschiedlichen sozialen Schichten und Gruppierungen hin und her bewegen und deren Sichtweisen kennenlernen. Diese vergleichende Arbeit macht die Forschung auch zu einer besonderen Herausforderung: Auf allen Seiten gibt es Erwartungen der Solidarität und den Wunsch, dass die jeweils eigene Sicht seitens der Forschung stärker betont oder bevorzugt wird. Die Kunst liegt dann in der transparenten Darstellung der Analyseergebnisse, in die wir unseren eigenen Standpunkt als Forscher\*innen immer mit einbringen müssen. Daher ist es in unserem Fach normal und sogar notwendig geworden, die Ich-Perspektive einzubeziehen.

Ablehnende Reaktionen auf meine Anwesenheit habe ich selten erlebt. Eher ist es vorgekommen, dass Menschen mich als Entwicklungshelferin missverstanden haben oder glaubten, ich wolle sie missionieren. Diese Missverständnisse können aber meiner Erfahrung nach immer schnell, auch mithilfe guter lokaler Mitarbeiter\*innen und Übersetzer\*innen, ausgeräumt werden.

**Gibt es Einsichten der Ethnologie, die von der Politik und von Hilfsorganisationen im Umgang mit Migrant\*innen und Geflüchteten stärker beachtet werden sollten?**

Allgemein gesagt ist die Ethnologie dort besonders stark, wo es um unterschiedliche Perspektiven und den Umgang mit Differenzen geht. In Bezug auf Geflohene hat dies die nigerianische Autorin Chimamanda Ngozi Adichie auf den Punkt gebracht: „Niemand ist jemals nur ein Flüchtling. Niemand ist jemals nur eine Sache.“ Sie spricht hier aus ihrer eigenen Erfahrung und dem Schmerz darüber, auf eine einzige Kategorie reduziert zu werden. In dieser Hinsicht können wir als Ethnolog\*innen viele Einsichten vermitteln, die in der Praxis stärker beachtet werden sollten und so den Geflohenen ihre Situation erleichtern würden – sei es bei ihrer Ankunft, beim Zusammenleben in der neuen Umgebung oder im Hinblick auf Wünsche und Befürchtungen bezüglich der Zukunft. Und das betrifft die Perspektiven aller Seiten!



■ Abb. 1: Musa, ein langjähriger Bewohner im UNHCR Lager Farchana. Als das Lager 2003 eröffnet wurde, war er einige Zeit „Präsident des Réfugiés“ (Foto: Andrea Behrends, 2011).

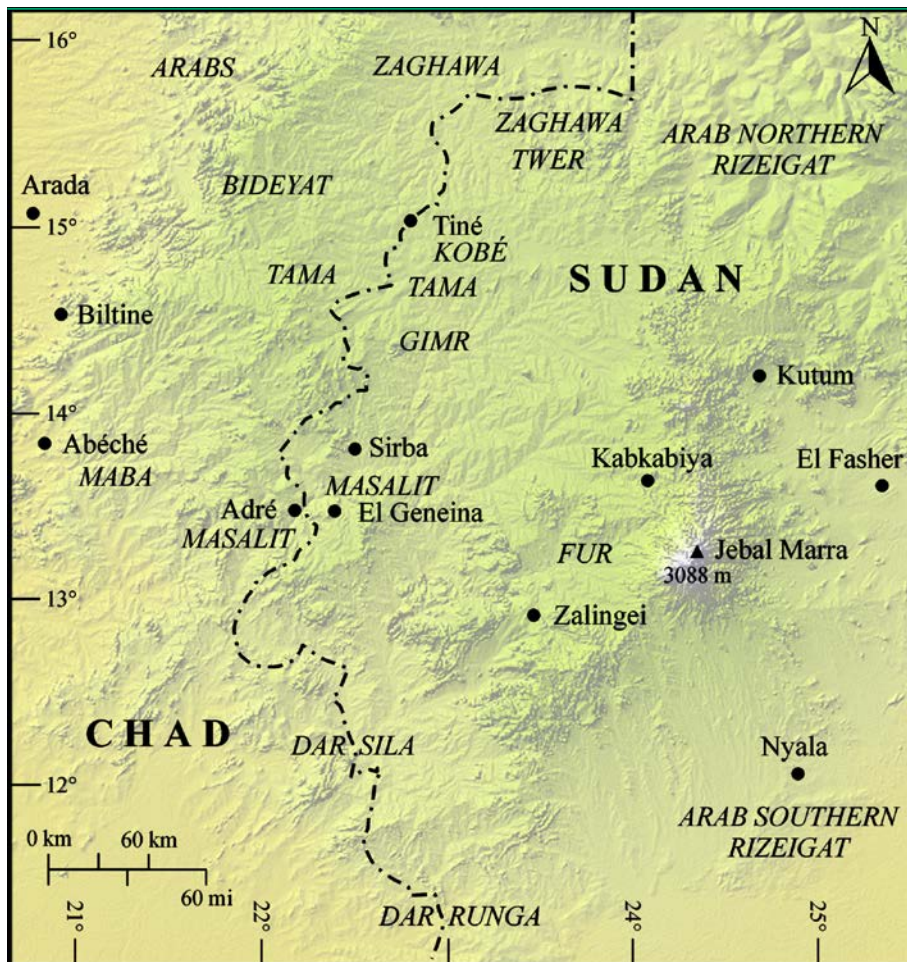
## Leben im Flüchtlingslager

Viele Menschen, die aus dem Sudan in den Tschad geflüchtet sind, leben heute in Flüchtlingslagern nahe der Landesgrenze. Wie sieht ihr Lebensalltag aus, bilden sich feste Strukturen des Tagesablaufs heraus? Gibt es beispielsweise Arbeitsplätze mit klar umschriebenen Verantwortlichkeiten und Schulunterricht für Kinder?

Das Leben in den Flüchtlingslagern entlang der Tschad-Sudan-Grenze ist mit dem Leben in zu großen Dörfern vergleichbar, in denen die Menschen über wenig privaten Raum verfügen und nur einen schlechten Zugang zu Land für Ackerbau oder Rinderzucht haben. Dies sind aber die Hauptbeschäftigungen der meisten Geflohenen. Sie müssen daher oft zu Fuß weite Wege zurücklegen, um Ackerland zu finden, das für ihre Bedürfnisse ausreicht. Es gibt aber auch Berufe innerhalb der Lager, wie Lehrer\*in, Friseur\*in, Schneider\*in oder Händler\*in, und entsprechende Ausbildungsangebote. Auch Schulen existieren in den Lagern. Die Lebenssituationen der Menschen entwickeln sich hier sehr unterschiedlich: Manche sind sehr erfolgreich beim Aufbau von größeren Handelsnetzen, andere ernähren sich hauptsächlich von den Nahrungsrationen der Hilfsorganisationen. Aus diesem Grund betreiben der UNHCR und die ihm zuarbeitenden Nichtregierungsorganisationen ein Eingliederungsprogramm, das die Menschen in den Lagern nach ihrem Wohlstand und ihren Lebensumständen kategorisiert. Diejenigen, denen es besser geht, werden mehr und mehr allein gelassen. Nur wer als *vulnerable* – also als besonders hilfsbedürftig – eingeschätzt wird, erhält weiterhin Unterstützung.

Der UNHCR hat seit langem vor, sich aus der Region zurückzuziehen. Aber die Menschen in den Lagern sind strikt dagegen und kämpfen dafür, weiterhin unterstützt zu werden. Die meisten von ihnen würden zwar lieber wieder eigenständig leben, doch sie sehen dafür noch keine Möglichkeiten, weil sich die Sicherheitslage in ihren Herkunftsregionen nicht verbessert.

Der Bayreuther Historiker Joël Glasman weist in seinem Beitrag für diese „Spektrum“-Ausgabe darauf hin, dass Flüchtlingslager auf dem afrikanischen Kontinent eine lange Vorgeschichte haben. Manche Techniken und Strukturen der Administration haben sich seit den Kriegsgefangenen- und Arbeitslagern der Kolonialzeit bis heute erhalten. Wie sehr ist den Menschen, denen Sie im Tschad und Sudan begegnet sind, diese Dimension bewusst?



Die historischen Zusammenhänge sind den Lagerbewohner\*innen sicherlich so nicht bewusst. Aber sie alle können auf die Erfahrungen früherer Generationen zurückgreifen. Krieg und Vertreibung gehören seit vielen Jahren zu den Dingen, die die Menschen in dieser Grenzregion wiederholt erleben. In den 1980er Jahren beispielsweise ging die Fluchtbewegung in die andere Richtung, vom Tschad in den Sudan. Damals wütete auf der tschadischen Seite der Grenze ein brutaler Krieg. Da aber in beiden Ländern gleichzeitig eine große Dürre herrschte, hatten die Hilfsorganisationen im Sudan sich damals nicht richtig auf die lange Dauer der Flucht eingestellt, und es kam zu einer schlimmen Hungerkrise. Alex de Waal hat diese Situation in einer Veröffentlichung mit dem Titel „Refugees and the creation of famine“ beschrieben. Er kritisiert darin die Hilfsorganisationen aufs Schärfste. Diese lernen aus solchen Fehlern – aber auch die Menschen, die fliehen. Ich habe erlebt, dass

■ Abb. 2: Das Grenzgebiet zwischen Sudan und Tschad (Grafik Jutta Turner / Andreas Gaube)

■ *Abb. 3: Die Nahrungsrationen des UNHCR bieten kein Fleisch, daher bilden sich in diesem Bereich lukrative Fleischmärkte, an denen auch die einheimische Bevölkerung teilhat (Foto: Andrea Behrends, 2011).*



diejenigen, die den Konflikt irgendwie anders überstehen konnten, sich gegen die Flüchtlingslager entschieden haben – selbst wenn es dadurch eine Weile viel schwerer für sie war.

## Kategorien der Zugehörigkeit

**Auf welche Fragen haben sich Ihre Forschungsarbeiten in den letzten Jahren konzentriert?**

Hauptsächlich habe ich mich für den Umgang mit Krieg, Flucht und Neuankommen in dieser Grenzregion interessiert. Zufällig hatte meine Forschung schon einige Jahre vor dem Krieg in Darfur begonnen. Damals habe ich bei längeren Aufenthalten in Dörfern und Städten der Region viele unterschiedliche Menschen kennengelernt, und als der Krieg ausbrach, konnte ich ihre unterschiedlichen Lebenswege und Umgangsweisen mit der Krise weiter verfolgen. Am eindrucksvollsten waren für mich die extrem schnelle Wissensverbreitung und der Umstand, dass die Menschen sich ihre Handlungsoptionen ständig neu erarbeiten mussten.

In theoretischer Hinsicht geht es in meinen Forschungsarbeiten um den flexiblen Umgang mit Kategorien der Zugehörigkeit, wie eben der Kategorie des „Flüchtlings“. Ob jemand als „Flüchtling“ anerkannt wird oder als „Bewohner\*in eines Kriegsgebiets“ von Hilfeleistungen ausgeschlossen wird, bestimmt für eine Weile das Leben in einem Maße, dass sich jede\*r damit auseinandersetzen muss. Diese Prozesse haben mich interessiert, und ich habe die Kreativität der Menschen sehr bewundert. Während meines Besuchs 2007, in der Zeit des Krieges, haben mich diejenigen, die nicht in die Flüchtlingslager gezogen sind, gebeten, den Hilfsorganisationen eine Liste zu geben, in die sich alle namentlich und mit der Anzahl ihrer Familienmitglieder eingetragen hatten. Mit dieser Liste hatten sie einen Beweis für ihre Existenz geschaffen, und auf dieser Basis konnten sie um Saatgut bitten. Durch Landwirtschaft wollten sie ihre eigene Lebensweise wiederaufbauen. Ich war sehr beeindruckt von diesem Wissen und der Initiative, die sich innerhalb von kürzester Zeit in eine riesige Aktion gewandelt hat.

**Ist es für Migrant\*innen aus Afrika nicht eine ungewohnte Herausforderung, wenn sie in europäischen Gesellschaften ankommen und hier gleich mit definitiven Zuschreibungen konfrontiert werden? In Deutschland werden sie beispielsweise als Geflüchtete aus Kriegsgebieten, Asylsuchende und Arbeitsmigrant\*innen eingeordnet, mit jeweils sehr unterschiedlichen rechtlichen und sozialen Folgen.**

Ja, jede definitive Zuschreibung ist eine große Herausforderung. Diese Kategorien sind einerseits durchaus sinnvoll, um Komplexität zu reduzieren und



■ *Abb. 4: Abdallah hat früher im Krieg gekämpft. Seit er den Laden im Flüchtlingslager eröffnet hat, geht es ihm und seiner Familie wesentlich besser. Er hat Geschäftsbeziehungen in den Sudan und in den Tschad (Foto: Andrea Behrends, 2011).*

**Ein Schwerpunktthema der Afrikaforschung in Bayreuth waren in den letzten Jahren die in Afrika entwickelten Entwürfe von Zukunft. Was bedeutet Zukunft für die Menschen in der tschadisch-sudanesischen Grenzregion?**

Von stabilen Zukunftsvorstellungen kann in einem solchen Gebiet sicherlich nicht die Rede sein. Es gibt aber Abstufungen, die sich zum Beispiel danach richten, ob jemand eine Schulbildung abschließen konnte und einen Beruf erlernt hat. Dann sind die Zukunftsaussichten für eine gute Versorgung der Familie häufig besser. Dennoch muss immer mit plötzlich eintretender Ungewissheit gerechnet werden, die sich die meisten Menschen hier in Bayreuth für ihr Leben nicht vorstellen können. Ein sudanesischer Geflohener sagte mir einmal, dass die Entscheidungen für die Zukunft bei ihm so umschrieben werden können, dass er sich ständig zwischen dem Verlust eines Arms oder eines Beines entscheiden müsse. Denn in allen wichtigen Bereichen, sei es Gesundheit, Bildung, Ernährung oder Wohnen, herrscht extremer Mangel. Allerdings leben in der gleichen Region auch Menschen, denen es relativ gut geht. Sie sind häufig für externe Hilfsorganisationen tätig, etwa als Bauingenieure, Büroangestellte oder Übersetzer\*innen.



■ Abb. 5: Geflohene aus Darfur im Flüchtlingslager von Iridimi im Tschad. Im Hintergrund: Wassertanks zur Versorgung der Menschen im Lager (Foto: UNHCR / J. Clark).

Krisensituationen schnell zu managen. Dabei geht es um die Frage, Hilfeleistungen fair zu verteilen oder Asyl denjenigen zu gewähren, die es dringend benötigen. Andererseits sehen sich einzelne Menschen vor das Problem gestellt, dass viele Bereiche ihres Lebens und ihrer Fähigkeiten ausgeblendet werden, was sie häufig verzweifeln lässt. Meine Forschung zeigt, dass Menschen ständig daran arbeiten, Krisensituationen zu bewältigen. Sie schauen in viele verschiedene Richtungen und müssen im Zweifelsfall schnelle und manchmal sehr harte Entscheidungen treffen. In Deutschland sind sie oft dazu gezwungen, in ungewissen Situationen lange abzuwarten, und die Möglichkeiten der Eigeninitiative werden sehr stark eingeschränkt. Das widerspricht dem eigentlichen Impuls der Geflohenen, in solchen Situationen viele Wege auszuprobieren und sich selbst zu helfen. Vielleicht könnten hier durch eine entsprechende Förderung mehr Möglichkeiten entstehen. Eine wichtige Funktion haben dabei auch soziale Kontakte in der eigenen Umgebung. Meine Kollegin Julia Bauman hat bei Geflohenen in Brandenburg geforscht: Sie helfen beispielsweise gerne in ihrer Nachbarschaft bei der Gartenarbeit oder machen im lokalen Sportverein mit. Sie wollen die Sprache lernen und ihre Dankbarkeit zeigen, dass sie hier sein können. Leider werden sie in ihrer Bereitschaft zum Engagement häufig frustriert, und dann endet alles oft in der Depression oder Alkoholsucht. Hier wäre es schon hilfreich, wenn die Menschen nicht nur als Flüchtlinge abgestempelt, sondern als Menschen mit vielen unterschiedlichen Fähigkeiten und Interessen wahrgenommen würden – ganz so, wie es das Zitat von Chimamanda Ngozi Adichie ausdrückt.

### Vieldimensionale Forschung

Um noch einmal auf den Beginn unseres Gesprächs zurückzukommen: Die am Darfur-Konflikt beteiligten Akteure, ihre Zugehörigkeiten und Beweggründe scheinen bei näherer Betrachtung außerordentlich verwickelt zu sein und sich „eindimensionalen“ Er-

klärungsmustern zu entziehen. Ist der Bayreuther Exzellenzcluster, der sich programmatisch an den Leitbegriffen „Multiplicity“ und „Relationality“ orientiert, daher ein besonders geeignetes Forum, um derartig komplexen Strukturen und Prozessen auf den Grund zu gehen?

Der Cluster hat auch in den Bereichen „Migration“ und „Flucht“ genau die richtigen Weichen für komplexe Forschungsfragen gestellt. Besonders wichtig ist für mich die Prämisse des „Forschens mit“ anstelle des „Forschens über“. Auch der Gedanke der Vielheit – also der Vielheit der Praktiken, Positionen, Blickwinkel und Erfahrungen – und ihrer Verbundenheit miteinander gefällt mir sehr. Die ersten Forschungsprojekte sind bereits auf den Weg gebracht und weitere werden folgen. Ich freue mich auch besonders darüber, dass der Cluster großen Wert legt auf die gute Vermittlung der Forschungsergebnisse an die Öffentlichkeit. Dafür sollte das breite Spektrum der Medien genutzt werden, die heute dafür zur Verfügung stehen, von Blogs und Hypertexten bis hin zu öffentlichen Diskussionsforen. Hier sehe ich gerade auch für die Ethnologie eine Chance, mit ihren Forschungsergebnissen stärker in der Öffentlichkeit präsent zu sein.

■ Abb. 6: Mahamat fing 2007 mit einem Zigarettenstand an, später verkaufte er Mobiltelefone und Telefonkredit an die internationalen Soldaten. Heute ist er ein erfolgreicher Geschäftsmann im Grenzgebiet. Als Einheimischer der Region hat er von den Fluchtbewegungen profitiert (Foto: Andrea Behrends, 2007).





■ Florian Stoll

# Urbane Mittelschicht-Milieus in Afrika

Zur Heterogenität von Zukunftsvorstellungen in Nairobi

■ *Blick auf die kenianische Hauptstadt Nairobi (sst).*

Mit dem Aufstieg vieler Schwellen- und Entwicklungsländer haben auch das Wirtschaftswachstum und die damit einhergehenden Veränderungen auf dem afrikanischen Kontinent neue Aufmerksamkeit erfahren. Um das Jahr 2010 entdeckten internationale Medien, Finanzinstitutionen und Entwicklungsorganisationen zuvor kaum beachtete mittlere Einkommensgruppen in afrikanischen Ländern. Diese zwischen Armen und Reichen verorteten Gruppen wurden in Reportagen und Artikeln meist als „Middle Classes“ bezeichnet. Die Existenz dieser „Mittelschichten“ in Afrika sorgte weltweit für Aufsehen. Zugleich wurde darüber spekuliert, welche Konsequenzen sich daraus für die künftige ökonomische und politische Entwicklung in Afrika ergeben. Das in Europa und Nordamerika dominierende Bild eines homogenen unterentwickelten Kontinents war nachhaltig erschüttert.

Viele der von Medien und Finanzinstitutionen formulierten Texte waren jedoch mehr von Hoffnungen auf ökonomische und soziale Fortschritte sowie dem Bedürfnis nach wirkungsvollen Schlagzeilen getragen als von fundierten Analysen der jeweiligen lokalen Zusammenhänge. Von wissenschaftlicher Seite wurden daher unzulässige Verallgemeinerungen, Theorielosigkeit und die fehlende Rückbindung an empirische Forschungsarbeiten beanstandet. Immerhin machte die Debatte über afrikanische Mittelschichten aber deutlich, dass in zahlreichen Regionen Afrikas viele Menschen mit beachtlichen Konsummöglichkeiten leben. Seither interessiert sich die Forschung mit wachsender Intensität für die Frage, wie Besonderheiten afrikanischer Kontexte – zum Beispiel Stadt-Land-Beziehungen, die Großfamilie als Haushaltseinheit und die Bedeutung ethnischer Gruppierungen – und neue urbane Lebensstile in Afrika mit dem in Europa und Nordamerika entwickelten Konzept der „Mittelschicht“ verbunden werden können.

Das Forschungsprojekt „Middle Classes on the Rise“ der Bayreuth Academy of Advanced African Studies hat seit 2013 am Beispiel des urbanen Kenia untersucht, wie sich die „Mittelschicht“ eines afrikanischen Landes zusammensetzt. Dieser Beitrag fasst im Folgenden die Ergebnisse einer Fallstudie aus dem soziologischen Teil dieses Projekts zusammen.<sup>1</sup> Ausgangspunkt der Studie war die Frage, ob es in den großen Städten Kenias eine relativ homogene, nach „unten“ und nach „oben“ klar abgegrenzte Mittelschicht (*middle class*) gibt. Weil in den Mittelschichten Nairobis und Mombasas sehr heterogene Lebensentwürfen anzutreffen sind, wurde ein empi-

rischer Forschungsansatz entwickelt, mit dem sich unterschiedliche Milieus – das heißt Gruppen mit verschiedenen Lebensweisen – identifizieren ließen.

Leitgegenstand der Studie waren die jeweiligen Zukunftsvorstellungen dieser Milieus. Der Begriff „Zukunft“ umfasste dabei nicht allein individuelle Pläne und Strategien zum Aufstieg, sondern beispielsweise auch wertegeleitete Ideen des guten Lebens und gesamtgesellschaftliche Utopien. An Zukunftsvorstellungen lässt sich beispielsweise erkennen, ob Angehörige der Mittelschicht sich vorrangig auf ihr eigenes Vorankommen und auf das Wohl ihrer Kernfamilie konzentrieren oder ob soziale Einheiten wie die weitere Verwandtschaft oder ethnische Netzwerke ebenfalls für sie relevant sind. Zudem zeigt die Studie, inwieweit für die verschiedenen Milieus religiöse Überzeugungen, humanistische Prinzipien oder eher lebenspraktische Überlegungen handlungsleitend sind. Denn auch in das tägliche Konsum- und Sparverhalten sind Zukunftsvorstellungen eingelagert.

LITERATURTIPPS

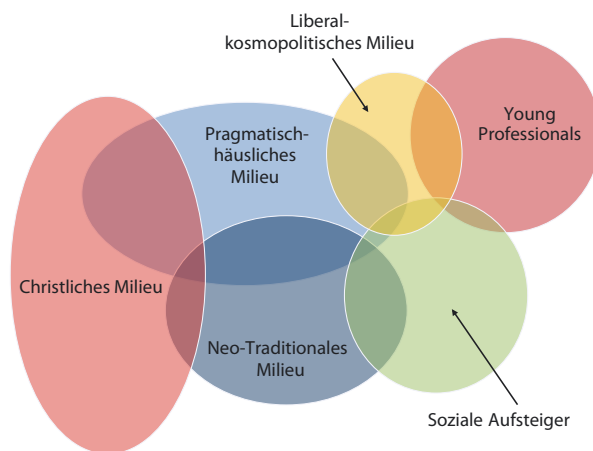
D. Neubert, F. Stoll: The 'Narrative of the African Middle Class' and its Conceptual Limitations" in: L. Kroecker et al. (eds.): The African middle classes. London 2018.

F. Stoll: The City and its Ways of life. Local influences on middle-income milieus in Nairobi. in: C. Ammann, T. Förster (eds.): African Cities and the Development Conundrum, International Development Policy Series, No.10. Geneva, Boston 2018, 275-301. Online: <https://journals.openedition.org/poldev/2576>

„Die meisten Young Professionals stammen aus privilegierten Familien und haben nur wenig Bezüge zu ihren Verwandten in ländlichen Gebieten.“

Mittelschicht-Milieus: Zukunftsvorstellungen in Nairobi

Nairobi ist mit etwa drei Millionen Einwohner\*innen das größte Ballungsgebiet Kenias. Es ist die politische Hauptstadt und das wirtschaftliche Zentrum des Landes. Das kenianische Parlament und die Regierung haben hier ihren Sitz. Kenianische Industrie-



■ Abb. 1: In Nairobi existiert keine einheitliche Mittelschicht. Die Darstellung illustriert sechs Hauptmilieus der Mittelschicht in Nairobi, die aber nicht randscharf voneinander abgegrenzt sind. Mittelschicht-Haushalte können durchaus mehr als einem Milieu zugeordnet werden. Die Grafik zeigt die hauptsächlichsten Überlappungen dieser Milieus (Grafik: Florian Stoll).

■ Abb. 2: Wohnhäuser von Mittelschicht-Familien in Nairobi (Foto: Christian Wisfler).

betriebe, Handelsunternehmen und Bankzentralen konzentrieren sich in Nairobi. Auch viele internationale Firmen und mehrere tausend Nichtregierungsorganisationen sind hier angesiedelt, ebenso das Hauptquartier der Vereinten Nationen für Afrika. Die wirtschaftliche Stärke, aber auch der urbane Flair und ein attraktives Nachtleben machen Nairobi zu einem Anziehungspunkt über Kenia hinaus. Dies führte zu einem konstanten Zuzug und schnellen Wachstum der erst in den 1880er Jahren von den britischen Kolonisatoren gegründeten Stadt. 50 bis 60 Prozent der Bevölkerung Nairobis leben heute in Armut. Etwa ein Drittel der Einwohner\*innen leben in Haushalten mit einem mittleren Einkommen. Eine ökonomische, auf Einkommen bezogene Definition von Mittelschichten ist schwierig. Dies zeigt sich auch daran, dass in der Forschungsliteratur unterschiedliche Beträge verwendet werden, um Haushalte oder Einzelpersonen als der Mittelschicht zugehörig zu klassifizieren. Solche Definitionen sind scheinbar objektiv, tatsächlich aber immer auch von subjektiven Einschätzungen beeinflusst.<sup>2</sup> Wie in der Bayreuther Fallstudie werden auch im folgenden alle diejenigen Einwohner\*innen Nairobis zur „Mittelschicht“ gezählt, die weder arm noch reich sind.



milien und haben nur wenig Bezüge zu ihren Verwandten in ländlichen Gebieten, dafür aber eine umso stärkere Bindung an Nairobi.

Innerhalb der Mittelschicht Nairobis lassen sich sechs Hauptmilieus unterscheiden:

- **Christliches Milieu:** Dieses Milieu umfasst alle Altersgruppen. Gebote und Werte der Bibel sowie die Auslegung des christlichen Glaubens ihrer Kirche werden für das eigene Leben als entscheidend aufgefasst. Eine aktive Teilnahme am Gemeindeleben (Bibelkreise, Chor, Gottesdienst) und die alltägliche Orientierung an christlichen Normen prägen die Lebensweise. Auch der eigene Freundeskreis und Geschäftspartner haben oft einen starken Bezug zur Kirche. Zugleich ist das eigene Leben sehr stark auf wirtschaftlichen Erfolg ausgerichtet.
- **Kosmopolitisch-liberales Milieu:** Die Angehörigen dieses Milieus sind überzeugte Befürworter von Bürgerrechten und bürgerlichen Freiheiten. Sie treten gegen Korruption ein und vertreten die Auffassung, dass ethnische Zugehörigkeiten keinen dominierenden Einfluss auf Politik und Gesellschaft haben sollten. Diese Haltung geht häufig mit individuellen Karrierezielen einher. Viele dieser kosmopolitisch-liberal eingestellten Einwohner\*innen Nairobis arbeiten in Nichtregierungsorganisationen oder engagieren sich in Menschenrechts- und Umweltinitiativen.
- **Pragmatisch-häusliches Milieu:** Hier sind individuelle Karriereambitionen eher schwach ausgeprägt. Viel wichtiger ist es, den Lebensstandard für die Kernfamilie zu erhalten, wozu eine Balance aus Konsum und Sparsamkeit beitragen soll. Die eigene Wohnung fungiert auch in der Freizeit als Mittelpunkt. Soziale Bindungen an Großfamilien, Kirchen und ethnische Gruppen werden teilweise gepflegt, sind aber nicht zentral für diese Lebensweise.

Darüber hinaus sind in Nairobi zwei weitere Milieus signifikant, die sich als *Neo-Traditionalisten* und als *Soziale Aufsteiger* charakterisieren lassen:

AUTOR



■ Dr. Florian Stoll ist Habilitand und Mitarbeiter am Lehrstuhl für Soziologie Afrikas an der Universität Bayreuth sowie Mitglied der Bayreuth Academy of Advanced African Studies. Im Rahmen des Projekts „Understanding the Diversity of Middle Classes in 21st Century Kenya: Social Milieus, Lifestyles and Meanings in Nairobi“ war er von 2016 bis 2017 Visiting Fellow am Center for Cultural Sociology der Yale University, New Haven / USA.

■ Abb. 3: Der iHub Nairobi, ein Zentrum für die junge High-Tech-Community in der kenianischen Hauptstadt (Foto: rvdw images / Shutterstock.com).





## Neo-Traditionales Milieu

Die meisten Menschen in Kenia identifizieren sich mit einer regional verankerten ethnischen Gruppe, von denen die vier größten die Kikuyu, Luo, Luhya und Kalenjin sind. Fast alle Einwohner\*innen Nairobi sind aus dem Landesinneren Kenias in die Hauptstadt gezogen. Aufgrund von Verwandtschaftsbeziehungen und soziokulturellen Bindungen hat die ethnische Zugehörigkeit für sie eine emotionale Dimension. Jedoch ist die Intensität der ethnischen Bezüge in den verschiedenen Milieus unterschiedlich stark ausgeprägt. Im *Neo-Traditionales Milieu* sind Beziehungen zur Großfamilie, dem Heimatdorf und der ethnischen Gruppe handlungsleitend. Für Angehörige dieses Milieus ist es selbstverständlich, dass sie Verwandte unterstützen, sei es zur Ausbildung, zur medizinischen Versorgung oder zur Aufstockung ihres Einkommens. Auch gemeinsame Investitionen innerhalb der Großfamilie, zum Beispiel in landwirtschaftliche Projekte, sind Ausdruck dieser Verbundenheit. Die Identifikation mit einer ländlichen Gemeinschaft und Bezüge auf – teils erst vor kurzem etablierte – Traditionen beeinflussen die Zukunftsvorstellungen. Individuelle Ziele wie Heirat und Karriere werden unter Berücksichtigung von Großfamilie und Community entwickelt. Wie sich in Interviews mit *Neo-Traditionales* herausstellte, ist bei ihnen die Verantwortung für die eigene Gemeinschaft und der Wunsch, deren Entwicklung zu unterstützen, besonders stark ausgeprägt.

Das *Neo-Traditionales Milieu* umfasst mehrere Generationen. Es ist nicht auf die Mittelschicht beschränkt, da auch viele Arme und einige Reiche in Netzwerken leben, die einen starken Bezug zu Großfamilie und lokaler Gemeinde haben. Kommunikation findet hauptsächlich in der Sprache der eigenen Ethnie statt. Sie ist Mittel der alltäglichen Verständigung, kann jedoch auch als Erkennungsmerkmal und Medium ethnischer Zugehörigkeit fungieren, weil *Neo-Traditionales* meist auch die beiden Hauptsprachen Kiswahili und Englisch beherrschen.



## Soziale Aufsteiger

Die *Sozialen Aufsteiger (Social Climbers)* bilden ein Milieu, das individuelle Aufstiegsstrategien verfolgt. Ihr Ziel ist ein besseres Leben der Kernfamilie. Sie kommen aus bescheidenen Verhältnissen, konnten aber bereits Erfolge erzielen, etwa durch die Anhäufung von Ersparnissen, den Abschluss eines Studiums oder den Zugang zu einer relativ gut bezahlten und stabilen beruflichen Tätigkeit. Dies unterscheidet sie von den Armen, so dass sie zur mittleren Einkommensgruppe gehören. Ihren Aufstieg erreichen die *Aufsteiger* durch Konsumverzicht, eine hohe Sparquote und ausgedehnte Arbeitszeiten. Außerdem haben sie einen Weg gefunden, Zahlungen an Verwandte auf einem Niveau zu halten, das ihr eigenes Vorankommen nicht gefährdet.

Wie stark die *Sozialen Aufsteiger* auf die Zukunft ausgerichtet sind, verdeutlicht die hohe Sparquote, die in bestimmten Phasen 50 Prozent des monatlichen Familieneinkommens übersteigen kann. Für die Möglichkeit eines besseren Lebens in der Zukunft geben sie wenig Geld für Wohnen, Essen, Kleidung oder Elektroartikel aus. Der Konsum ist stark auf den praktischen Nutzen ausgerichtet, und der Besitz eines Smartphones oder sogar eines Autos ist Teil ihrer Erwerbsstrategie, nicht primär für privaten Konsum. Selbstdarstellung, kurzfristige Heilsversprechen von Luxusgütern und die Freude am Besitz schöner Dinge werden in diesem Milieu stark zurückgestellt. Für ein eigenes Geschäft, ein Studium oder den Besuch einer Privatschule ihrer Kinder reduzieren sie andere Ausgaben. Auch wenn die meisten Angehörigen der Mittelschicht auf Nachfrage bekräftigen, wie wichtig Investitionen in die Zukunft sind, verfolgen die *Sozialen Aufsteiger* ihre Ziele doch konsequenter als die Mitglieder anderer Milieus. Trotz dieser Anstrengungen bleiben sie allerdings sehr stark von der wirtschaftlichen Lage abhängig, so dass ihr Aufstieg ein unsicheres Projekt bleibt.

## Fazit

Die Forschung zu Milieus und Zukunftsvorstellungen bietet empirische Einblicke in die Heterogenität von Mittelschichten und ihre spezifischen Lebensrealitäten in Nairobi. In der Fallstudie zur Hauptstadt Kenias wurde gezeigt, dass das soziologische Milieukonzept und die Untersuchung von Zukunftsvorstellungen einen produktiven Ansatz bilden, um den oft ohne theoretische Fundierung verwendeten Begriff der „Mittelschicht“ zu begründen und mit empirischer Forschung in afrikanischen Gesellschaften zu verbinden.



■ Abb. 4: Blick auf das Geschäftszentrum von Nairobi (Foto: wikimedia commons / CC-BY-SA-4.0 / Africanmodern).

- 1 Die Fallstudie und auch dieser Beitrag basieren auf der gemeinsamen Arbeit des Autors mit Prof. Dr. Dieter Neubert, Lehrstuhl für Entwicklungssoziologie, im Projekt „Mittelschichten im Aufbruch“ seit 2013. Die Forschungsarbeiten waren Teil des vom BMBF geförderten Programms „Zukunft Afrika. Visionen im Umbruch“. Weitere Mitglieder des Projektteams waren Prof. Dr. Erdmute Alber, Lehrstuhl für Sozialanthropologie, Dr. Lena Kroeker und Maïke Voigt, M.A.
- 2 Vgl. D. Neubert, F. Stoll (2018), siehe Literaturtipps.

■ Abb. 5: Straßenverkehr in Nairobi (Foto: Florian Stoll).

■ David Stadelmann  
Raymond Frempong

# Höhere Nahrungs- mittelpreise, mehr Kinderarbeit

Empirische Ergebnisse  
aus Uganda

■ *Kinderarbeit in einem Steinbruch in Lugazi, Uganda  
(Foto: Adam Jan Figel / Shutterstock.com).*



Die internationale Arbeitsorganisation (ILO) berichtete in ihrem 2017 veröffentlichten Bericht „Global Estimates of Child Labour“ von einem Erfolg: Weltweit geht die Kinderarbeit zurück. Trotzdem sind weiterhin rund 152 Millionen Kinder im Alter zwischen fünf und 17 Jahren in Kinderarbeit, fast die Hälfte davon in Afrika. Am schlimmsten betroffen ist das subsaharische Afrika, wo durchschnittlich rund 20 Prozent der Kinder arbeiten müssen.<sup>1</sup> Armut wird oft als bedeutendste Ursache von Kinderarbeit aufgefasst. Allerdings bleibt diese Erklärung oberflächlich, weil „Armut“ ein komplexes und nicht eindeutig definiertes Phänomen ist. Umso wichtiger ist es, tiefgreifende Ursachen für Kinderarbeit zu identifizieren, denn nur auf dieser Basis lassen sich konkrete politische Maßnahmen erfolversprechend planen und umsetzen.

Kinderarbeit kann das Wohlbefinden eines Kindes und seine weitere Entwicklung erheblich beeinträchtigen. Oftmals hat sie schädliche Auswirkungen auf die Gesundheit, gefährdet die Sicherheit und schwächt sowohl die physische als auch die seelische Widerstandsfähigkeit. In vielen Fällen führt sie dazu, dass ein Kind auf Bildung verzichten muss. Infolgedessen beschränkt Kinderarbeit auch das künftige Potenzial von Kindern, im späteren Leben Einkommen zu generieren. Zugleich leidet die ökonomische und soziale Entwicklung eines Landes unter dieser Beeinträchtigung seines Humankapitals. Wie der Friedensnobelpreisträger Kailash Satyarthi in seinem Buch „Every Child Matters“ betont, kann Kinderarbeit zum Fortbestehen von Armut, Ungleichheit, Analphabetismus, Bevölkerungswachstum und anderen sozialen Problemen beitragen.

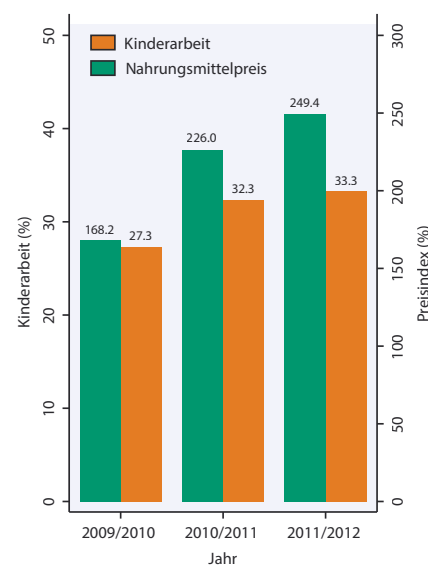
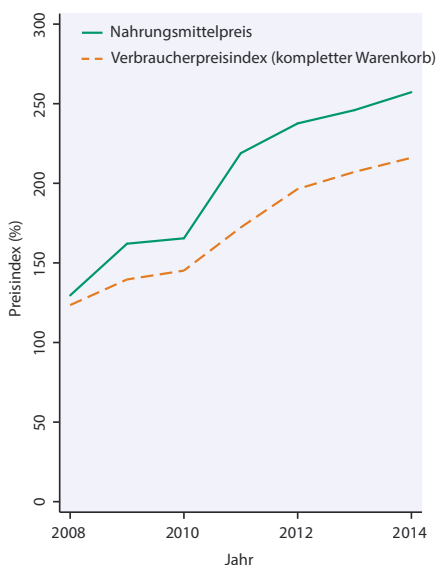
Einkommensschwache Haushalte geben zwischen 40 und 60 Prozent ihres Einkommens für Nahrungsmittel aus. Ein unerwarteter Anstieg der Nahrungsmittelpreise senkt daher das in diesen Haushalten verfügbare Einkommen erheblich und kann sich negativ auf ihre Ernährungssicherheit auswirken. Die Abb. 1 zeigt den Anstieg der Nahrungsmittelpreise in Uganda zwischen 2008 und 2014. Dabei fällt auf, dass die Nahrungsmittelpreise deutlich stärker anstiegen als der Verbraucherpreisindex. Dieser Index misst die Inflation eines repräsentativen Warenkorbs, in dem sowohl Nahrungsmittel als auch andere Waren enthalten sind. Ein starker Preisanstieg von Nahrungsmitteln war im gleichen Zeitraum weltweit zu beobachten. Als wichtige Ursache hierfür nannte die Welternährungsorganisation (FAO) in einem Bericht die zunehmende Verwendung von Agrarprodukten zur Herstellung von Treibstoff. Eine weitere Rolle spielte der erhöhte Bedarf von Fleisch- und Milch-

produkten in Schwellenländern wie China, aber auch in entwickelten Volkswirtschaften. Darüber hinaus könnten eine Zunahme extremer Wetterereignisse und Spekulation preistreibend gewirkt haben.

Abb. 2 stellt den Anteil der Kinder in Kinderarbeit und den Anstieg der Nahrungsmittelpreise in Uganda direkt gegenüber. Während im Jahr 2009 bereits rund 27,3 Prozent der ugandischen Kinder arbeiteten, so war es 2012 schon jedes dritte Kind. Die statistischen Berechnungen zeigen also deutlich, dass die Entwicklung der Nahrungsmittelpreise mit der Entwicklung der Kinderarbeit korreliert.

Besteht darüber hinaus auch eine kausale Wirkungsbeziehung? Im Einzelfall hängt es zweifellos von zahlreichen Faktoren ab, ob höhere Nahrungsmittelpreise zu mehr Kinderarbeit führen: von den Arbeitsmarktbedingungen, der Familienstruktur, der Ausbildung der Eltern und dem Alter der Kinder. Für die Annahme eines generellen kausalen Zusammenhangs sprechen allerdings die folgenden Überlegungen: Ärmere Haushalte geben einen großen Teil ihres Einkommens für Nahrungsmittel aus. Daher könnte ein Anstieg der Nahrungsmittelpreise nicht nur ihr verfügbares Einkommen senken, sondern auch ihre Ernährungssicherheit schwächen. Dies hätte wiederum zur Folge, dass sie möglicherweise auf Kinderarbeit zurückgreifen, um die Versorgung aller Familienmitglieder sicherzustellen. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass es in ärmeren Ländern wie Uganda zahlreiche Haushalte gibt, die zwar ein vergleichsweise geringes Einkommen haben, aber eigenes Land besitzen. Daher ziehen sie ihre Kinder möglicherweise für eine intensivere Bewirtschaftung heran.

<sup>1</sup> International Labour Organization: Global Estimates of Child Labour: Results and trends, 2012-2016. Geneva 2017.



■ Abb. 1 und 2: Anstieg der Nahrungsmittelpreise, des Verbraucherindex und der Kinderarbeit in Uganda von 2008 bis 2014 (Grafik: R. Frempong, D. Stadelmann 2019) (siehe Literaturtipp).

## LITERATURTIPP

R. B. Frempong, D. Stadelmann:  
The Effect of Food Price Changes  
on Child Labour: Evidence from  
Uganda. *The Journal of Development Studies* (2019), 55 (7),  
1492-1507. DOI:10.1080/002203  
88.2018.1448066

„Die statistischen Berechnungen zeigen also deutlich,  
dass die Entwicklung der Nahrungsmittelpreise mit  
der Entwicklung der Kinderarbeit korreliert.“

Nun könnte aber die Tatsache, dass in Uganda – ebenso wie in anderen ärmeren Ländern Afrikas – relativ viele Haushalte in der Landwirtschaft tätig sind, wiederum gegen die Annahme sprechen, dass eine Inflation der Nahrungsmittelpreise einen Anstieg der Kinderarbeit bewirkt. Denn diese Haushalte könnten von steigenden Preisen profitieren, weil sie als Nahrungsmittelproduzenten höhere Einnahmen erzielen. Insofern wären sie nicht zwangsläufig genötigt, zur Aufstockung des verfügbaren Einkommens auf Kinderarbeit zurückzugreifen. Zugleich haben Haushalte, die eigenes Land besitzen, eben dadurch die Möglichkeit einer gewissen Selbstversorgung, so dass sie als Konsumenten weniger abhängig von teureren Nahrungsmitteln sind.

die Nahrungsmittelpreise steigen, und Kinderarbeit in diesen Familien geht wieder zurück, wenn die Nahrungsmittelpreise fallen.

Die Annahme, dass Schwankungen bei der Häufigkeit und Intensität von Kinderarbeit tatsächlich auf Änderungen von Nahrungsmittelpreisen zurückzuführen sind, bestätigt sich, wenn man die Entwicklung der internationalen Nahrungsmittelpreise einbezieht. Uganda beeinflusst mit seiner vergleichsweise geringen landwirtschaftlichen Produktion diese Preise nahezu nicht, ist aber von internationalen Preisanstiegen stark betroffen. Die Auswirkungen des internationalen Preisdrucks auf lokale Nahrungsmittelpreise in Uganda lassen sich daher nutzen, um den kausalen Einfluss gestiegener Nahrungsmittelpreise auf Kinderarbeit abzuschätzen. Erneut wird dabei klar erkennbar, dass die zwischen 2008 und 2014 gestiegenen Nahrungsmittelpreise mit hoher Wahrscheinlichkeit eine Ursache für die gleichzeitige Zunahme der Kinderarbeit waren. Die Berechnungen zeigen, wie sich eine Erhöhung der Nahrungsmittelpreise um zehn Prozent auf die Häufigkeit und die Intensität von Kinderarbeit auswirkte:

- Ein Kind, das zuvor nicht arbeiten musste, war aufgrund des Preisanstiegs mit einer acht Prozentpunkte höheren Wahrscheinlichkeit dazu genötigt.
- Ein Kind, das bereits gearbeitet hatte, musste im Durchschnitt 1,6 Stunden pro Woche mehr arbeiten.

Angesichts dieser widerstreitenden Überlegungen wollten die Autoren dieses Beitrags mehr Klarheit darüber gewinnen, inwieweit sich in der statistischen Korrelation von steigenden Nahrungsmittelpreisen und Kinderarbeit ein kausaler Zusammenhang ausdrückt. Eine gemeinsame Studie, deren wichtigste Ergebnisse im folgenden zusammengefasst sind, führte zu einem recht eindeutigen Befund.

### Häufigkeit und Intensität von Kinderarbeit

Um die Anzahl der Fälle von Kinderarbeit sowie deren Intensität – also die geleisteten Arbeitsstunden – zu ermitteln, sind die Daten des *Uganda National Panel Survey* aufschlussreich. Diese jährlichen Umfragen erfassen Merkmale von Haushalten, wie beispielsweise Einkommen, Bildung oder Konsumverhalten, und enthalten überdies auch Fragen zu Kinderarbeit. Statistische Analysen der so ermittelten Daten zeigen einen signifikanten positiven Zusammenhang von Nahrungsmittelpreisen einerseits und dem Auftreten sowie der Intensität von Kinderarbeit andererseits. Dieser Zusammenhang tritt selbst dann zutage, wenn die Analysen sowohl veränderliche als auch gleichbleibende Eigenschaften der Individuen, Haushalte und Regionen mit modernen ökonomischen Methoden berücksichtigen. So wird deutlich: Kinderarbeit ist in denselben Familien höher, wenn

### Unterschiede bei Geschlecht und Alter

Der Anteil der Jungen an der Kinderarbeit ist in Uganda höher als der Anteil der Mädchen. Zudem ist Kinderarbeit unter älteren Kindern weiter verbreitet als unter den jüngeren: In Uganda müssen durchschnittlich 26 Prozent der fünf- bis 11-jährigen Kinder und 53 Prozent der 12- bis 14-jährigen Kinder arbeiten. Dies widerspricht entschieden den Normen der ILO, die verlangen, dass Kinder im Alter von fünf bis elf Jahren überhaupt nicht in Arbeit involviert sein sollen. 12- bis 14-jährige Kinder dürfen einer leichten Arbeit nachgehen, sofern diese keine Gesundheits- oder Entwicklungsrisiken birgt und nicht vom Schulbesuch abhält. Dabei zählt Mitarbeit im Haushalt – wie Abwaschen, Kochen, die Betreuung von Familienangehörigen oder ähnliche Tätigkeiten im Haushalt – *nicht* zu ökonomischer Arbeit im engeren Sinn und damit auch nicht zu Kinderarbeit.



■ Abb. 3: Ein Junge in Kisoro, Uganda, trägt Bananen zum Markt, um sie dort zu verkaufen (Foto: Gudkov Andrey / Shutterstock.com).

■ Abb. 4 (rechte Seite unten): Kinder im Umland von Nairobi sammeln Feuerholz zum Heizen und Kochen (Foto: Ramiz Allafi / Shutterstock.com).

■ Abb. 5 (rechte Seite oben): Ein großer Anteil der Kinder in Uganda arbeitet in der Landwirtschaft mit. Hier eine Rinderherde am Abuket River in Uganda (sst).

Der Einfluss von Nahrungsmittelpreisen auf Kinderarbeit lässt sich nach Geschlecht und Alter der Kinder differenzieren. Teurere Nahrungsmittel erhöhen die Wahrscheinlichkeit, arbeiten zu müssen, für Jungen stärker als für Mädchen. Gleichzeitig bewirken sie, dass sich für Mädchen, die bereits arbeiten müssen, die Zahl der Arbeitsstunden stärker erhöht als für Jungen, die sich in der gleichen Situation befinden. Darüber hinaus zeigen die Analysen, dass die Wahrscheinlichkeit und Intensität von Kinderarbeit infolge teurerer Nahrungsmittel bei älteren Kindern stärker als bei jüngeren Kindern steigen.

### Landwirtschaft ist entscheidend

Die Ergebnisse der Studie deuten auf eine weit verbreitete Bewältigungsstrategie der Haushalte hin: Steigende Nahrungsmittelpreise sind Inflationsschocks, auf die sie reagieren müssen. Eltern versuchen generell zu verhindern, dass ihre Kinder arbeiten müssen, solange das Haushaltseinkommen hoch genug ist. Sobald sie mit ungünstigeren wirtschaftlichen Bedingungen konfrontiert sind, versuchen sie zunächst, selbst mehr Einkommen zu generieren – auch unter dem Gesichtspunkt, dass ihre eigene Produktivität größer ist als die ihrer Kinder. Erst wenn das Haushaltseinkommen dennoch nicht ausreicht, müssen auch ihre Kinder mitarbeiten.

Daten aus dem *Uganda National Panel Survey* zeigen, dass landwirtschaftliche Tätigkeiten die häufigste Form von Kinderarbeit darstellen: Zwischen 26 und 34 Prozent aller Kinder arbeiteten im Zeitraum zwischen 2008 und 2014 in Familienbetrieben in der Landwirtschaft mit. Daher liegt die Frage nahe, ob sich eine Erhöhung der Nahrungsmittelpreise stärker oder schwächer auf Kinderarbeit in jenen Familien auswirkt, die in der Landwirtschaft tätig sind und auch Land besitzen. Um dies genauer zu untersuchen, wurden die Auswirkungen von Nahrungsmittelpreisen in Abhängigkeit davon analysiert, ob ein Haushalt Land besitzt und Landwirtschaft betreibt



oder nicht. Die Ergebnisse zeigen, dass Kinder in Haushalten, die landwirtschaftlich tätig sind, mit höherer Wahrscheinlichkeit arbeiten. Allerdings ist dieser Effekt höherer Nahrungsmittelpreise geringer, wenn der Haushalt zugleich Land besitzt. Anders gesagt: Landbesitz der Familien, die Landwirtschaft betreiben, schützt deren Kinder vor den möglichen Auswirkungen einer Nahrungsmittelinflation. Dieser Befund erhärtet die Vermutung, dass diese Familien von höheren Nahrungsmittelpreisen profitieren können, ohne dass sie ihre Kinder zur Arbeit heranziehen müssen.

### Fazit

Zusammenfassend lässt sich daher festhalten: Die Inflation der Nahrungsmittelpreise zwischen 2008 und 2012 in Uganda hat dazu beigetragen, dass sowohl die Häufigkeit als auch die Intensität von Kinderarbeit in diesem Land gestiegen ist. Dabei konnten Haushalte, die Land besitzen, einen solchen Preisschock, der sie als Konsumenten negativ beeinflusst, besser ausgleichen. Allerdings hat die Studie auch zutage gefördert, dass Kinderarbeit vor allem in der Landwirtschaft immer noch höchst relevant und verbreitet ist. Uganda mag als Beispiel dafür dienen, wie sich in afrikanischen Ländern, die Nahrungsmittel importieren, ein Preisanstieg auf Einkommen und Kinderarbeit auswirken kann. Um die von der ILO genannten Erfolge bei der Bekämpfung von Kinderarbeit fortzusetzen, sind daher enorme Anstrengungen notwendig. Die Studie zeigt: Neben der allgemeinen Verbesserung der Wachstums- und Entwicklungschancen in ärmeren Ländern ist auch darauf zu achten, dass sich Nahrungsmittel in diesen Ländern nicht unerwartet und drastisch verteuern und dass Haushalte sich wirksamer vor solchen inflationären Tendenzen schützen können.



### AUTOREN



■ Prof. Dr. David Stadelmann ist Inhaber des Lehrstuhls für Entwicklungsökonomie an der Universität Bayreuth und ist Mitglied des Exzellenzclusters „Africa Multiple“.



■ Dr. Raymond B. Frempong wurde an der Bayreuth International Graduate School of African Studies (BIGSAS) promoviert und ist heute Mitglied des Exzellenzclusters „Africa Multiple“.



■ Manfred Stoppok

## Wachsender Energiekonsum durch steigenden Wohlstand?

Zum Haushaltsenergieverbrauch in Kenia, Spanien und Deutschland

■ Wohnhaus einer Mittelschichtfamilie in der Region Mumias, Westkenia (Foto: Manfred Stoppok).

Die hinreichende und gleichzeitig umweltverträgliche Versorgung der Menschheit mit Energie gehört ohne Zweifel zu den drängenden gesellschaftspolitischen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Im Jahr 2015 haben die Vereinten Nationen die „Agenda 2030 für Nachhaltige Entwicklung“ beschlossen, die darauf ausgerichtet ist, die globale Zukunft in sozialer, ökologischer und wirtschaftlicher Hinsicht nachhaltig zu gestalten. Sie postuliert insgesamt 17 Nachhaltigkeitsziele (*Sustainable Development Goals, SDG*), darunter auch das Ziel „bezahlbare und saubere Energie“. Hier geht es insbesondere darum, den „Zugang zu bezahlbarer, verlässlicher, nachhaltiger und moderner Energie für alle zu sichern“. Dies bedeutet vor allem, dass die Weltbevölkerung flächendeckend Zugang zu Strom erhalten und mit sauberen Brennstoffen sowie mit moderner Technologie zum Kochen versorgt werden soll.

Damit rückt der private Haushalt in den Fokus energiepolitischer und energiewirtschaftlicher Überlegungen: Er ist eine Schlüsseleinheit für die Bewertung individuellen Wohlstands und für die Realisierung einer nachhaltigen Entwicklung. Von entscheidender Bedeutung ist dabei der Zugang aller Menschen zu moderner Haushalts-, Kommunikations- und Freizeitelektronik. Ebenso wichtig ist aber zugleich die Verringerung gesundheitlicher Risiken, die aus der Luftverschmutzung in Innenräumen ohne Abluftsystem resultieren – beispielsweise dann, wenn in diesen geschlossenen Räumen traditionelle Biomasse (Feuerholz oder Holzkohle) zum Kochen oder Heizen eingesetzt wird.

Im Allgemeinen verhält es sich so, dass mit der fortschreitenden wirtschaftlichen und technologischen Entwicklung eines Landes nicht nur der nationale Energieverbrauch insgesamt, sondern auch der Energieverbrauch pro Kopf der Bevölkerung stark ansteigt. Was in dieser volkswirtschaftlichen Gesamtbetrachtung zutrifft, muss jedoch nicht für jeden einzelnen Wirtschaftssektor gelten. Dies zeigen die folgenden Untersuchungen zum Haushaltsenergiesektor in Kenia.

### Drei Beispiele aus Kenia

Wie für die meisten Länder des Globalen Südens ist die flächendeckende Versorgung der Haushalte mit bezahlbarer und sauberer Energie auch für Kenia eine große Herausforderung. In den letzten Jahrzehnten hatte das Land einen starken Bevölkerungsanstieg zu verzeichnen, der sich auch in Zukunft

fortsetzen wird. Der jährliche Pro-Kopf-Primärenergieverbrauch von 0,5 Tonnen Öleinheiten (toe) ist allerdings im weltweiten Vergleich niedrig: Er liegt deutlich unter dem globalen Durchschnitt (2 toe pro Kopf) und damit weit unter dem Durchschnitt in den OECD-Ländern (4 toe pro Kopf). Zugang zu Elektrizität hatten im Jahr 2018 rund 73 Prozent der Bevölkerung, während es acht Jahre zuvor nur 20 Prozent waren. Gleichwohl verwenden weiterhin mehr als 80 Prozent der Haushalte zum Kochen nicht Strom, sondern hauptsächlich traditionelle Biomasse.

Während der Energiekonsum pro Kopf in Kenia signifikant unter dem globalen Durchschnitt liegt, wird ein überproportional großer Teil der Energie im Haushalt verbraucht. Im globalen Durchschnitt liegt dieser Anteil nur bei 21 Prozent, in Kenia jedoch bei über 70 Prozent. Der Haushaltsebene kommt daher im kenianischen Energiesektor eine besondere Bedeutung zu. Auf den ersten Blick scheint es naheliegend, dass ein wohlhabender Haushalt mit einer Vielzahl an elektrischen Geräten mehr Energie konsumiert als ein ärmerer Haushalt mit einer geringeren Anzahl an Energieverbrauchern. Die empirische Überprüfung dieser These an Haushalten in Westkenia zeigt jedoch, dass ein solcher linearer Zusammenhang zwischen dem materiellen Wohlstand eines Haushalts und dem Pro-Kopf-Energieverbrauch nicht besteht. Dies machen die drei folgenden Beispiele aus der westkenianischen Stadt Mumias und der gleichnamigen Region deutlich.



■ Abb. 1 (oben): Traditionelle Kochstelle in einem kenianischen Haushalt (Foto: Manfred Stoppok).

■ Abb. 2 (unten): Kochstelle mit Abluft, wie sie von der Global Alliance for Clean Cookstoves empfohlen wird (Foto: Manfred Stoppok).

■ Tab. 1: Die Angaben wurden vom Autor im Rahmen einer siebenmonatigen Feldforschung in der Region Mumias, Kenia, ermittelt.

	Städtischer Mittelschicht-Haushalt einer Familie in der Stadt Mumias	Dörflicher Haushalt einer Familie in der Region Mumias	Single-Haushalt in Nambale, einer Kleinstadt in der Region Mumias
<b>Gesamtennergieverbrauch pro Kopf im Haushalt</b>			
<b>Endenergie (TFC)</b>	0,28 toe	0,29 toe	0,08 toe
<b>Primärenergie (TPES)</b>	0,42 toe	0,44 toe	0,10 toe
<b>Energieträger: Verbrauch pro Kopf im Haushalt</b>			
<b>Feuerholz</b>	550 kg	620 kg	0 kg
<b>Holzkohle</b>	55 kg	70 kg	0 kg
<b>Petroleum</b>	0 L / kg	3,3 L / 2,6 kg	30 L / 24 kg
<b>Strom</b>	228 kWh	<1 kWh	192 kWh
<b>Flüssiggas</b>	190 kg	0 kg	28,8 kg
<b>Abfälle aus Biomasse</b>	n.a. kg	n.a. kg	0 kg
<b>Energieverbraucher im Haushalt</b>			
<b>Energieverbrauchende Geräte insgesamt</b>	> 35	> 17	10
<b>Versch. Arten energieverbrauchender Geräte</b>	20	12	10



■ Abb. 3: Wohnhaus in der dörflichen Umgebung von Mumias (Foto: Manfred Stoppok).

## „Ein überproportional großer Teil der Energie wird im Haushalt verbraucht.“

### AUTOR



■ Manfred Stoppok, M.A., ist Doktorand an der Universität Bayreuth. Sein Dissertationsprojekt wird interdisziplinär von Prof. Dr. Erdmute Alber (Sozialanthropologie), Prof. Dr. Uli Beisel (Kultur und Technik Afrikas), Prof. Dr. Ruth Freitag (Bioprosesstechnik, Zentrum für Energietechnik (ZET)) und Prof. Dr.-Ing. Andreas Jess (Chemische Verfahrenstechnik, Zentrum für Energietechnik (ZET)) betreut.

- In einem Mittelschicht-Haushalt einer Familie in der Stadt Mumias liegt der jährliche Endenergiekonsum pro Kopf bei 0,28 toe und damit leicht über dem nationalen Durchschnitt Kenias (0,22 toe im Haushaltssektor). Zwar sind in diesem Haushalt mehr als 35 elektrische Geräte in Gebrauch. Gekocht wird jedoch weiterhin hauptsächlich mit Feuerholz und Holzkohle. Flüssiggas und Strom sind in diesem Bereich lediglich ergänzende Energiequellen (*fuel stacking*).
- In einem familiär ähnlich organisierten, aber materiell wesentlich schlechter gestellten Haushalt in der dörflichen Umgebung von Mumias liegt der jährliche Energiekonsum pro Kopf mit 0,29 toe nahezu auf gleichem Niveau. Dies überrascht insofern, als dieser Haushalt keinen Zugang zum Stromnetz hat und nur halb so viele Energieverbraucher (17 statt über 35) nutzt. Obwohl der Stromverbrauch in einem zu vernachlässigenden Bereich liegt, ist der Energiekonsum unter Einschluss aller Energieträger nicht niedriger als im Haushalt der wesentlich wohlhabenderen Familie.
- Technologischer Wandel kann sogar mit einer drastischen Reduktion des Energieverbrauchs auf Haushaltsebene einhergehen. Dies zeigt ein drittes Beispiel: Im Single-Haushalt einer jungen Frau in der Ortschaft Nambale unweit der Stadt Mumias ist der jährliche Pro-Kopf-Energiekonsum im Vergleich zu den beiden anderen Haushalten um mehr als 70 Prozent geringer, er liegt nur noch bei 0,08 toe. Auch in diesem Haushalt gibt es nur wenige energieverbrauchende Geräte. Der Grundbedarf an Energie zum Kochen und zur Warmwasserbereitung wird über Flüssiggas und Petroleum gedeckt.

Die drei Beispielhaushalte verdeutlichen einen Trend, den die Energieforschung auch aus anderen Weltregionen kennt: Der *Gesamtenergieverbrauch* eines Haushalts hängt wesentlich von den Energieträgern und den Technologien ab, die zum Kochen und zur Warmwasserbereitung eingesetzt werden. Das Vorhandensein einer größeren Anzahl elektrischer Groß- und Kleingeräte steigert zwar den Stromverbrauch eines Haushalts signifikant. Dies zeigt auch das Beispiel des Mittelschicht-Haushalt in Mumias, wo – im Unterschied zu den beiden anderen Haushalten – unter anderem die folgenden Elektrogeräte in Betrieb sind: Fernseher, SAT / TV-Set, Tablet-PC, Laptop, DVD-Player, Elektroherd und Kühlschrank. Aber selbst hier ist der Anteil elektrischer Geräte am Gesamtenergieverbrauch mit 23 Prozent relativ gering. Im Haushalt in der dörflichen Umgebung liegt er im einem vernachlässigbaren Bereich, da lediglich kleine Batterien und Akkus genutzt werden. Daher hat der *Stromverbrauch* keinen entscheidenden Einfluss auf den Energiekonsum eines Haushalts *insgesamt*.

Internationale Entwicklungsprogramme arbeiten deshalb darauf hin, dass neue Technologien zum Kochen und zur Warmwasserbereitung die Energieeffizienz in Haushalten dauerhaft steigern. Diese Innovationen gehen ggf. auch mit einem Wechsel der eingesetzten Energieträger einher (*fuel switching*). Erfahrungen aus verschiedenen Ländern zeigen, dass Haushalte mit steigendem Wohlstand verschiedene Energiequellen dauerhaft nutzen (*fuel stacking*) und erst auf einem sehr hohen Einkommensniveau vollständig auf den Konsum von Strom und Gas umsteigen. Zu berücksichtigen ist auch, dass es sich bei dem angestrebten Wechsel von fester Biomasse zu „saubereren“ Energieträgern wie Strom und Flüssiggas um einen Wechsel von – zumindest potenziell – klimaneutralen und nachwachsenden Rohstoffen zu fossilen Brennstoffen handelt. Denn in der Regel erfolgt die Stromerzeugung (noch) auf Basis fossiler Rohstoffe.

## Haushaltsenergiekonsum in Kenia, Spanien und Deutschland

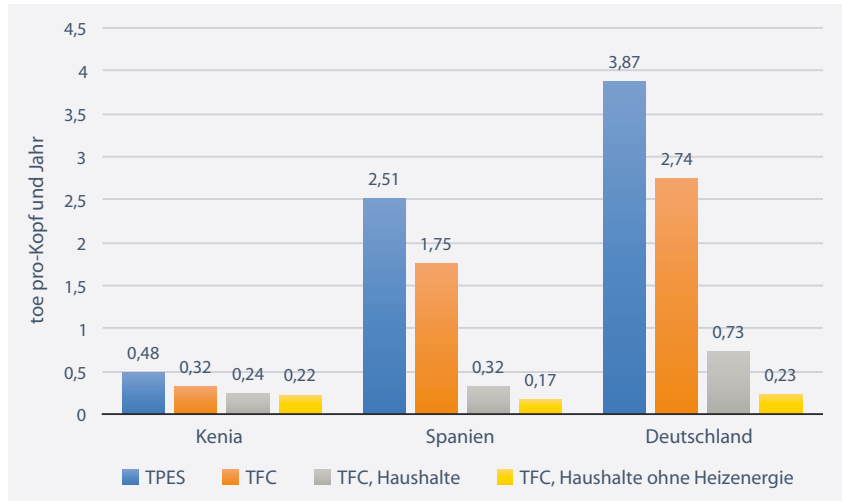
Was auf der Mikroebene für Haushalte in verschiedenen sozialen Milieus in Westkenia gilt, setzt sich auf internationaler Ebene fort. Dies wird exemplarisch deutlich, wenn man den Haushaltsenergiekonsum in Kenia, einer der größten afrikanischen Volkswirtschaften mit dem in zwei OECD Ländern – Spanien und Deutschland – vergleicht. Der gesamte Primär- und Endenergiekonsum (TPES und TFC) ist in Spa-



nien und Deutschland fünf- bzw. achtmal höher als in Kenia. Doch die Unterschiede fallen deutlich geringer aus, wenn statt der gesamten Volkswirtschaft nur der Haushaltssektor betrachtet wird. In Bezug auf den Haushaltssektor liegt der jährliche Pro-Kopf-Energiekonsum in Spanien nur 50 Prozent über dem kenianischen Durchschnitt, in Deutschland ist er jedoch rund dreimal so hoch. Dies liegt vor allem am deutlich kälteren Klima. Wird die Energie, die in Spanien und Deutschland zum Heizen verwendet wird, herausgerechnet, liegt der jährliche Energieverbrauch pro Kopf in Kenia bei 0,22 toe, in Deutschland bei 0,23 toe und in Spanien bei 0,17 toe – also etwa auf dem gleichen Niveau. Zu betonen ist, dass diese Übereinstimmung *nur* zutrifft, wenn *alle* in einem Haushalt genutzten Energieträger einschließlich Feuerholz und Holzkohle in die Berechnung einbezogen werden. Der Pro-Kopf-Stromverbrauch ist in Spanien oder Deutschland um ein Vielfaches höher als in Kenia, und die Verfügbarkeit einer Reihe von Energieträgern (*energy access*) ist in Kenia oftmals nicht gegeben.

Zweifelsohne steigt mit einer fortschreitenden wirtschaftlichen Entwicklung der allgemeine Energiebedarf eines Landes stark an. Doch obwohl der Haushalt eine Schlüsseleinheit für individuellen Wohlstand ist, geht ein steigender materieller Wohlstand nicht zwangsläufig mit einem Anstieg des Energieverbrauchs in Haushalten einher. Dieser scheinbare Widerspruch löst sich auf, wenn man zwischen direktem und indirektem Energiekonsum von Haushalten unterscheidet. In den vorigen Abschnitten dieses Beitrags ging es um den *direkten* Energiekonsum von Haushalten oder ganzen Nationen. Jeder im Haushalt eingesetzte Energieverbraucher (TV, Kühlschrank oder Elektro-Kleingerät) muss aber zunächst produziert werden und verursacht somit auch einen *indirekten* Energieverbrauch. Deshalb sollte, wenn man das Verhältnis von Energiekonsum und Wohlstandsniveau in Haushalten untersucht, der indirekte Energiekonsum von im Haushalt eingesetzten Geräten in den Pro Kopf-Energiekonsum mit eingerechnet werden.

Dies gilt nicht nur auf Haushaltsebene bei der Betrachtung von ärmeren und wohlhabenderen Haushalten innerhalb eines Landes, sondern auch beim Vergleich unterschiedlicher Länder. Die Mitgliedstaaten der OECD haben es in den letzten 20 Jahren



geschafft, ihren Pro-Kopf-Energiebedarf bei steigendem Wohlstand stabil zu halten oder sogar zu senken. Dies ist ihnen teilweise deshalb gelungen, weil sie energieintensive Produktionsketten nach China und Südostasien ausgelagert haben. Hier wird auch ein Großteil der später in anderen Ländern genutzten Haushaltselektrogeräte hergestellt.

■ Abb. 4: Primär- und Endenergiekonsum (toe pro Kopf und Jahr) in Bezug auf die Gesamte Wirtschaft (TPES, TFC), sowie auf Haushaltsebene (TFC, Haushalte) und auf Haushaltsebene ohne Energie zum Heizen (TFC, Haushalte ohne Heizenergie) (Grafik: Manfred Stoppok).

### Fazit

Die empirischen Untersuchungen in Kenia haben beispielhaft gezeigt, dass typische Haushaltsgeräte wie Kühlschrank, Fernseher oder andere Elektro-Kleingeräte den Energiekonsum im Haushaltsbereich nicht *per se* nach oben treiben. Sie steigern den Stromverbrauch exponentiell, aber im Gesamtenergiemix eines Haushalts machen diese Geräte nur einen kleinen Anteil aus. Wenn die Energie, die ein Haushalt zum Kochen und zur Warmwasseraufbereitung aufwendet, durch eine effizientere Nutzung gesenkt wird oder Strom aus vorhandener Biomasse vor Ort produziert wird, kann die so eingesparte Energie für neue Energieverbraucher genutzt werden. Der Vergleich von Kenia mit den OECD-Ländern Spanien und Deutschland zeigt, dass eine technologisch höherwertige Ausstattung von Haushalten nicht zwangsläufig mit einem höheren Pro-Kopf-Energieverbrauch einhergeht. Eine intelligente Planung und Nutzung moderner Technologien könnte daher zu einem höheren Lebensstandard großer Teile der Weltbevölkerung führen, ohne dass damit auf der Haushaltsebene der Pro-Kopf-Energieverbrauch steigt.

### LITERATURTIPP

M. Stoppok, A. Jess, R. Freitag, E. Alber: Of culture consumption and cost: A comparative analysis of household energy consumption in Kenya, Germany and Spain. Energy Research and Social Science (2018), Vol. 40, 127-139. DOI: 10.1016/j.erss.2017.12.004

### LINKTIPPS

Die Vereinten Nationen: 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung, die unsere Welt bis 2030 verändern werden. Ausgabe 2019. [www.un.org/Depts/german/de/neuedok.html](http://www.un.org/Depts/german/de/neuedok.html)

Weltweite Fortschritte bei der Erreichung des Ziels 7 „bezahlbare und saubere Energie werden dokumentiert vom „Energy Progress Report“: <https://trackingsdg7.esmap.org>



■ Abb. 5: Die Region Mumias im Westen Kenias (Foto: Manfred Stoppok).

# Kindheit und Zugehörigkeit

Neue Perspektiven für die sozialwissenschaftliche Afrikaforschung

■ Auf einer Farm in Nordbenin stampfen Kinder Getreide, während die Erwachsenen auf den Feldern arbeiten  
(Foto: Jeannett Martin).



„Wem gehört ein Kind?“ Auf diese Frage würden in Deutschland die meisten Menschen vermutlich mit „Seinen Eltern natürlich!“ antworten. Doch sobald man den Blick über eigene kulturelle Gewohnheiten und über die Grenzen von Elternschaft und Familie hinaus weitet, eröffnen sich neue Fragen und Forschungsansätze – gerade auch in Bezug auf Afrika. Auf dem Kontinent mit der weltweit jüngsten Bevölkerung besteht in den meisten Ländern der Großteil der Bevölkerung aus Kindern, die ihre Umwelt aktiv mitgestalten. Aus sozialwissenschaftlicher Sicht wird Kindheit dabei nicht als ein klar definierter biologischer Zustand, sondern vielmehr als eine sozial, kulturell und historisch variable Kategorie verstanden.

Zum besseren Verständnis von Kindheit(en) in Afrika ist der Begriff der „Zugehörigkeit“ („*belonging*“) aufschlussreich. Dieser bezeichnet allgemein die Mitgliedschaft von Menschen in Wir-Gruppen, wie etwa Familien, ethnischen Gruppen, religiösen Gemeinschaften oder Nationen, die ein mehr oder minder ausgeprägtes Zusammengehörigkeitsgefühl teilen. Der Begriff umfasst überdies die Prozesse und Praktiken, welche die Mitgliedschaft in diesen Wir-Gruppen begründen. So ist Zugehörigkeit sowohl mit Schutz und Fürsorge als auch mit Verpflichtungen und Erwartungen verbunden – zum Beispiel mit der Erwartung, zur Reproduktion der Gemeinschaft beizutragen. Zugehörigkeiten von Kindern stehen in dieser Sichtweise nicht ein für alle Mal fest. Sie sind vielmehr Gegenstand sozialer Konstruktionen und Aushandlungen und eingebettet in weitere soziale, ökonomische, rechtliche und politische Kontexte.

Kindheitsvorstellungen und kindheitsbezogene Praktiken des Zusammenlebens in afrikanischen Gesellschaften unterliegen einem raschen Wandel. Gleichzeitig sind Kinder zentral für die Reproduktion jeglicher Wir-Gruppen. Die Analyse von Veränderungen kindheitsbezogener Zugehörigkeiten – eine Perspektive, die weit über eine reine Sozialisationsforschung hinausgeht – eröffnet neue Forschungsperspektiven und Erkenntnisse zu gesellschaftlichen Transformationsprozessen. Dies zeigen einige Beispiele aus der Afrikaforschung.

### Verwandtschaftliche Zugehörigkeit und rechtliche Transformationen

Vorstellungen über die familiäre und verwandtschaftliche Zugehörigkeit von Kindern und darüber, bei wem und wie Kinder aufwachsen sollten, kom-



■ Abb. 1: Mitglieder einer Familie in der Provinz Nampula, Mosambik (Foto: naTsumi / Shutterstock.com).

men in verschiedenen gewohnheitsrechtlichen, religiösen, nationalen und internationalen Rechtsnormen zum Ausdruck. In den pluralen Rechtssystemen afrikanischer Gesellschaften überlagern sie sich, stehen in einer dynamischen Wechselwirkung und wandeln sich auf je spezifische Weise. Dies belegt unter anderem das folgende Beispiel aus dem westafrikanischen Benin.

Hier ist es eine in weiten Teilen der Bevölkerung verbreitete und anerkannte, wenngleich sich wandelnde Praxis, Kinder nicht bei den leiblichen Eltern aufwachsen zu lassen, sondern beispielsweise bei einem Mutterbruder, einer Vaterschwester oder bei klassifikatorischen Großeltern.<sup>1</sup> Diese Praxis verweist auf ein Verständnis von Elternschaft, das multipler und flexibler ist als in weiten Bereichen „moderner“ europäischer Gesellschaften. Das seit 2004 geltende nationale Familienrecht Benins (*Code de la Personne et de la Famille*), das sich stark an europäischen Rechtstexten orientiert, beschreibt als „Familie“ hingegen zuvörderst die durch Ehe begründete heterosexuelle Familie, in der ein Elternpaar gleichberechtigt für die gemeinsamen Kinder verantwortlich ist. Auch das 2015 verabschiedete Beniner Kindschaftsrecht (*Code de l'enfant*) sieht in dieser Form von „Familie“ den besten Ort für das Wohlergehen von Kindern, weshalb sich der Staat deren Schutz zur Aufgabe macht. Dies bedeutet allerdings auch, dass andere Konstellationen als weniger oder überhaupt nicht schutzwürdig erachtet werden. Daraus erwachsen nicht selten Konflikte um die Zugehörigkeit von Kindern – zum Beispiel dann, wenn lokale Praktiken der Fremdüberlassung von Kindern seitens der Polizei oder der Gendarmerie als „Kinderhandel“ eingestuft werden oder wenn junge Menschen, die sich in die Arbeitsmigration begeben, „befreit“ und zu ihren Familien zurückgebracht werden.<sup>2</sup>

#### AUTORIN



■ PD Dr. Jeannett Martin hat sich in der Facheinheit Ethnologie an der Universität Bayreuth habilitiert. Seit Oktober 2019 hat sie eine Vertretungsprofessur an der Universität Leipzig inne.

## LITERATURTIPPS

S. Maurus: Rethinking the „Global Good“ of Compulsory Schooling. Combining Young People's Education and Work for Making a Future in South-West Ethiopia, in: I. Clemens et al. (eds.): Bildung und Erziehung im Kontext globaler Transformationen. Leverkusen 2019, 141-152.

U. Wanitzek: Child adoption and foster care in the context of legal pluralism. Case studies from Ghana, in: E. Alber et al. (eds.): Child Fostering in West Africa. New Perspectives on Theories and Practices. Leiden 2013, 221-245.

In den meisten afrikanischen Gesellschaften sind Heirat und Ehe ein Weg, die Zugehörigkeit und damit auch Ansprüche und Pflichten von Kindern auf rechtlich verbindliche Weise festzulegen. Doch sich wandelnde familiäre Praktiken werfen neue Fragen auf. So gibt es im südlichen Afrika seit mehreren Jahrzehnten eine Tendenz zum Zusammenleben in mono- oder polygamen Beziehungen ohne formale Heirat. Was bedeutet dies für die in solchen Beziehungen geborenen Kinder? Wie verändern sich Gesellschaften, in denen zunehmend auf rechtliche Regelungen von Versorgungsansprüchen verzichtet wird?

### Verweigerte Verwandtschaft, Schaffung neuer Zugehörigkeiten

In spezifischer Weise stellen sich Zugehörigkeitsfragen in Konflikt- und Postkonfliktgesellschaften. Daran erinnert das Beispiel der Terrororganisation Boko Haram, die in Nordnigeria mehrere hundert Schülerinnen gewaltsam entführt hat und Tausende weiterer Kinder und Jugendliche zur Umsetzung ihrer politischen Ziele an sich bindet. Von Rebellengruppen und Terrormilizen in Somalia, Uganda, der Zentralafrikanischen Republik und in der Demokratischen Republik Kongo ist ebenfalls bekannt, dass sie nach wie vor Kinder rekrutieren, nicht selten auf gewaltsame Weise.<sup>3</sup> Was bedeutet dieser Wechsel der Zugehörigkeit für das Leben der Kinder und darüber hinaus für ihre Familien und Herkunftsgemeinschaften? Fragen der Zugehörigkeit stellen sich auch, wenn junge Menschen die Terrorgruppen verlassen, aber in ihren Herkunftsgemeinschaften nicht mehr akzeptiert werden. Obwohl in den letzten Jahren große Anstrengungen unternommen und einige Fortschritte erreicht wurden, stellt die soziale Reintegration ehemaliger Kindersoldaten nach wie vor eine der großen Herausforderungen von Konflikt- und Postkonfliktgesellschaften in Afrika dar.



■ Abb. 2: Ehemalige Kindersoldaten im Osten der DR Kongo (Foto: wikimedia commons / L. Rose).

■ Abb. 4 (rechte Seite unten): In einem katholischen Waisenheim in Benin lernen Kinder religiöse Lieder (Foto: Jeannett Martin).

Ein Indiz für massive gesellschaftliche Umbrüche und Transformationen sind auch die Fälle, in denen Kindern die verwandtschaftliche Zugehörigkeit verweigert wird. In Kinshasa, der Hauptstadt der von jahrzehntelangen Kriegen und ökonomischen Krisen geprägten DR Kongo, leben zehntausende Kinder auf der Straße, nachdem sie von Verwandten oder Nachbarn der Hexerei bezichtigt und verstoßen wurden. Dieses neue Phänomen lässt sich nicht allein vor dem Hintergrund der gewaltsamen Geschichte des Landes und der prekären Lebensbedingungen verstehen. Es ist auch Ausdruck einer tiefen sozialen und spirituellen Verunsicherung innerhalb der urbanen Bevölkerung. Diese wird durch tiefgreifende Transformationen etablierter Generationenbeziehungen verursacht, die ihrerseits mit neuen Einkommensmöglichkeiten für junge Menschen – zum Beispiel im Diamantbergbau – im Zusammenhang stehen.<sup>4</sup>

Auch die Herausbildung neuer Zugehörigkeitsgruppen für und von Kindern ist Ausdruck gesellschaftlicher Transformationen. So steigt in afrikanischen Großstädten wie Nairobi, Abidjan, Addis Abeba oder Gaborone die Zahl der Kinder und Jugendlichen, die in Mittelschichtfamilien heranwachsen. Mit finanzieller Unterstützung ihrer Familien bewegen sie sich, neben der Schule, in neu entstehenden sozialen Räumen wie Spielplätzen, Sportklubs, Freizeitparks oder Shopping Malls, wo sie ihre Mittelschichtzugehörigkeit inszenieren. Andererseits gibt es in den gleichen Städten auch Kinder, die ihr Überleben außerhalb oder am Rande verwandtschaftlicher Versorgungssysteme selbst organisieren (müssen). Diese Kinder und Jugendlichen bilden zum Teil eigene Zugehörigkeitsgruppen, wie etwa im kenianischen Eldoret. Hier teilen sie sich die Stadt in abgegrenzte Areale (*bases* oder *barracks*) auf, die sie „California“, „Juma Haji“, oder „Eastleigh“ nennen, und leben in Gruppen mit geteilten Verantwortlichkeiten und klaren sozialen Hierarchien. Neu hinzukommende Mitglieder durchlaufen gruppen- und genderspezifische „Initiationsriten“, wobei die Initianden im Falle einer Aufnahme auf Solidarität und Schutz durch die Gemeinschaft hoffen können.<sup>5</sup>

### Institutionalisierung von Kindheit

Zu den sozialen Transformationen, die afrikanische Gesellschaften gegenwärtig durchlaufen, gehört auch die zunehmende Institutionalisierung und Standardisierung von Kindheit. Die Gruppen von Kindern in Schuluniformen, die überall das öffentliche Bild prägen, geben davon ein sichtbares Zeugnis

ab. Solche Prozesse stehen im Zusammenhang mit den umfassenden Einschulungskampagnen, die auf die 1990 beschlossene UN-Konvention für die Rechte des Kindes und die im Jahr 2000 verabschiedeten Millennium-Entwicklungsziele folgten. Eines dieser Ziele lautete, dass Jungen und Mädchen bis zum Jahr 2015 weltweit eine vollständige Grundschulausbildung erhalten sollten.<sup>6</sup> Staatliche Maßnahmen führten in nahezu allen afrikanischen Staaten zu einer historischen Zäsur dergestalt, dass mittlerweile mehr Kinder als jemals zuvor eingeschult werden. Damit geht auch eine zunehmende Bürokratisierung einher, beispielsweise durch das Ausstellen von Geburtsurkunden und eine Dokumentation der verwandtschaftlichen Zugehörigkeit.

Zahl der öffentlichen Einrichtungen für Kinderfürsorge in vielen afrikanischen Ländern gestiegen ist. Hier wirken verschiedene Ursachen zusammen: der wachsende Bedarf an Waisenheimen und ähnlichen Fürsorgeeinrichtungen, unter anderem infolge der HIV/AIDS-Krise; gewaltsame Konflikte, nach deren Beendigung Transitzentren für demilitarisierte Kindersoldaten geschaffen wurden; neue Gesetze zum Kinderschutz; „westliches“ humanitäres Engagement und der Trend zur „NGOisierung“. Institutionen für Kinder, die als „vulnerable“ oder „in need“ kategorisiert werden, sind wie Prismen, in denen sich die Normen, Ziele und Praktiken unterschiedlicher Akteure brechen. Verwandte, Nichtregierungsorganisationen, Religionsgemeinschaften und staatliche

## „Staatliche Maßnahmen haben in nahezu allen afrikanischen Staaten dazu geführt, dass mittlerweile mehr Kinder als jemals zuvor eingeschult werden.“

Die global initiierten und national umgesetzten Einschulungspolitiken sind bis heute von intensiven, wissenschaftlich jedoch wenig beachteten Aushandlungsprozessen um die Zugehörigkeit von Kindern begleitet. Insbesondere in ländlichen Regionen können Familien, die von der Landwirtschaft leben, Schulkinder nicht mehr als vollwertige Arbeitskräfte in Familienbetrieben einsetzen. Auch sind viele Familien mittlerweile skeptisch geworden, ob sich die jahrelangen Investitionen in die Ausbildung von Kindern langfristig lohnen. Ihre ökonomischen und sozialen Interessen und Zwänge stehen in diesen Fällen nationalstaatlichen Interessen und Politiken gegenüber. In den hohen Abbrecherquoten von Schülerinnen und Schülern finden solche Interessenkonflikte ihren Ausdruck. In manchen Regionen, zum Beispiel in Südwestäthiopien in den Jahren 2014 und 2015, haben sich die Spannungen zwischen agropastoralen Familien und staatlichen Bildungspolitiken bereits in gewaltsamen Zusammenstößen entladen. Daran wird deutlich, dass Schulbildung nicht immer nur eine Lösung gesellschaftlicher Probleme darstellt, sondern auch selbst zum Problem werden kann.<sup>7</sup> Schulkinder, für die ihre Zugehörigkeit zur Verwandtschaftsgruppe oder zu bäuerlichen Haushalten fundamental ist, leben dabei ständig in einem Spannungsfeld unterschiedlicher Interessen und Politiken. Wie sie darin „navigieren“ und sich in verschiedenen Zugehörigkeitsgruppen verorten, ist ein Thema aktueller sozialwissenschaftlicher Untersuchungen.

Ausdruck der zunehmenden Institutionalisierung von Kindheit ist nicht zuletzt die Tatsache, dass die

Behörden bekennen sich zwar alle zum Schutz „bedürftiger“ Kinder, agieren aber keineswegs mit den gleichen normativen Vorstellungen darüber, was im „besten Interesse“ der Kinder liegt.

### Globalisierte afrikanische Kindheiten

Die zunehmende Globalisierung afrikanischer Gesellschaften geht damit einher, dass sich Fragen um die Zugehörigkeit von Kindern weder auf einzelne Staaten noch auf den Kontinent beschränken. Im Zuge grenzüberschreitender Mobilität und Migration wird ihre Zugehörigkeit an verschiedenen Orten von wechselnden Akteuren immer wieder neu verhandelt.<sup>8</sup> So setzen sich nicht nur staatliche Behörden, sondern auch migrierte Eltern und ihre Kinder mit dem Thema „Zugehörigkeit“ auf ganz unterschiedliche Weise auseinander, wie Fallstudien über in Deutschland lebende Mütter aus Kamerun oder über transnationale Familien aus Ghana zeigen.<sup>9</sup> Gerade im Zeitalter der Globalisierung, in denen diese Fragen weit über Elternschaft, Familie und Sozialisation hinausreichen, ist ein prozessuales und grundlegend politisches Verständnis von Zugehörigkeit hilfreich und nötig, um adäquate und kontextspezifische Antworten auf die Frage „Wem gehört ein Kind?“ zu finden.



Abb. 3: Eine Schulklasse in Uganda beginnt den Tag mit dem Singen der Nationalhymne (sst).

- 1 J. Martin: Yakubas neues Leben. Zum Wandel der Kindspflegepraxis bei den ländlichen Fée (Mokollé) in Nordbenin, in: *afrika spectrum* (2017) 42 (2), 219-249.
- 2 Vgl. E. Alber: Kinderhandel in Westafrika?, in: H. Heinen (ed.): *Kindersklaven – Sklavenkinder. Schicksale zwischen Zuneigung und Ausbeutung in der Antike und im interkulturellen Vergleich*. Stuttgart 2012, 43-61.
- 3 Vgl. dazu den Dokumentarfilm „Slaves – Auf den Spuren moderner Sklaverei“ (D, 2016, arte), <https://www.dw.com/de/slaves-auf-den-spuren-moderner-sklaverei/av-50113788>.
- 4 F. de Boeck: *At Risk, as Risk. Abandonment and Care in A World of Spiritual Insecurity*, in: J. S. La Fontaine (ed.): *The devil's children. From spirit possession to witchcraft: new allegations that affect children*. Farnham / Burlington 2009, 129-150.
- 5 J. Wachira et al.: *Initiation to street life. A qualitative examination of the physical, social, and psychological practices in becoming an accepted member of the street youth community in Western Kenya*. *BMC public health* (2015), 15 (1), 569.
- 6 „Ensure that, by 2015, children everywhere, boys and girls alike, will be able to complete a full course of primary schooling.“ Vgl. <https://www.un.org/millenniumgoals/education.shtml>.
- 7 Vgl. S. Maurus (2019), siehe Literaturtipps.
- 8 U. Wanitzek (2013), siehe Literaturtipps.
- 9 Vgl. P. Feldman-Savelsberg: *Mothers on the move. Reproducing belonging between Africa and Europe*. Chicago 2016; C. Coe: *The Differences in Emotion among Parents and Children in Ghanaian Transnational Families*, in: R. R. Reynolds et al. (eds.): *Emerging Perspectives on Children in Migratory Circumstances*. Philadelphia 2013, 37-42.





■ Jana Hönke  
Eric Cezne

# Afrikas Süd-Süd-Beziehungen

Zum Beispiel: Bergbau und Eisenbahnstrecken in Mosambik

■ Steinkohle aus der Mine im Distrikt Moatize wird im Hafen der mosambikanischen Küstenstadt Beira verschifft (Foto: Mark Zannoni / Shutterstock.com).

Mit Beginn des 21. Jahrhunderts hat Afrika einen grundlegenden Wechsel erlebt: Während Entwicklungshilfe und Auslandsinvestitionen früher vor allem aus dem Westen kamen, gewinnen nun die wirtschaftlichen Beziehungen zu den aufstrebenden Ländern des globalen Südens, insbesondere zu China und Brasilien, immer stärker an Bedeutung. Die Vertiefung und die Erweiterung dieser Beziehungen führten zu einer geographischen Neuorientierung, die mit einem wachsenden Einfluss von Ländern und Unternehmen des Südens einherging. Beispielhaft für diese Entwicklung ist die Rohstoffindustrie. Von den zehn Unternehmen dieser Branche, die hinsichtlich ihrer Marktkapitalisierung im Jahr 2018 an der Weltspitze standen, hatten vier ihren Sitz in den sogenannten „Schwellenländern“.<sup>1</sup> Bereits nach dem Ende des Kalten Kriegs beschleunigte sich die Expansion von Unternehmen des Südens, die den Abbau oder die Verarbeitung von Rohstoffen betrieben. Vor allem Afrika war das Ziel dieser Bestrebungen.

Heute wird oft darüber debattiert, ob sich aufstrebende Akteure des Südens in die bestehende liberale Weltordnung integrieren oder diese Ordnung vielmehr herausfordern werden. In diesem Zusammenhang wird auch die Frage gestellt, ob die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Regierungen, Unternehmen und Investoren des Südens dem afrikanischen Kontinent größere Vorteile bietet als die



traditionellen Nord-Süd-Beziehungen – nicht zuletzt unter dem Aspekt der Gleichwertigkeit der beteiligten Partner. Viele wissenschaftliche Beiträge sehen dabei entweder Süd-Süd-Solidarität als Chance und Alternative, während andere diese abtun und nur Neokolonialismus in neuem Gewand erkennen mögen. Doch einseitige Darstellungen greifen zu kurz. Wie im Folgenden gezeigt werden soll, lohnt es sich, die Idee der „Süd-Süd-Beziehungen“ genauer unter die Lupe zu nehmen und der Frage nachzugehen, was die verschiedenen Akteure in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft eigentlich meinen, wenn sie die Idee der „Süd-Süd-Beziehungen“ für sich in Anspruch nehmen – und welche praktischen Folgen daraus entstehen können.

### Brasiliens Süd-Süd-Dialog

Während der Präsidentschaften von Lula da Silva (2003-2010) und von Dilma Rousseff (2011-2016) hat die brasilianische Politik für alternative, gleichberechtigte internationale Beziehungen zwischen Partnern im globalen Süden geworben.<sup>2</sup> Der von ihnen beförderte Süd-Süd-Diskurs hatte in Bezug auf Afrika drei Kernelemente:

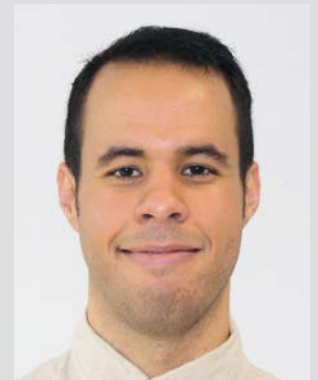
- **Solidarität:** Eine altruistische und humanitäre Einstellung gegenüber Afrika, das als wirtschaftlich und sozial zurückgebliebener Kontinent wahrgenommen wurde, ging einher mit moralischen Forderungen, den Menschen in Afrika zu helfen.
- **Affinität:** Eine wechselseitige Empathie und Verbundenheit, insbesondere mit portugiesisch-sprachigen afrikanischen Ländern, hatte ihre Wurzeln in der gemeinsamen Sprache und der kolonialen Vergangenheit, aber auch in kulturellen Bindungen, die sich unter dem Einfluss der als Sklav\*innen aus Afrika verschleppten Menschen und ihrer Nachkommen entwickelt hatten.
- **Tropische Technologien:** In den Bereichen Politik, Wirtschaft, Technik und Bildung wurde betont, dass brasilianische Lösungsansätze und Konzepte auf afrikanische Länder übertragbar seien.

Dieser Süd-Süd-Diskurs, der das brasilianische Engagement für Afrika begleitete und überwölbte, war keineswegs „aus einem Guss“. Vielmehr wurde er entsprechend den Vorstellungen, Erwartungen und Zielen der jeweiligen Akteure unterschiedlich interpretiert und in die Praxis übersetzt.

### AUTOR\*INNEN



■ Prof. Dr. Jana Hönke ist Inhaberin des Lehrstuhls für Soziologie Afrikas an der Universität Bayreuth.



■ Eric Cezne M.Sc. ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im INFRAGLOB-Projekt und Doktorand an der Universität Groningen.

■ Abb. 1: Frachtschiff im Hafen von Nacala (Foto: Eric Cezne).



■ Abb. 2: Bahnstation an der Eisenbahnstrecke im Nacala Logistics Corridor (NLC) (Foto: Eric Cezne).

### Vale und seine Auslandsbeziehungen: Das Beispiel Mosambik

Vale ist eines der weltweit größten Bergbauunternehmen und hat seinen Hauptsitz in Rio de Janeiro. Seit mehr als einem Jahrzehnt ist es führend beim Abbau von Bodenschätzen in Mosambik. Ein früherer Unternehmensvorstand erklärte dazu: „Afrika ist der zentrale Westen Brasiliens.“<sup>3</sup> Damit spielte er auf die Ähnlichkeit der brasilianischen Savanne mit den nördlichen und zentral gelegenen Regionen des südafrikanischen Landes an. Mosambik sollte von einem wirtschaftlich rückständigen Land in ein modernes exportorientiertes Land verwandelt werden. Im Zusammenhang mit der von Vale betriebenen Kohlemine im Distrikt Moatize im Westen Mosambiks richtete das Unternehmen eine Eisenbahnverbindung auf dem *Nacala Logistics Corridor (NLC)* ein: Diese führt von Moatize nach Osten bis zum Hafen von Nacala am Indischen Ozean. Vale knüpfte dabei an seine Erfahrungen in Brasilien an, wo das Unternehmen regelmäßige Personenzugverbindungen zwischen Belo Horizonte und dem Hafen von Vitória sowie zwischen Parauapebas und dem Hafen von São Luís betreibt.<sup>4</sup> Die neue Strecke in Mosambik wurde von Vale als Süd-Süd-Transfer und Ausdruck sozialen Engagements dargestellt. Zugleich ist jedoch klar erkennbar, dass Staatspräsident Lula da Silva diese „brasilianische Solidaritätsaktion“ zur Außerdarstellung der eigenen Politik genutzt

hat. Zudem konnte auch Vale von den eigenen, mit philanthropischen Absichten begründeten Investitionen profitieren: Die Bewerbung um die Konzession zum Kohleabbau in Moatize, wo die größten Steinkohlevorkommen Afrikas vermutet werden, verlief erfolgreich.

### Politische Eliten in Mosambik

Die Regierung Brasiliens trieb sowohl Vales Engagement in Mosambik als auch die Idee solidarischer Süd-Süd-Beziehungen aktiv voran. Gleichwohl überschätzen viele Forschungsarbeiten, die sich mit Afrikas Süd-Süd-Beziehungen befassen, den Einfluss ausländischer Regierungen und Unternehmen, während sie die Afrikaner\*innen als passive Empfänger darstellen. Die politische Eliten Mosambiks haben jedoch die Idee des Süd-Süd-Dialogs durchaus auf ihre eigene Weise genutzt. Im Rückgriff auf diese Idee beriefen sie sich auf Ideen „nationaler Entwicklung“, die „Stärkung der Handlungsfähigkeit Mosambiks“ oder „die Auffächerung der Außenbeziehungen des Landes“, um die brasilianischen Großinvestitionen und ihre Kosten zu rechtfertigen. Sie nutzten den Süd-Süd-Diskurs damit zugleich, um die Legitimität der FRELIMO-Regierung zu stärken.<sup>5</sup>

Seit mehr als zehn Jahren hat die Tatsache, dass Mosambik über erhebliche Ressourcen an Kohle, Erdgas, Diamanten und Holz verfügt, optimistische Vorstellungen von der künftigen Entwicklung des Landes beflügelt. Neuen Partnerschaften mit Brasilien, China, Indien und Südafrika mit dem Ziel, diese Ressourcen zu erschließen, wurden vom politischen

### LITERATURTIPPS

J. Hönke: *Transnational Companies and Security Governance. Hybrid Practices in a Postcolonial World.* London 2013.

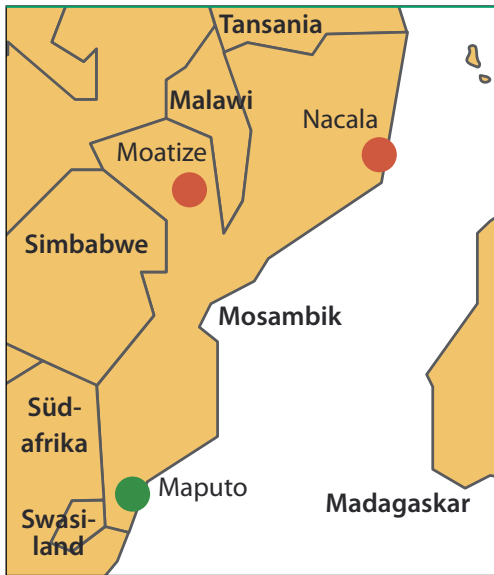
J. Hönke, I. Cuesta-Fernandez: *Mobilising Security and Logistics through an African Port. A Controversies Approach to Infrastructure.* *Mobilities* (2018), 13, 2, 246-60. DOI: 10.1080/17450101.2017.1417774.

E. Cezne: *Forging Transnational Ties from Below: challenging the Brazilian mining giant Vale S.A. across the South Atlantic.* DOI: 10.1016/j.exis.2019.10.007

■ Abb. 3 (rechts): An der Bahnstrecke bietet die lokale Bevölkerung ihre Waren, hauptsächlich Obst und Gemüse, zum Verkauf an (Foto: Eric Cezne).







Establishment in Mosambik eine zentrale Bedeutung beigemessen.<sup>6</sup> Die Süd-Süd-Zusammenarbeit, so wurde behauptet, werde Mosambik aus der Abhängigkeit von westlicher Hilfe herausführen und eine von ausländischen Direktinvestitionen getriebene wirtschaftliche Dynamik freisetzen. Der Präsident Mosambiks, Filipe Nyusi, erklärte sogar: „Die von den BRICS-Staaten angesteuerte Entwicklungszusammenarbeit gibt nicht nur den Sprachlosen eine Stimme, sondern wird von einer Entwicklungsagenda begleitet, die sich (stärker) auf unsere Bedürfnisse und Prioritäten konzentriert.“<sup>7</sup> Beziehungen mit Brasilien, einschließlich der brasilianischen Auslandsinvestitionen, wurden hoch gelobt, weil sie nicht vom Kolonialismus belastet seien und den Teufelskreis wirtschaftlicher Abhängigkeiten durchbrechen würden.

Neuere Forschungsarbeiten zeigen aber auch: Die wachsende Bedeutung der Entwicklungszusammenarbeit mit Brasilien und die brasilianischen Investitionen haben es Mosambiks Regierungspartei FRELIMO erlaubt, eine erhebliche Zahl von vertraglich geregelten Beziehungen, Hilfszahlungen und öffentlichen Investitionen so zu kanalisieren, dass die eigene politische und ökonomische Macht gestärkt wurde. Damit erfüllte der Süd-Süd-Dialog bei weitem nicht nur die Funktion, den Transfer von Kapital und Entwicklungs-Know-how aus Brasilien zu fördern. Vale und die Idee der Süd-Süd-Beziehungen wurden zu Komponenten eines „FRELIMO-Parteienstaats“<sup>8</sup>, der in der Lage ist, die eigene Macht zu behaupten, auszuweiten und mit dem Deckmantel der „nationalen Entwicklung“ zu legitimieren.

■ Abb. 4: Der Nacala Logistics Corridor (NLC) verbindet die Bergbauregion von Moatize mit der Hafenstadt Nacala (Grafik: Christian Göppner).

**„Formen des Protests, die in der Idee der Affinität und wechselseitigen Solidarität verankert sind, finden ihren Weg über den Südatlantik.“**

### Protest und Widerstand: Lokale Initiativen und ihre Sprecher

Neben dem wirtschaftlichen und politischen Engagements Brasiliens und den politischen Eliten Mosambiks gibt es einen dritten, oft übersehenen Faktor in diesen Süd-Süd-Beziehungen. Nähe und Verbundenheit über den Südatlantik hinweg haben dazu geführt, dass sich Grassroot-Initiativen und lokale Gemeinschaften gebildet haben, um die Präsenz von Vale in Mosambik kritisch zu hinterfragen. Vertreter von NGOs betonen, und dies ist seitens der Forschung auch dokumentiert, dass das Unternehmen ein durchaus problematisches „Gepäck“ aus Brasilien nach Afrika mitbringt.<sup>9</sup>

Für den Kohleabbau, den Vale in der Region Moatize-Tete betreibt, wurden zum Beispiel rund 1.300 Familien umgesiedelt. Kritiker des Vorhabens verweisen außerdem auf den tragischen Dammbbruch in der brasilianischen Kleinstadt Brumadinho im Januar 2019. Sie sehen darin einen Beleg für das in sozialer und ökologischer Hinsicht rücksichtslose Fehlverhalten, das mit Vales Bergbau-Projekten im In- und Ausland einhergeht. Die Initiatoren von Protesten, die sich gegen die schädlichen Auswirkungen dieser Projekte richteten, üben mit Hilfe der gemeinsamen portugiesischen Sprache transnationale Solidarität. „Wenn ein Körperteil verletzt wird und eine Wunde

■ Abb. 5: Protest in Brasilien gegen den Dammbbruch in Brumadinho im Januar 2019 (Foto: Rodrigo S Coelho / Shutterstock.com)



■ Abb. 6: Steinkohlemine im Distrikt Moatize  
(Foto: Eric Cezne).



■ Abb. 7: Wohnhaus in einer Gemeinde in der Nähe von Vales Kohlenmine in Moatize  
(Foto: Eric Cezne).



hat, spürt es der ganze Körper“, erklärte der Direktor einer Organisation, die den vom Bergbau betroffenen Gemeinden in Tete juristischen Beistand anbietet.<sup>10</sup> Die dort lebenden Menschen – sie nennen sich *Atingidos pela Vale* – berufen sich auf die Idee der Süd-Süd-Beziehungen, um eine translokale Zusammenarbeit der *grassroots* zu organisieren. Formen des Protests, die in der Idee der Affinität und wechselseitigen Solidarität verankert sind, finden ihren Weg über den Südatlantik und werden genutzt, um Kritik und Widerstand zu artikulieren.<sup>11</sup>

## Fazit

Das Engagement von Vale in Mosambik zeigt beispielhaft: Wenn man die These, dass Süd-Süd-Beziehungen einen eigenen, von etablierten Nord-Süd-Beziehungen verschiedenen Charakter haben, einfach nur pauschal bejaht oder verwirft, wird man den komplexen Verhältnissen nicht gerecht. Denn in beiden Fällen verkennt man die unterschiedlichen, wenn nicht sogar gegensätzlichen Potenziale, die in der Idee des Süd-Süd-Dialogs enthalten sind. Die daraus abgeleiteten Vorstellungen und Praktiken spielen eine gewichtige Rolle, wenn es beispielsweise darum geht, die Kosten und Gewinne des Abbaus von Bodenschätzen auszuhandeln und zu verteilen. Die meisten Forschungsarbeiten, die sich mit ausländischen Unternehmensinvestitionen in Afrika befassen, interessieren sich bis heute vor allem für westliche Firmen und für Versuche, deren Aktivitäten global zu steuern. Doch ebenso wichtig ist es, sich genauer auf die vielfältigen Süd-Süd-Engagements einzulassen, die von China, Brasilien und anderen Ländern des globalen Südens ausgehen. Sie sind gerade dabei, die Zukunft des afrikanischen Kontinents aktiv mitzugestalten.

- 1 Vale, Brasilien (Platz 4); Shenhua Energy, China (Platz 5); Coal India, Indien (Platz 7); und China Molybdenum, China (Platz 8) (Statista, Juni 2019).
- 2 Die gegenwärtige Regierung unter Präsident Jair Bolsonaro stellt vielleicht den größten Bruch mit der von Brasilien über lange Zeit verfolgten Strategie dar, die Außenbeziehungen innerhalb des globalen Südens zu stärken. Sie bevorzugt stattdessen eine größere Nähe zu politisch rechts stehenden Regierungen im Norden, insbesondere den USA.
- 3 In einem Interview in São Paulo, Brasilien, im April 2019.
- 4 Ebd.
- 5 FRELIMO ist der Kurzname der *Frente de Libertação de Moçambique* (Mosambikanische Befreiungsfront). Die 1962 gegründete Befreiungsbewegung führte den bewaffneten Kampf gegen die portugiesische Kolonialmacht und erreichte 1975 die Unabhängigkeit Mosambiks. Sie ist seit 1977 eine politische Partei und stellt bis heute die Regierung des Landes.
- 6 Vgl. C. Alden, S. Chichava: *China and Mozambique: From Comrades to Capitalists*. Pretoria 2014.
- 7 Angola e Moçambique querem apoio dos BRICS, Deutsche Welle 27.07.2018. [www.dw.com/pt-002/angola-e-mozambique-querem-apoio-dos-brics/a-44857262](http://www.dw.com/pt-002/angola-e-mozambique-querem-apoio-dos-brics/a-44857262).
- 8 J. Sumich: *The Party and the State: Frelimo and Social Stratification in Post-socialist Mozambique*, *Development and Change* (2010), 41 (4), 679-698. DOI: 10.1111/j.1467-7660.2010.01653.x
- 9 So ein Gesprächspartner in einem Interview (São Paulo, April 2019), das im Rahmen des INFRAGLOB-Projekts geführt wurde.
- 10 Dies berichtete der Vertreter einer NGO in einem 2018 in Tete, Mosambik, geführten Interview im Rahmen der INFRAGLOB-Fallstudie.
- 11 Siehe Cezne 2019 in den Literaturtipps.

# Afrikas Infrastruktur und der globale Süden

## Das EU-Forschungsprojekt INFRAGLOB

Im März 2018 startete unter der Leitung von Prof. Dr. Jana Hönke das Forschungsvorhaben INFRAGLOB. Es befasst sich mit der Frage, wie aufstrebende Machtzentren im globalen Süden die herkömmliche Praxis internationaler Beziehungen, aber auch deren wissenschaftliches Verständnis herausfordern. Die Forschungsarbeiten stehen unter dem Leitthema „Africa’s Infrastructure Globalities – Rethinking Political Geographies from the Global South“ und werden über fünf Jahre vom Europäischen Forschungsrat (ERC) mit einem *ERC Starting Grant* gefördert.

Ausgangspunkt sind Infrastrukturprojekte im globalen Süden, insbesondere im Bereich der Nutzung von Bodenschätzen oder im Eisenbahn- und Schiffsverkehr. Auf diesen Gebieten sind chinesische und brasilianische Unternehmen derzeit die wichtigsten Investoren in Afrika. Sie führen neue Praktiken der Unternehmensführung ein und gestalten ihre Beziehungen zu gesellschaftlichen Akteuren oft anders, als es westlichen Normen und Erwartungen entspricht. Von besonderem Interesse ist dabei nicht zuletzt die Frage, welchen Einfluss diese Akteure des Südens auf aktuelle Bestrebungen haben, transnationale Unternehmensbeziehungen unter sozialen und ethischen Aspekten zu regulieren.

INFRAGLOB untersucht diese Fragen „von unten“: Es nutzt soziologische und anthropologische Ansätze, um Veränderungen aufzuspüren, die sich aus der

alltäglichen Aushandlung und Implementierung von Projekten und Standards ergeben. Dabei befassen sich die Forschungsarbeiten insbesondere mit chinesischen und brasilianischen Hafen- und Bergbauprojekten auf dem afrikanischen Kontinent. Sie folgen den Ingenieur\*innen und „Community Manager\*innen“, die diese Projekte in Afrika ausführen, aber auch zwischen Firmenzentralen und transnationalen Foren zur sozialen Regulierung vermitteln. Zudem betrachtet INFRAGLOB die spezifische transnationale Mobilisierung gegen wirtschaftliche Großprojekte in den Süd-Süd-Beziehungen und fragt, wie diese auf soziale und ethische Aspekte Einfluss nehmen (können). Dieser SPEKTRUM-Beitrag ist aus einer Fallstudie zum Engagement von Vale in Mosambik hervorgegangen.



### LINKTIPP



Projektnummer: 795798

**INFRAGLOB**

[www.infraglob.eu](http://www.infraglob.eu)



■ Abb. 1: Bauxit wird auf Eisenbahnwagen verladen und zum Hafen von Kamsar in Guinea transportiert. Das meiste Bauxit wird nach China exportiert (sst).



■ Abb. 2: Ein Frachtschiff im Hafen von Kamsar wird mit Bauxit, Aluminium und Eisenerz beladen (sst).

GESUNDHEIT

■ Uli Beisel  
Martin Doevenspeck  
Kennedy Wema Muhindo

# Vertrauen in Biomedizin?

Ebola zwischen  
technologischem Fortschritt  
und sozialem Widerstand

■ Eine von Unicef eingerichtete Handwaschstation zur Vorbeugung gegen Ebola-Infektionen (Foto: Martin Doevenspeck).



Das Ebola-Virus wurde in den 1970er Jahren in einem Missionskrankenhaus am Ufer des Ebola-Flusses in Zaire – der heutigen Demokratischen Republik Kongo (DRK) – entdeckt und damit erstmals in der Biomedizin bekannt. Über die nächsten 30 Jahre folgten etwa zwanzig kleine Ausbrüche, hauptsächlich in abgelegenen zentralafrikanischen Waldgebieten. Die Ausnahme war ein Ausbruch in der Stadt Gulu in Norduganda im Jahr 2000. Der erste Ebola-Ausbruch in Westafrika, in der Republik Guinea im Dezember 2013, entwickelte sich schnell zu einer Epidemie, die bis 2015 andauerte und sich vor allem auf die südlichen Nachbarländer Liberia und Sierra Leone erstreckte.

Der jüngste Ebola-Ausbruch in den Provinzen Nord-Kivu und Ituri in der Demokratischen Republik Kongo, der im August 2018 bekannt wurde, könnte genauso schwerwiegend werden wie die westafrikanische Epidemie. Momentan zählt die Weltgesundheitsorganisation 3.204 Fälle, wovon 2.142 Menschen starben und 1.004 die Infektion überlebt haben.<sup>1</sup> Obwohl es seit der Epidemie in Westafrika zahlreiche Innovationen in der Medizin gegeben hat, ist der Ausbruch weiterhin nicht unter Kontrolle. Langanhaltende gewalttätige Konflikte in der Region sowie tiefe Ressentiments der lokalen Bevölkerung gegenüber dem Staat und internationalen Akteuren erschweren die Ebola-Bekämpfung. Mehrfach kam es zu Gewalttaten bewaffneter Milizen. So wurden mehrere Ebola-Behandlungszentren angegriffen, die von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) oder von der Hilfsorganisation „Ärzte ohne Grenzen“ betrieben wurden. Im April 2019 fiel beispielsweise der kamerunische Arzt Richard V. Mouzoko Kiboung, der für die WHO tätig war, einem Mordanschlag zum Opfer.

## Gründe für Misstrauen und Widerstand

Für die lokale Bevölkerung in Nord-Kivu ist Ebola nur eine von vielen Krankheiten, mit denen sie leben muss. Einige sehen daher in der Aufmerksamkeit, die die Regierung und die internationalen Helfer Ebola schenken, ein Zeichen für eine versteckte Agenda. Weit verbreitet sind Gerüchte, dass die Krankheit nicht real, sondern eine politische List sei, mit der sich die üblichen Akteure bereichern. Oft wird dieses Misstrauen mit Ignoranz und Unverständnis erklärt, doch so einfach ist es nicht. Schon in der westafrikanischen Ebola-Epidemie war mangelndes Vertrauen in die biomedizinischen Interventionen ein großes Thema. In umfangreichen sozialwissenschaftlichen

Studien ließen sich dafür drei Hauptgründe identifizieren:

- Am Anfang einer Ebola-Erkrankung stehen hohes Fieber, Durchfall, Erbrechen und andere unspezifische Symptome, die unter anderem auch bei den Infektionskrankheiten Malaria und Cholera auftreten. Erst in späteren Phasen folgen charakteristische Symptome. Die lokale Bevölkerung in Westafrika hat – ebenso wie in Nord-Kivu – schnell gelernt, diese Symptome zu erkennen und notwendige Vorsichtsmaßnahmen zu treffen. Zudem hat sie etablierte Traditionen wie beispielsweise Beerdigungsriten dem Infektionsschutz angepasst.<sup>2</sup> Ein Problem bleibt allerdings die systematische medizinische Unterversorgung in Bezug auf andere Erkrankungen. In Nord-Kivu gab es beispielsweise seit Anfang 2019 18.201 Verdachtsfälle von Cholera; 325 Menschen sind an Cholera gestorben, weitere 3.667 Menschen an Malaria.<sup>3</sup> Wenn sich die medizinische Versorgung und internationale Aufmerksamkeit dennoch nur auf den Ebola-Ausbruch richtet, ist das für die Bevölkerung wenig vertrauensbildend.

- Die generelle medizinische Unterversorgung hat das Misstrauen gegenüber der biomedizinischen Versorgung, wie sie seitens nationaler oder internationaler Einrichtungen geleistet wird, gestärkt. Vor allem in ländlichen Gegenden vertrauen Menschen zu Recht auf die häusliche Pflege von Verwandten im Krankheitsfall. Eine internationale Fallstudie zur Ebola-Epidemie in Sierra Leone<sup>4</sup> hat gezeigt, dass Familien die Ebola-Zentren erst nach einer gewissen Zeit als eine Verbesserung der Versorgungssituation wahrgenommen haben.

Zu diesem Einstellungswandel kam es in drei Schritten: Familien begannen zu erkennen, dass die Personen, die sich an der Patientenbetreuung beteiligen, auch am meisten gefährdet sind, sich zu infizieren. Außerdem änderte sich angesichts einer steigenden Zahl von entlassenen Überlebenden die Wahrnehmung, dass Ebola-Behandlungszentren Orte seien, wohin Menschen nur zum Sterben gehen. Und schließlich erkannten Familien, dass Ebola-Behandlungszentren bessere Überlebenschancen bieten als reguläre Krankenhäuser oder häusliche Pflege. Wie auch andere Studien gezeigt haben, vollzog sich dieses soziale Lernen schnell. Viele lokale Praktiken wurden erfolgreich an die veränderten Realitäten angepasst, Infektionsschutz erfolgreich improvisiert.<sup>5</sup> Diese erfolgreiche Etablierung von Vertrauen in Ebola-Behandlungszentren war allerdings davon abhängig, dass der Kommunikationsfluss aus den

## AUTOR\*INNEN



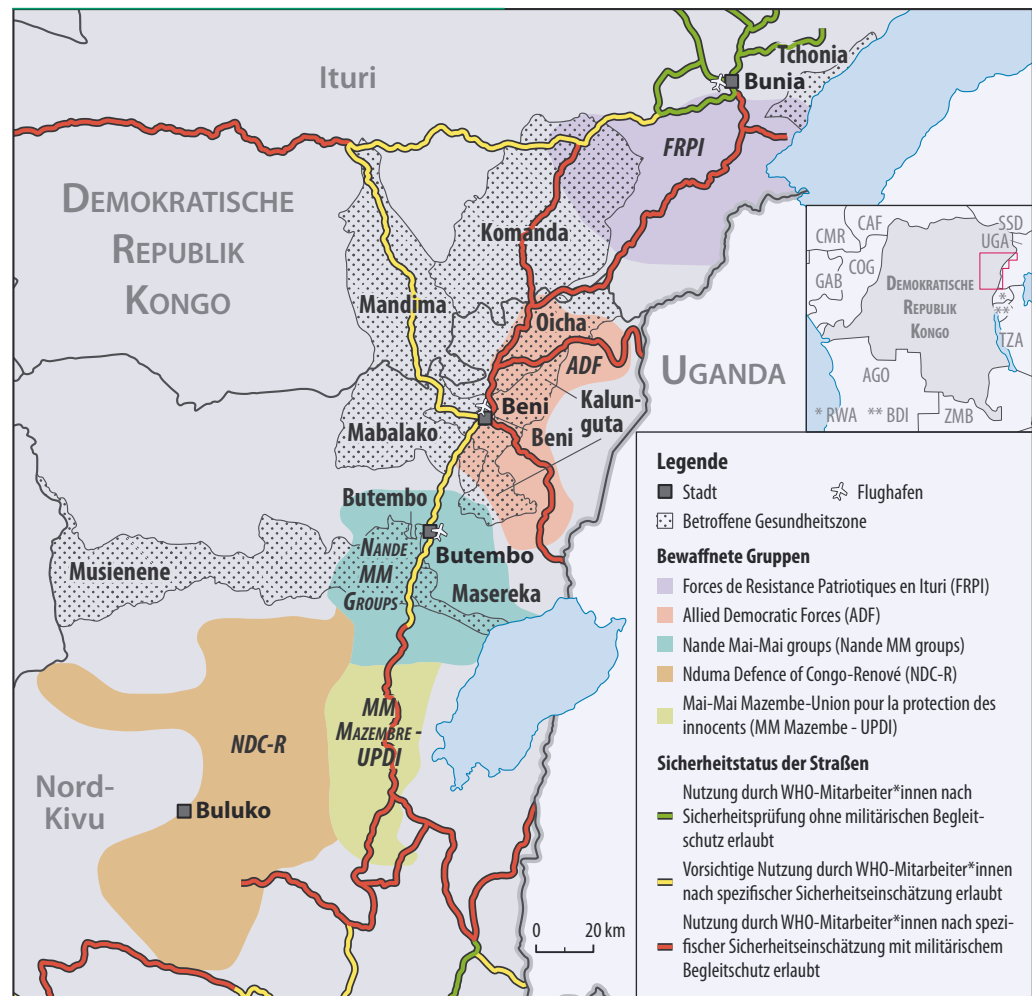
■ Prof. Dr. Uli Beisel ist Juniorprofessorin für Kultur und Technik in Afrika an der Universität Bayreuth und ist Mitglied des Exzellenzclusters „Africa Multiple“.



■ Prof. Dr. Martin Doevenspeck ist Professor für Politische Geographie an der Universität Bayreuth und ist Mitglied des Exzellenzclusters „Africa Multiple“.



■ Kennedy Wema Muhindo ist Kommunikationswissenschaftler und Forschungsassistent am Pole-Institut in Goma, Demokratische Republik Kongo.



■ Abb. 1: Grafik: Julia Blauhut  
(Quelle: Verändert nach WHO Health Emergencies Programme 2018, openstreetmap).

Ebola-Zentren in die umliegenden Gemeinden gut vorstatten ging. Oftmals jedoch unterbrachen Maßnahmen der Quarantäne und der Isolation unvorhergesehen den sozialen Kontakt und damit auch die Kommunikation. Wichtige Feedback-Mecha-

zwar Besucherzonen, und die Kommunikation mit den Familien von Patient\*innen und umliegenden Gemeinden wird ernst genommen. Dennoch erschweren die Grundprinzipien der Ebola-Behandlungszentren, nämlich eine zentrale Versorgung in einem hoch gesicherten und nur auf Ebola spezialisierten Behandlungszentrum, die Kommunikation zwischen Patient\*innen und Familien, Familien und Behandelnden sowie Behandelnden und umliegenden Gemeinden.

## „Die Überlebenschancen von Ebola-Infizierten haben sich deutlich verbessert, wenn frühzeitig medizinische Hilfe und Behandlung in Anspruch genommen wird.“

nismen fielen zeitweise aus, das Lernen aus positiven Erfahrungen wurde verzögert. Darüber hinaus entstanden Ungleichheiten zwischen denen, die Mitarbeiter\*innen in den Ebola-Behandlungszentren kannten, und denen, die niemanden dort kannten. So fanden Misstrauen und Gerüchte fruchtbaren Boden. Heutige Ebola-Behandlungszentren haben

■ Fehlendes Vertrauen basiert oft auf vorangehenden Erfahrungen mit inadäquaten Gesundheitssystemen und langjähriger staatlicher Vernachlässigung sowie der Ineffizienz oder sogar dem Scheitern von internationaler humanitärer Hilfe und Entwicklungsprojekten. Gerüchte, dass Ebola-Behandlungszentren Orte für Blutdiebstahl seien oder dass Ebola von den politischen Eliten oder internationalen Akteuren erfunden worden sei, erscheinen vielleicht auf den ersten Blick irrational und weit hergeholt.

Jedoch ist es wichtig anzuerkennen, dass viele dieser Überzeugungen in Erfahrungen wurzeln, die bis in die Kolonialzeit zurückreichen: Koloniale Gewalt ging mit medizinischen Experimenten und dem Diebstahl von Körperteilen einher, und bis heute halten die unethischen Praktiken der Blut- und Ebola-Probenentnahme und deren internationale Exporte an. So wurden während der westafrikanischen Ebola-Epidemie zehntausende Ebola-Blutproben ohne Zustimmung der Patient\*innen für Forschungszwecke aus Westafrika nach Europa und in die USA exportiert. Hier werden sie nun in Biobanken gelagert und der Forschung zur Verfügung gestellt.<sup>6</sup>



### Die Ebola-Epidemie in Nord-Kivu: Hindernisse bei ihrer Überwindung

In Nord-Kivu ist die Situation besonders schwierig: Der langjährige und bis heute andauernde Konflikt hat das Vertrauen in staatliche und internationale Akteure ausgehöhlt. Das Verhältnis zwischen Gesellschaft und Staat in den Ebola-Gebieten im Osten der DR Kongo ist maßgeblich davon geprägt, dass die von Milizen und der kongolesischen Armee ausgeübte exzessive Gewalt gegen die Bevölkerung weitgehend straflos bleibt. Nach Angaben des Kivu Security Tracker, der Übergriffe kontinuierlich dokumentiert,<sup>7</sup> haben Angreifer – darunter auch nicht- oder unterbezahlte staatliche Sicherheitskräfte – allein im Jahr 2018 in den Provinzen Nord- und Südkivu fast 900 Zivilisten getötet und 1.400 entführt. In der Region Beni ermordeten unterschiedliche bewaffnete Gruppen, darunter die ADF (Abb. 1), bei fast 100 Angriffen auf Dörfer und Städte rund 300 Menschen. Im ganzen Land gibt es zurzeit rund 4,5 Millionen Binnenvertriebene, 150.000 Menschen sind in Nachbarländer geflohen.

Der kongolesische Staat ist heute nicht in der Lage, sein Gewaltmonopol durchzusetzen.<sup>8</sup> Ursachen

*„Sie stellen fest, dass sich offenbar niemand wegen der täglichen Todesfälle Sorgen macht, die durch Malaria und andere Infektionskrankheiten, den Mangel an sauberem Wasser oder durch Operationen verursacht werden, die bei Kerzenschein stattfinden müssen, weil elektrischer Strom fehlt. ‚Ihr werdet gehen, wenn Ebola vorüber ist‘, habe ich zu hören bekommen, ‚aber wir werden dann immer noch hier sein und langsam an den Krankheiten sterben, die uns immer schon umgebracht haben.“*

Vinh-Kim Nguyen, Medizinethnologe und Arzt, der in Nord-Kivu für die internationale Organisation „Ärzte ohne Grenzen“ arbeitet<sup>13</sup>

hierfür sind Korruption, fehlende Infrastruktur sowie das weitgehende Scheitern von Demilitarisierungsprogrammen und Sicherheitssektor-Reformen. Vor allem aber fehlt der politische Wille. Infolgedessen sind allein in den Kivuprovinzen mehr als 140 bewaffnete Gruppen aktiv. Ethnische Massaker, Vergewaltigungen, Plünderungen und Zwangsrekrutierungen bleiben in der Regel ungesühnt. Die bewaffneten Gruppen sind meistens lokal gut verankert und werden von Akteuren auf internationaler, nationaler und regionaler Ebene benutzt, um ihre politischen und wirtschaftlichen Interessen durchzusetzen. Darüber hinaus aber sind auch staatliche Sicherheitskräfte für Menschenrechtsverletzungen in der DR Kongo verantwortlich – im Jahr 2018 für mehr als 50 Prozent aller Fälle.<sup>9</sup> Human Rights Watch hat diese Übergriffe sehr detailliert dokumentiert.<sup>10</sup> Auch wenn es in der Politischen Soziologie differenziertere Konzepte zur Analyse der lokal oft unterschiedlich ausgeprägten Gesellschaft-Staat-Beziehungen in der DR Kongo

■ Abb. 2: Ebola-Behandlungszentrum in Butembo, DRC (Foto: Kennedy Wema Muhindo).

■ Abb. 3: Patientenversorgung im Ebola-Behandlungszentrum in Butembo, DRC (Foto: Kennedy Wema Muhindo).



## LITERATURTIPPS

V.-K. Nguyen: An epidemic of suspicion – Ebola and Violence in the DRC. *New England Journal of Medicine* (2019), 380, 1298-1299. DOI: 10.1056/NEJMp1902682

B. Muhire Mwanga: Land, Power and Identity : The politics of scale and violent conflict in Masisi, DR Congo. Bayreuth 2017. DOI: 10.15495/EPub\_UBT\_00004373

P. Richards: Ebola: how a people's science helped end an epidemic. London 2016.

P. Richards et al.: Trust, and distrust, of Ebola Treatment Centers: A case-study from Sierra Leone. *PLOS ONE* (Im Erscheinen).



■ Abb. 4: Ebola-Behandlungszentrum in Butembo, DRC (Foto: Kennedy Wema Muhindo).

gibt<sup>11</sup>, genügt es an dieser Stelle festzuhalten, dass die meisten Kongoles\*innen dem Staat und seinen unberechenbaren Sicherheitskräften zutiefst misstrauen. Dieser umfassende Vertrauensverlust, das zeigt die aktuelle Ebolakrise, kann sich auch auf die Kooperationspartner eines Staates übertragen, der nicht zuletzt wegen der Suspendierung der Wahlen gerade in den vom Ausbruch betroffenen Gebieten verhasst ist. Trotz einiger Erfolge sind nach unzähligen Skandalen um Waffenhandel, sexuellen Missbrauch und finanzieller Bereicherung auch die UN-Friedensmission MONUSCO<sup>12</sup> sowie internationale Hilfsorganisationen bei weiten Teilen der Bevölkerung diskreditiert. Sie haben diese Skandale nicht verhindern können oder gerieten sogar in den Verdacht, daran beteiligt zu sein. „No Congo, no job“ kommentieren Kongoles\*innen lakonisch.

Alle drei beschriebenen Dynamiken – die medizinische Unterversorgung bei anderen Krankheiten, die Problematik der zentralisierten und auf Quarantäne ausgerichteten Ebola-Behandlungszentren sowie die langjährigen und existentiellen Erfahrungen mit staatlicher Vernachlässigung und Gewalt – erschweren die Kontrolle des Ebola-Ausbruchs in Nord-Kivu. Zentralistisch organisierte und isolierte Ebola-Behandlungszentren können nur dann Akzeptanz finden, wenn die lokale Bevölkerung ein Basisvertrauen in einen benevolenten und kompetenten Staat hat. Dafür aber fehlen in Nord-Kivu die nötigen Voraussetzungen. Es ist also in diesem Zusammenhang nicht irrational, den etablierten

Ebola-Behandlungsmethoden der Biomedizin zu misstrauen, sondern eine rationale Reaktion, die auf vorherigen, weit in die Geschichte zurückreichenden Erfahrungen mit dem Staat und internationalen Akteuren beruht.

Der technische Fortschritt in Präventions- und Behandlungsmethoden seit der Ebola-Epidemie in Westafrika ist beeindruckend: Es gibt nun zwei wirksame Impfstoffe, ein Medikament zur erfolgreichen Behandlung und viele Innovationen in der Pflege, die nähere Kontakte zwischen Patient\*innen und Behandelnden sowie ihren Familien ermöglichen. Die Überlebenschancen von Ebola-Infizierten haben sich daher deutlich verbessert, wenn frühzeitig medizinische Hilfe und Behandlung in Anspruch genommen wird. Dies mindert aber nicht die durch Ebola bedingten sozialen Herausforderungen in Nord-Kivu. Damit Vertrauen in die Biomedizin wachsen kann, ist es erforderlich, dass die Ebola-Virus-Krankheit in einem breiteren gesellschaftlichen Rahmen verstanden wird, in dem Gesundheit allgemein und das Wohlbefinden aller Bürger im Vordergrund stehen. Es ist daher unerlässlich, dass die nationale Regierung und die internationale Gemeinschaft in der Praxis nachweist, dass es ihnen nicht nur darum geht, einen hochansteckenden Krankheitsausbruch zu isolieren und zu bekämpfen, sondern auch darum, die langfristige gesundheitliche und gesellschaftliche Situation der Bevölkerung zu verbessern. Erst dann kann Vertrauen in die Biomedizin und ihre Interventionen entstehen.

- 1 Stand: Anfang Oktober 2019.
- 2 P. Richards (2016), siehe Literaturtipps.
- 3 WHO: Ebola, cholera and measles: Triple threats to the poorest communities in the Democratic Republic of the Congo. [www.afro.who.int/news/ebola-cholera-and-measles-triple-threats-poorest-communities-democratic-republic-congo](http://www.afro.who.int/news/ebola-cholera-and-measles-triple-threats-poorest-communities-democratic-republic-congo)
- 4 Siehe S. 73.
- 5 P. Richards (2016).
- 6 E. Freudenthal: Ebola's lost blood: row over samples flown out of Africa as 'big pharma' set to cash in. *The Telegraph*, Feb. 6, 2019 (online).
- 7 <https://kivusecurity.org>
- 8 Vgl. B. Muhire Mwanga (2017), siehe Literaturtipps.
- 9 So ein Bericht der Vereinten Nationen.
- 10 [www.hrw.org/world-report/2019/country-chapters/democratic-republic-congo](http://www.hrw.org/world-report/2019/country-chapters/democratic-republic-congo)
- 11 S. Perazzone: „Shouldn't You Be Teaching Me?“ State Mimicry in the Congo. *International Political Sociology* (2018), Vol. 13 (2), 161-180. DOI: 10.1093/ips/oly023
- 12 Die *Mission de l'Organisation des Nations unies pour la stabilisation en République démocratique du Congo*, kurz MONUSCO, ist derzeit eine der weltweit größten UN-Friedensmissionen.
- 13 V.-K. Nguyen (2019), 1299, siehe Literaturtipps.



# Aktuelle Forschungsprojekte zu Ebola

Ein internationales Forschungsvorhaben hat von 2016 bis 2019 unter der Leitung von Prof. Dr. Uli Beisel an der Universität Bayreuth und Dr. Sung-Joon Park an der MLU Halle-Wittenberg untersucht, welche Folgen die Ebola-Epidemie in Westafrika für das Vertrauen der Menschen in die Biomedizin hatte. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) hat das Projekt im Rahmen der „Deutsch-afrikanischen Kooperationsprojekte in der Infektiologie“ gefördert. Eine Fallstudie zu Sierra Leone zeigte, wie wichtig partizipative Beteiligungsmechanismen und erfahrungsbasiertes Lernen sind, wenn eine Bevölkerung von derartigen gesundheitlichen Herausforderungen betroffen ist. Als die Epidemie im Frühjahr 2014 ausbrach, war das Land infolge von Bürgerkriegen, wirtschaftlichen Strukturreformen und armutsbedingten Erkrankungen erheblich geschwächt. Da die Viruserkrankung zum ersten Mal in Sierra Leone auftrat, war die Bevölkerung anfangs nur unzureichend über den Ebola-Virus und seine Folgen informiert. Daher reagierte sie weitgehend mit Unverständnis auf die stark in das Sozialleben eingreifenden Maßnahmen wie Quarantänen, mit denen staatliche Behörden und internationale Akteure die Ausbreitung des Virus einzudämmen suchten.

In Gesprächen mit Patient\*innen, Krankenpfleger\*innen und Ärzt\*innen stellte sich heraus, dass viele Versprechen, die während der Krise von staatlichen Akteuren getroffen wurden, nach dem Abflauen der Epidemie nicht eingehalten wurden. Das medizinische Personal vor Ort hat daher vielfach das Vertrauen in eine nachhaltige Kapazitätsstärkung des

Gesundheitssystems und effektive Maßnahmen zur Behandlung und Verhütung von hochinfektiösen Krankheiten wie Ebola verloren. Die Studie zeigt daher deutlich: Der in der Biomedizin vorherrschende Ansatz, der auf der Weitergabe von medizinischem Wissen und Handlungsanweisungen beruht, reicht für eine effektive Bekämpfung von Infektionskrankheiten bei weitem nicht aus. Stattdessen sind ganzheitlich ausgerichtete Konzepte im Bereich *Public Health* erforderlich, die auch die systemischen, sozialen und psychologischen Voraussetzungen einer nachhaltigen Vertrauensbildung einbeziehen. Dies gilt insbesondere auch in Ländern, in denen Armut verbreitet ist und viele Menschen nur einen unzureichenden Zugang zu öffentlichen Gesundheitsdienstleistungen haben.

Ein weiteres Forschungsvorhaben, an dem Prof. Dr. Martin Doevenspeck von der Universität Bayreuth beteiligt ist, befasst sich mit sozialanthropologischen Voraussetzungen der Ebola-Bekämpfung und -Verhütung in der Demokratischen Republik Kongo. Es wird von Dr. Sung-Joon Park sowie von Dr. Nene Morisho koordiniert, der an der Bayreuth International Graduate School of African Studies (BIGSAS) promoviert hat und heute das Pole Institute in Goma (DRC) leitet. In interdisziplinärer Zusammenarbeit von Sozialwissenschaftler\*innen und Mediziner\*innen sollen konkrete Handlungsempfehlungen entwickelt werden, die auf die Entwicklung von Vertrauen sowie auf eine deutlich verbesserte medizinische Behandlung und Pflege von Patient\*innen abzielen. Das Projekt wird von der elrha, einer weltweit tätigen NGO, gefördert.



■ Abb. 1: Ein Straßenschild in der DR Kongo warnt vor der Ansteckungsgefahr durch Ebola (Foto: Sergey Uryadnikov / Shutterstock.com).



■ Abb. 2: Eingangsbereich eines Krankenhauses in Kenema, Sierra Leone (Foto: wikimedia commons / CC-BY-SA-3.0 / Leasmhar).



■ Eric A. Anchimbe

# Sprachen und Identitäten in Afrika

Von ethnischen Sprachen bis zu sozialen Codes

■ Jugendliche in Afrika konstruieren ihre sprachliche Identität oft durch einen sozialen Code, der für die Mitgliedschaft innerhalb der eigenen Gruppe konstitutiv ist (sst).

In politischen Kreisen ist es eine weit verbreitete Gewohnheit, afrikanischen Ländern sprachliche Identitäten zuzuschreiben, die ihre Wurzeln im Kolonialismus haben. Obwohl diese Länder längst unabhängig sind, wirkt die Definitionsmacht des Kolonialismus in Begriffen wie „anglophones Afrika“, „frankophones Afrika“ und „lusophones Afrika“ immer noch nach. Doch diese Einteilungen spiegeln nur *einen* Aspekt der sprachlichen Vielfalt dieser Länder wider, nämlich die unterschiedlichen Amtssprachen, die ein Erbe des Kolonialismus sind. Sie blenden das weite Spektrum anderer – sprachlicher und nicht-sprachlicher – Identitäten aus, die im Leben der Menschen mindestens ebenso bedeutsam sind: als Projektionen, Formen der Zugehörigkeit, Bezugspunkte ihres Handelns oder auch als Mittel zum Zweck, auf das sie unter bestimmten Umständen, manchmal sogar täglich zurückgreifen. Seit dem Ende des Kolonialismus bauen die Bürger\*innen afrikanischer Staaten ihre Identitäten auch auf ihrer jeweiligen Muttersprache auf, die mit der offiziellen Amtssprache nicht identisch sein muss. Ebenso sind Sprachen ethnischer Gruppierungen, Mehrsprachigkeit, soziale Codes oder gemischte Sprachen wie Pidgins oder Kreolisch identitätsbildend.<sup>1</sup> So gibt es in afrikanischen Gesellschaften oft ein Nebeneinander verschiedener Sprachen. Darüber hinaus finden die Afrikaner\*innen auch in ihrer Religion, Nationalität, ethnischen Zugehörigkeit und Kultur sowie in ihrem sozialen Status charakteristische Merkmale eigener Identität. Ein und dieselbe Person kann mehrere Identitäten in sich vereinen und diese, entsprechend den jeweiligen Umständen, nach außen tragen oder verbergen.

**„Zwei- oder mehrsprachig zu sein, ist in den meisten afrikanischen Ländern die Norm.“**

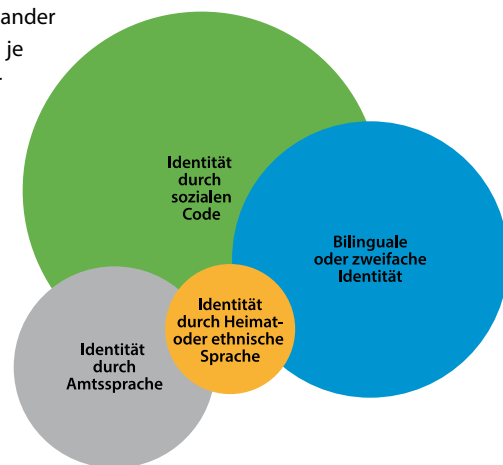
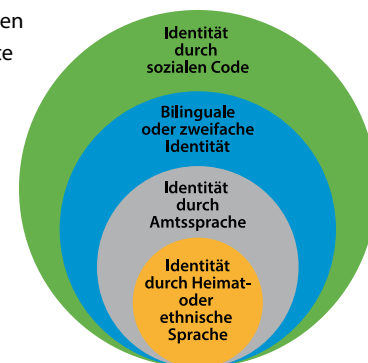
Es lohnt sich, die verschiedenen Identitäten genauer zu untersuchen, die sich Afrikaner\*innen seit dem Ende des Kolonialismus aneignen. Die Sprache ist für *alle* diese Identitäten von zentraler Bedeutung, da sie durch die Sprache artikuliert werden. Im folgenden soll es speziell um die *sprachlichen* Identitäten in Afrika gehen – um ihre Bedeutung im Leben derjenigen, die sie sprechen, und darum, wie diese Identitäten konstruiert sind. Die dabei zu unterscheidenden Kategorien sind in vielen afrikanischen Ländern auf ähnliche Weise anzutreffen. Allerdings gibt es Ausnahmen, da jedes Land seine eigene Dynamik hat.

## Sprachliche Identitäten und Zwiebeln: Was haben sie gemeinsam?

Ein Rückblick auf die Geschichte der komplexen Identitäten in Afrika zeigt, dass der Kontinent schon vor dem Beginn des Kolonialismus mehrsprachig und multiethnisch war. Die ausgeprägte Mobilität der Menschen in Afrika, die sich beispielsweise in den Handelsbeziehungen und der Arbeitsmigration zeigt, lässt sich zu einem gewissen Grad mit dieser jahrhundertealten Vermischung von Sprachen und Bevölkerungen erklären.<sup>2</sup> Der Kolonialismus fügte dieser bereits bestehenden Pluralität neue Identitätsschichten hinzu, die Kolonialsprachen waren eine davon. Den Menschen fiel es nicht schwer, die neu hinzukommenden Identitäten zu akzeptieren, weil sie sich bereits in der Vergangenheit für ähnliche Prozesse offen gezeigt hatten. Sie waren an neue Sprachen, Ethnien und Bedeutungsformen gewöhnt. Diese Offenheit für multiple Identitäten hat die Kolonialzeit überdauert und hält bis heute an. Ein Beweis hierfür ist die mühelose Leichtigkeit, mit der vielfältige Identitäten in täglichen Interaktionen verhandelt werden. Für die Forschung öffnet sich hier ein weites Feld für soziolinguistische Analysen – angefangen von den Feinheiten einzelner sprachlicher Botschaften bis hin zu komplexen Prozessen der Integration in die Gesellschaft.

Was haben diese Identitäten aber nun mit Zwiebeln gemeinsam? Wie die Schichten einer Zwiebel können auch sprachliche Identitäten übereinander geschichtet oder abgestreift werden – je nachdem, ob sie benötigt werden oder nicht. **Abb. 1** veranschaulicht die zwiebelartige Struktur dieser Identitäten, die für den afrikanischen Kontinent charakteristisch ist. Wie **Abb. 2** beispielhaft zeigt, kann dabei jede sprachliche Identität so gehandhabt werden, als sei sie vorrangig gegenüber den jeweils anderen Identitäten. Die innerste Schicht bildet die durch die Muttersprache oder die Sprache der eigenen ethnischen Gruppe begründete Identität. Darauf folgen – abhängig von den jeweiligen Umständen des Spracherwerbs – die Identitäten, die sich auf die Amtssprache des eigenen Landes, auf Mehrsprachigkeit oder auf soziokulturellen Code gründen.

Eine Reihe von Studien haben gezeigt, wie postkoloniale Identitäten in Afrika oder in den Ländern



■ **Abb. 1 (oben):** Sprachliche Identitäten in Afrika sind den Schichten einer Zwiebel vergleichbar.

■ **Abb. 2 (unten):** In täglichen Aushandlungsprozessen können situationsbedingt bestimmte sprachliche Identitäten herausgestellt oder in den Hintergrund gerückt werden.

(Grafiken: Eric A. Anchimbe / Christian Göppner)

## AUTOR



■ PD Dr. Eric A. Anchimbe ist Akad. Oberrat für Englische Sprachwissenschaft an der Universität Bayreuth und ist Mitglied des Exzellenzclusters „Africa Multiple“.

der afrikanischen Diaspora sprachlich ausgehandelt werden. So entwickeln beispielsweise Kinder in Kamerun, deren Elternteile verschiedenen Kulturen angehören und verschiedene Sprachen sprechen, eine „Linguabridity“<sup>3</sup>: Sie konstruieren sich selbst als „Hybride“, die in jeder der beiden Sprachen und Kulturen zuhause sind und diese miteinander verschmelzen. Insgesamt gesehen, sind die Strategien der Konstruktion und Aushandlung sprachlicher Identitäten in den meisten vielsprachigen postkolonialen Gesellschaften Afrikas einander ähnlich. Wo es Unterschiede gibt, sind diese bedingt durch

- einen speziellen Sprachenmix, in dem frühere Kolonialsprachen, Pidgins, Kreolisch und indigene Sprachen zusammenfließen,
- die verschiedenen Wege, auf denen sich der Kolonialismus ausgebreitet hat, und seine mehr oder weniger lange Dauer,
- die offizielle „Sprachpolitik“ eines Landes und ihre praktische Umsetzung.

Im folgenden sollen die einer Zwiebel ähnlichen Schichten der Identität genauer betrachtet werden.

### Heimatsprachen und ethnische Sprachen

Jede dieser Sprachen ist an eine bestimmte Region – oder auch an eine Dorfgemeinschaft oder eine Stadt – gebunden, die geographische Grenzen, eine Kultur und eben auch eine bestimmte Sprache hat. Wer eine Heimatsprache oder ethnische Sprache spricht, ist auf diese Weise Mitglied einer Gruppierung, die ihre Kultur und ihre Weltsicht eben durch diese Sprache weitergibt. Es ist *diese* Sprache, die den Gruppenmitgliedern eine linguistische Identität verleiht. Wer im Verlauf der Kommunikation in die Heimat- oder die ethnische Sprache wechselt, schließt Nicht-Mitglieder der Gruppe aus der Kommunikation aus. Dadurch ist diese Sprache für die Mitgliedschaft in der Gruppierung konstitutiv: Sie begründet die Zugehörigkeit zu deren Normen, Gewohnheiten und Traditionen.

In den meisten afrikanischen Gemeinschaften ist eine Heimatsprache oder ethnische Sprache die erste erlernte Sprache. Sie wird in der Regel zu Hause in der Familie erworben. Dies macht diese Sprache für die meisten Menschen zum innersten Kern ihrer sprachlichen „Identitätszwiebel“. Erst später werden in der eigenen Nachbarschaft oder in der Schule regionale Sprachen, Behördensprachen oder im Schulunterricht verwendete Sprachen (wie etwa das Swahili in Tansania) gelernt. Manche Menschen haben

sogar eine enge Bindung an eine ethnische Sprache, die sie selbst nicht sprechen: und zwar allein deshalb, weil ihre Eltern aus der Gruppierung stammen, in der diese Sprache gesprochen wird.

### Amtssprachen und Landessprachen

Der Begriff der Amtssprache wurde durch den Kolonialismus eingeführt. In fast allen afrikanischen Ländern, die kolonisiert wurden, ist eine koloniale Sprache die einzige Amtssprache oder zumindest eine von mehreren Amtssprachen. Länder wie Nigeria haben sich für die Politik eines Sprachenmix entschieden: Die ehemalige Kolonialsprache ist die Amtssprache, daneben haben drei Heimatsprachen den Status von Landessprachen. Tansania wählte die Zweigleisigkeit von Swahili und Englisch als Amtssprachen. Das von Frankreich und Großbritannien kolonisierte Kamerun entschied sich für eine Politik der französisch-englischen Zweisprachigkeit. Einige Länder hingegen haben, als sie unabhängig wurden, ihre Heimatsprachen nicht als Amtssprachen zugelassen. Infolgedessen ist ihre nationale sprachliche Identität auf Kolonialsprachen aufgebaut: Es sind anglophone, frankophone und lusophone Länder.

Die von der Amtssprache gestiftete sprachliche Identität ist in der Regel die zweite Identitätsschicht, weil diese Sprache üblicherweise erst nach der Heimat- oder ethnischen Sprache gelernt wird. Diese Sprache ist den Menschen als Mitgliedern ihrer Nation gemeinsam – als Medium der schulischen Bildung, der Gesetzgebung oder internationaler Transaktionen. Sie ist daher ein Symbol für Aufstieg, beruflichen Erfolg und sozialen Status. Mit Bezug auf Dichotomien wie „modern – primitiv“, „fortschrittlich – konservativ“, „Stadt – Land“ wird die Amtssprache in manchen gesellschaftlichen Kontexten den Heimat- und ethnischen Sprachen entgegengesetzt. Dadurch gewinnt sie identitätsstiftende Merkmale über ihre Funktionen als landesweit einheitliches Medium der Kommunikation hinaus.

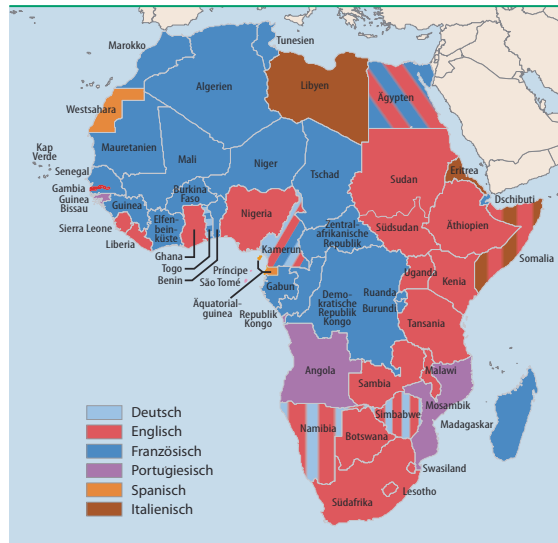
### Bilinguale und doppelte Identitäten

Zwei- oder mehrsprachig zu sein, ist in den meisten afrikanischen Ländern die Norm. Oft wird diese Identität auch von dem „kulturellen Gepäck“ bestimmt, das Sprachen mit sich führen. Dies bedeutet: Einige Menschen sind in der Lage, zwei Sprachen zu sprechen und dabei eine aktive Zugehörigkeit zu den Kulturen zu praktizieren, die durch diese Sprachen vermittelt

1 R. B. LePage, A. Tabouret-Keller: Acts of Identity: Creole-Based Approaches to Language and Ethnicity. Cambridge 1985.

2 Vgl. dazu S. Mufwene: The Ecology of Language Evolution. Cambridge 2001.

3 E. A. Anchimbe (2007), siehe Literaturtipps.



werden. In diesem Fall besitzen sie eine bilinguale Identität (*bilingual identity*). Zweisprachig zu sein, bedeutet aber auch: Einige Menschen können eine zweifache Identität (*dual identity*) besitzen: Sie praktizieren die aktive Zugehörigkeit zu zwei ethno-kulturellen Gruppen, aber können nur eine der beiden Sprachen sprechen; dabei gehören sie von Geburt derjenigen Gruppe an, deren Sprache sie *nicht* sprechen.

Wenn man beobachtet, wie Afrikaner\*innen während ihrer täglichen Interaktionen zwischen verschiedenen Sprachen hin- und herwechseln, tritt deutlich zutage, dass fast jede\*r eine bilinguale oder doppelte Identität hat. Dabei sind in den Ländern Afrikas unterschiedliche Sprachkombinationen verbreitet: In Kamerun wird einerseits die gleichzeitige Beherrschung und Anwendung der beiden Amtssprachen Englisch und Französisch und somit eine bikulturelle Identität gefördert, andererseits verbinden viele Menschen eine dieser Amtssprachen mit einer der sehr zahlreichen Heimatsprachen, die es im Land gibt. In anderen Ländern Afrikas wiederum sind andere Kombinationen verbreitet: eine Heimatsprache in Verbindung mit einer regionalen *lingua franca*, oder auch eine Amtssprache und eine Landessprache, die nicht den Status einer Amtssprache hat.

### Soziale Codes

Meistens sind es Jugendliche, die ihre sprachliche Identität für ihre soziale Gruppe konstruieren. Das Ziel ist es, der eigenen Gruppe einen Code für die interne Kommunikation zu geben und alle anderen davon auszuschließen. Der Code ist möglicherweise

- ein Slang,
- ein Bündel lexiko-semantischer Merkmale innerhalb einer Sprache
- eine Pidginsprache oder Kreolsprache

- oder eine neue Sprachmischung, zum Beispiel ein Mix aus zwei verschiedenen Sprachen.

Im letzteren Fall nutzen die Sprecher ihr mehrsprachiges Repertoire, um einen Code für ihre eigene Gruppe zu entwickeln. Beispiele hierfür sind das Camfranglais in Kamerun oder auch Sheng und Engsh in Kenia. Ein Beispiel für eine Pidginsprache ist das Pidgin English in Ghana. Es fungiert als ein identitätsstiftendes Merkmal hauptsächlich für männliche Jugendliche, die sich selbst für „tough“ halten. In allen diesen Fällen ist die Mitgliedschaft in der jeweiligen Gruppe in der Beherrschung ihres sozialen Codes begründet.

### Sprachliches Identitätsmanagement

Sprachliche Identitäten in Afrika sind keine gleichbleibenden Merkmale. Ob die Menschen sie nach außen zu erkennen geben oder nicht, hängt wesentlich von den jeweiligen Herausforderungen ab, denen sie sich in ihren sozialen Interaktionen gegenübersehen. Es gibt Situationen, in denen die in einer Amtssprache begründete Identität betont und als hauptsächliche sprachliche Identität in den Vordergrund gerückt wird, während die gleichzeitig vorhandene, in einer Heimatsprache gegründete Identität bewusst als nebensächlich dargestellt oder sogar unterdrückt wird. Ebenso können Umstände eintreten, in denen es sich genau umgekehrt verhält. Das „Management“ der eigenen sprachlichen Identitäten ist in jedem Fall ein komplexer Prozess, den die Menschen in Afrika von Kindheit an lernen und der oft Teil ihrer Überlebensstrategien ist. Wer das sprachliche Identitätsmanagement beherrscht, beweist auf diese Weise soziale Kompetenz, ungeachtet auf welcher gesellschaftlichen Ebene – sei es als Mitglied einer ethnischen Gruppierung, einer Nation oder einer sozialen Gruppe.

■ Abb. 3 (links): Amts- und Landessprachen in den Ländern Afrikas (Grafik: wikimedia commons / Maximilian Dörrbecker (Chumwa)).

■ Abb. 4 (rechts): Die Verbreitung der ehemaligen Kolonialsprachen in den Ländern Afrikas (Grafik: Christian Göppner).

### LITERATURTIPPS

- E. A. Anchimbe: Language Policy and Identity Construction. Amsterdam 2013.
- E. A. Anchimbe: Hybrid Linguistic Identities in Postcolonial Africa: The Intricacy of Identity Opportunism in Multilingual Cameroon, in F. Heidemann, A. de Toro (eds.): New Hybridities: Societies and Cultures in Transition. Leipzig 2006, 237-261.
- E. A. Anchimbe (ed.): Linguistic Identity in Postcolonial Multilingual Spaces. Newcastle 2007.



■ Rémi Armand Tchokothe

# Eine europäische Grenze in Afrika

## Die Komoren im Fokus literarischer Kritik

■ Ein öffentliches Schild am Hafen von Moroni betont die dauerhafte Zugehörigkeit von Mayotte zu den Komoren (Foto: Rémi A. Tchokothe). Kleines Bild: Der Archipel der Komoren im Indischen Ozean (Karte: wikimedia commons / CC BY-SA 3.0 / NordNordWest).

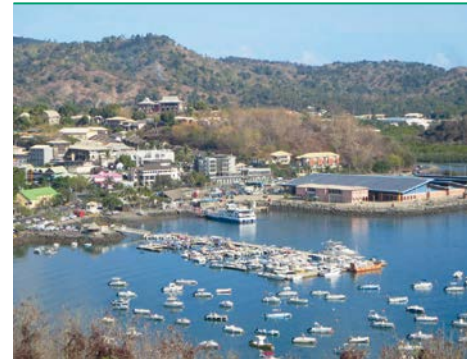
Bei einem ersten Blick auf die Weltkarte stellen die Komoren, ein aus vier Hauptinseln bestehender Archipel im Indischen Ozean, eine geographische Einheit dar. Doch eine sehr wechselvolle, in vieler Hinsicht vom Kolonialismus geprägte Geschichte hat dazu geführt, dass die politischen, sozialen und kulturellen Verhältnisse heute sehr vielschichtig sind:

■ Seit 2001 bilden drei der vier Hauptinseln – Grande Comore, Anjouan und Mohéli – sowie einige kleinere Inseln die „Union der Komoren“, einen selbstständigen föderalen Inselstaat. Die vierte Hauptinsel, Mayotte, wurde 2011 als 101. Département in die Republik Frankreich integriert und ist seit dem 1. Januar 2014 ein Teil der Europäischen Union. Ausgangspunkt dieser „Spaltung“ war ein Referendum im Jahr 1974: Auf Mayotte stimmten mehr als 63 Prozent der Wähler\*innen für einen Verbleib bei der ehemaligen Kolonialmacht Frankreich, auf den drei anderen Inseln votierten hingegen weit über 90 Prozent für die politische Unabhängigkeit. Gestützt auf eine restriktive Einwanderungspolitik Frankreichs, grenzen sich heute weite Teile der Bevölkerung auf Mayotte bewusst von den Nachbarinseln ab. In der Endrunde der französischen Präsidentschaftswahl 2017 erhielt Marine Le Pen als Kandidatin des Front National, die mit rigorosen Einwanderungsgesetzen für sich geworben hatte, rund 43 Prozent der Stimmen. Offensichtlich fürchtete man, Einwanderung von den Nachbarinseln gefährde den eigenen Wohlstand. Schon 2016 hatte es auf Mayotte Proteste und gewalttätige Übergriffe gegen sogenannte „Migranten“ gegeben, die von einigen Gruppierungen für steigende Kriminalität und Arbeitslosigkeit verantwortlich gemacht wurden. 2018 führten erneute Unruhen zu Gesprächen mit der Regierung in Paris, die auf eine Verschärfung des Kampfes gegen „illegale Migration“ abzielten. Um diesen Willen zur Verschärfung öffentlich auf pointierte Weise zu demonstrieren, ist Staatspräsident Emmanuel Macron bei einem Besuch am 22. Oktober 2019 mit einem modernen Schnellboot (*Intercepteur*) von Petite Terre, einer kleinen zu Mayotte gehörigen Nebeninsel, auf die Hauptinsel gefahren.

■ Doch zugleich haben die Inseln des Komoren-Archipels vieles gemeinsam: historische Erfahrungen, die weit in die vorkoloniale Zeit zurückreichen, Sprachen, Traditionen und religiöse Orientierungen, aber auch die kulturelle Diversität der lokalen Bevölkerung. Bis heute gibt es zwischen den Bewohner\*innen verschiedener Inseln zahlreiche familiäre Verbindungen. Daher werden Überfahrten nach Mayotte nicht

als „Migration“ ins fremde Ausland, sondern als Mobilität innerhalb eines historisch, sozial und kulturell zusammengehörigen Archipels erlebt. Vor diesem Hintergrund haben die Regierung der Komoren, die Afrikanische Union und auch die UNO verschiedene diplomatische Initiativen gestartet, um den Status von Mayotte zu ändern. Sie scheiterten jedoch stets an Frankreich, das als Ständiges Mitglied des UN-Sicherheitsrats mittlerweile 22 diesbezügliche UN-Resolutionen ignoriert hat.

Bei genauerem Hinsehen werden in diesen komplexen Verhältnissen Strukturen und Entwicklungen erkennbar, welche die Beziehungen zwischen Afrika und Europa insgesamt betreffen. Obgleich Mayotte zu Frankreich gehört und seiner Inselbevölkerung manche Vorteile und Privilegien bietet, sehen sich hier zahlreiche Menschen benachteiligt. Auf breite öffentliche Resonanz stieß eine Initiative im Jahr 2016, die sich gegen die hohen Lebenshaltungskosten auf der Insel richtete. Im Kern handelte es sich um einen an Frankreich gerichteten Appell, dafür zu sorgen, dass die Bevölkerung auf Mayotte die gleichen wirtschaftlichen Vorteile genießt wie französische Staatsbürger anderswo. Zudem ist Shimaoré, die Sprache der mahorischen Bevölkerung, gegenüber dem Französischen als einziger Amtssprache benachteiligt. Beide Sprachkulturen existieren nebeneinander, ohne dass es im beiderseitigen Austausch zu einer kreativen Weiterentwicklung käme. Weit verbreitet ist der Eindruck, Shimaoré solle gezielt zurückgedrängt werden. Infolgedessen spiegeln sich in den *innerstaatlichen* Beziehungen zwischen Mayotte und Frankreich noch die alten Nord-Süd-Beziehungen zwischen einer europäischen Kolonialmacht und seinen afrikanischen Kolonien wider.



■ Abb. 1: Blick auf den Hafen von Mamoudzou, der Hauptstadt des französischen Übersee-Départements Mayotte (Foto: wikimedia commons / CC-BY-2.0 / David Stanley).

■ Abb. 2: Rémi Tchokothe und Samir Dupont, Mitarbeiter eines komorischen Radiosenders in Domoni auf der Komoreninsel Anjouan. Bei klarer Sicht kann man bis zur Küste von Mayotte blicken (Foto: Mr. Kamal)



■ Abb. 3: Die Grande Mosquée du Vendredi am Hafen der komorischen Hauptstadt Moroni (Foto: Rémi A. Tchokothe).

## AUTOR



■ Dr. Rémi Armand Tchokothe ist Akademischer Rat a. Z. am Lehrstuhl Afrikanistik II der Universität Bayreuth und Mitglied des Exzellenzclusters „Africa Multiple“. Er ist Absolvent der Bayreuth International Graduate School of African Studies (BIGSAS).

Von den Inseln der komorischen Union aus gesehen, stellt sich Mayotte allerdings nicht als benachteiligte Insel, sondern als Sehnsuchtsort dar. So fanden beispielsweise 1997 Demonstrationen auf der Nachbarinsel Anjouan statt, die einen Anschluss an Frankreich forderten. Von einer Rekolonisierung durch Frankreich erhoffte man sich ökonomische und soziale Vorteile, wie sie vermeintlich auf der Insel Mayotte schon realisiert waren. Auch heute, trotz der mittlerweile verschärften Visumsbestimmungen, versuchen die Menschen auf den benachbarten Komoreninseln nahezu täglich, in kleinen „Kwassakwassa“-Booten nach Mayotte überzusetzen. Hier wollen sie Familienmitglieder wiedersehen, medizinische Versorgungszentren aufsuchen, eine bessere Schulausbildung für Ihre Kinder sichern oder langfristig Arbeit finden. Doch sehr oft kentern die Boote, ohne dass Aussicht auf Rettung besteht. Von der internationalen Öffentlichkeit und den Medien unbeachtet, ereignen sich fast täglich Tragödien wie im Mittelmeer, wo Menschen aus Afrika bei dem Versuch sterben, Lampedusa und andere Inseln europäischer Staaten zu erreichen. Die 70 Kilometer breite Wasserstraße, welche die Komoreninseln Anjouan und Mayotte voneinander trennt, wird daher von den Komorenern als „der größte Seefriedhof der Welt“ bezeichnet.



■ Abb. 4: Nassur Attoumani am Strand von Mayotte (Foto: Rémi A. Tchokothe).

Die historische und politische Geographie der Komoren inspiriert auch die Literatur – sei es auf skurrile, komödiantische oder auch auf zornige, aggressive Weise. Im folgenden sollen zwei literarische Werke genauer betrachtet werden. Deren Autoren, Nassur Attoumani und Soeuf Elbadawi, sind beide



in der komorischen Hauptstadt Moroni geboren. Sie wollen mit ihren Werken kritische Reflexionen über politische und geographische Aspekte des Lebens auf dem Archipel herausfordern und dabei die Nachwirkungen des Kolonialismus sichtbar machen.

## „Todesvisa“

Das Theaterstück „Autopsie eines toten Körpers“ (*Autopsie d'un Macchabée*) von Nassur Attoumani ist ein satirisches Kammerspiel. Vier Personen befinden sich auf der Bühne: Macchabée, ein toter Körper; Mahossa, ein Einwohner von Mayotte und fundamentalistischer Muslim; Chikungunya, ein forensischer Pathologe, der nach einer tropischen Viruserkrankung benannt ist; und Iblis, der verstoßene Satan. Mahossa entdeckt Macchabée in einem Mangrovensumpf auf der Insel Mayotte. Er freut sich, dass die Dorfbewohner den Leichnam, entsprechend den Vorschriften des Islam, sofort auf dem Friedhof begraben wollen. Doch Chikungunya interveniert: Als Sprecher der Republik Frankreich fordert er die Einhaltung der auf der Insel geltenden Gesetze. Er besteht auf einer Autopsie, wobei er juristische Präzision und wissenschaftliche Objektivität auf unfreiwillig komische Weise zueinander in Beziehung setzt. So markiert der Forensiker einen Gegensatz zwischen den kulturellen Praktiken der mehrheitlich muslimischen Mahorianer und den juristischen Ansprüchen Frankreichs. Er beschuldigt den Leichnam, der von der Nachbarinsel Grande Comore stammt, sich illegal auf französisches Territorium begeben zu haben. Mittels





der Autopsie will er ihn dafür zur Rechenschaft ziehen. Mehr noch: Er wirft dem Toten und der Bevölkerung von Grande Comore implizit vor, sie hätten ihr eigenes „Paradies“ durch das Votum für die politische Unabhängigkeit preisgegeben und die Gründe für ihre „Emigration“ selbst geschaffen.

Als Mahossa sich der Autopsie widersetzt, droht ihm Chikungunya mit einer Klage vor Gericht wegen Beihilfe zum Mord. So projiziert er auf den Vertreter der Bevölkerung einen Vorwurf, der sich eigentlich gegen den französischen Staat richten müsste: Der Begriff „Todesvisa“ (*Visa de la mort*) wird auf den Komoren nicht nur für die von den französischen Behörden ausgegebenen Papiere zur legalen Einreise verwendet, sondern in metaphorischer Weise für die lebensgefährliche Seefahrt mit einem „Kwassa-kwassa“ nach Mayotte. Die Mehrheit der Inselbewohner\*innen beantragt vergeblich ein Visum, und viele von ihnen riskieren ihr Leben, um dennoch auf die ersehnte Insel zu gelangen. Der senegalesische Schriftsteller Boubacar Boris Diop spricht in diesem Zusammenhang von den „Verdamnten des Meeres“ (*Damnés de la Mer*) – in Anspielung auf den berühmten Buchtitel „Die Verdamnten der Erde“ (*Les Damnés de la Terre*) von Frantz Fanon, dem Theoretiker der Dekolonisierung.

### „Der Tag der Trauer“

Die französische Visa-Politik und ihre Folgen sind auch das Thema der Dichtung „Ein Trauergesang

für unsere Toten, mit Zorn zwischen den Zähnen“ (*Un Dhikri pour nos morts. La rage entre les dents*) von Soeuf Elbadawi. Ein *Dhikri* ist ein Gebet, ein ritueller Akt des Gedenkens, der 40 Tage nach dem Tod eines Menschen stattfindet. Der Autor adaptiert diese literarische Form, um die Visapolitik Frankreichs als ein Instrument des Neokolonialismus zu entlarven: Sie lege der Bevölkerung des Archipels gewaltsame Grenzziehungen auf, die der gemeinsamen Geschichte zuwiderlaufen, und mache die Menschen zu „illegalen Migranten“, wenn sie „das Land ihrer Vorfahren“ betreten wollen. Wie sehr die französische Republik aus der Sicht des Autors ihre revolutionären Ideale von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit verrät, bringt eine Kontrafaktur der ersten Strophe der Marseillaise zum Ausdruck: „Auf, Kinder des Vaterlandes, / Der Tag des Ruhmes ist gekommen“ beginnt die Nationalhymne; „Auf, ertrinkende Kinder der Brüdern und Schwestern / Der Tag der Trauer ist gekommen“, heißt es bei Elbadawi. Während das französische Original an die Bürger appelliert, sich den Soldaten der Tyrannei kampfesmutig entgegenzustellen, enthält das *Dhikri* den verzweifelt-resignierenden Appell, die „Unglücksboote“ zu besteigen, um die Fahrt übers Meer anzutreten – wo gefräßige Haie mit blutverschmiertem Maul auf die nächsten Ertrinkenden warten. Das katastrophale Ende der Schiffsreise nach Mayotte weckt Erinnerungen an die Kolonialzeit: Denn auf dem Seeweg wurden Menschen von den Komoren, aus Mosambik und aus Tansania als Sklaven nach Übersee verschleppt.



### LITERATURTIPPS

N. Attoumani: *Autopsie d'un Macchabée*. Paris 2009.

S. Elbadawi, Soeuf: *Un dhikri pour nos morts. La rage entre les dents*. Paris 2013.

R. A. Tchokothe: „Balladur Visa“ or „Visa of Death“? Questioning 'Migration' to Europe via the Comoros Archipelago. *Journal of Identity and Migration Studies* (2018), Vol. 12, no 2, 61-80.

R. A. Tchokothe: „Sci-en-ti-fi-que-ment, c'est la France, la France qui a un mort entre les mains“: le référent spatial et la „migration“ dans *Autopsie d'un macchabée*. *French Studies in Southern Africa* (2018), 48, 211-230.

T. Sellström: *Africa in the Indian Ocean. Islands in Ebb and Flow*. Leiden 2015.

Übersetzung des Artikels aus dem Englischen: Christian Wißler

■ Abb. 5: Nassur Attoumani in der Nähe der Raddaranlage auf Mayotte (Foto: Rémi A. Tchokothe).

## „In den innerstaatlichen Beziehungen zwischen Mayotte und Frankreich spiegeln sich noch die alten Nord-Süd-Beziehungen zwischen einer europäischen Kolonialmacht und seinen afrikanischen Kolonien wider.“

### Literatur als kritische Geographie

Unter dem Begriff „Kritische Geographie“ werden heute eine Reihe von Forschungsansätzen zusammengefasst, die geographische Räume als Produkte von Machtstrukturen, Herrschaftsansprüchen, Gewalt und Abhängigkeit, aber auch von Emanzipation und Widerstand betrachten. Räumliche Strukturen sind in dieser Perspektive daraufhin zu untersuchen, wie sie durch Prozesse geprägt sind, in denen Fragen von Gerechtigkeit und Solidarität, von Freiheit und Emanzipation ausgehandelt und entschieden werden. Unter diesem Blickwinkel lassen sich die Werke von Elbadawi und Attoumani als Vehikel einer engagierten, kritischen Geographie lesen. Die politische Landkarte bildet die Folie für Texte, die Grenzen nicht festschreiben, sondern im Gedächtnis an ihre Opfer verändern wollen.

Gleichwohl haben beide Autoren die Produktion und Vermarktung ihrer Werke auf die Literaturszene Frankreichs ausgerichtet und ihre Werke auf Französisch statt in den Bantu-Sprachen Shimaore oder Shikomore verfasst. In einem Interview erklärte Attoumani, dass er sich nicht auf die ungesicherten Rezeptionsverhältnisse in seinem restriktiven Umfeld habe verlassen wollen. Wäre sein Theaterstück auf

Shimaore erschienen, wäre völlig ungewiss gewesen, ob es überhaupt rezipiert worden wäre, erklärte Attoumani in einem Interview. Den Appell Ngũgĩ wa Thiong’os, die Potenziale afrikanischer Sprachen für eine „Dekolonisierung des Geistes“ zu nutzen, hat er daher in seiner eigenen literarischen Praxis nicht befolgen wollen. Zudem haben beide Autoren ihre Werke in französischen Verlagen oder Verlagsgruppen mit Sitz in Paris veröffentlicht. Und dennoch klagte Attoumani drei Jahre nach der Veröffentlichung von *Autopsie d'un Macchabée* darüber, dass er als frankophoner, auf Mayotte heimischer Autor von französischen Verlagen nicht wirklich als ein Autor Frankreichs anerkannt werde.<sup>1</sup>

Doch warum eigentlich sollte ein Autor wie Attoumani auf die Rezeption und Anerkennung seiner Werke in Paris hinarbeiten? Vor kurzem fand auf Mayotte die zweite internationale Buchmesse (nach 2017) statt – mit einem breiten Aufgebot an Literaturagenten, die nicht nur von den Nachbarinseln, sondern auch aus Madagaskar, Réunion, Mosambik, Tansania und Kenia angereist waren. Wer sich an den Buchständen umschaute und das reichhaltige Veranstaltungsprogramm besuchte, erlebte eine eindrucksvolle Dynamik: Auf der Landkarte der Literaturen aus Afrika scheinen sich die Grenzen zu verändern.

<sup>1</sup> N. Attoumani, R. A. Tchokothe (2017): „Le petit Mahorais apprend à écrire de droite à gauche à l'école coranique, ensuite de gauche à droite avec l'alphabet Latin.“ Unveröffentlichtes Interview mit Nassur Attoumani.



■ Abb. 6: Blick von der Insel Mayotte auf die Lagune von Dembéni. Im Vordergrund Gebäude der Université de Mayotte (Foto: wikimedia commons / CC BY 2.0 / Jean-Pierre Dalbéra).

■ Christian Wißler

## INTERVIEW MIT DR. RÉMI ARMAND TCHOKOTHE

# Swahili als Medium der Dekolonisierung

**S**eit einigen Jahren bieten Sie als Literaturwissenschaftler der Universität Bayreuth regelmäßig Seminare an der Université de Mayotte an. Wie würden sie das Profil dieser in Europa nur wenig bekannten Universität beschreiben?

Die Université de Mayotte – ihr offizieller Name lautet *Centre Universitaire de Formation et de Recherche* – wurde 2012 eröffnet. Zurzeit sind dort etwa 1.500 Studierende eingeschrieben, viele der rund 30 Dozent\*innen stammen aus Frankreich. Es werden hauptsächlich Bachelor-Studiengänge angeboten, die sich auf vier Studienbereiche verteilen: BWL/Verwaltungswissenschaft, Jura und Geographie; Literaturwissenschaft; Mathematik; Biologie. Die meisten Studierenden sind in Mayotte geboren, ausländische Studierende stammen hauptsächlich von den anderen Komoreninseln oder aus Madagaskar.

Wie gehen die Studierenden und Lehrenden mit ihrer „doppelten Identität“ um? Sehen sie sich mehr der akademischen Welt Frankreichs oder einer ostafrikanischen Wissenschaftskultur zugehörig?

Das ist eine der Kernfragen. Einige Studierende und Kolleg\*innen aus Mayotte betonen sehr gern ihre Zugehörigkeit zu Frankreich – man könnte von einer inszenierten Identität sprechen. Damit geht oft eine Geringschätzung und Diskriminierung von „Migrant\*innen“ einher, sogar auf dem Universitätscampus!

Leider hat man in den letzten Jahren versucht, auf afrikanischem Boden eine an Frankreich orientierte Ausbildung anzubieten, die den lokalen Realitäten und damit auch den Lebenserfahrungen der Studierenden ziemlich fernsteht. Der senegalesische Schriftsteller Boubacar Diop spricht in diesem Zusammenhang von einer *formation déformante*. Ich selbst befürchte, dass unter diesen Voraussetzungen keine *double culture*, sondern eher eine Art *double inculture* entstehen würde – also ein Zustand, in dem eine Abgrenzung zu ostafrikanischen Kulturen stattfindet, die Ausbildung einer gelebten französi-

schen Identität aber misslingt. Umso mehr freut es mich, dass mittlerweile viele Studierende und einige Kolleg\*innen dies erkannt haben und daran arbeiten, ihre Unterrichtsinhalte vom kolonialen Erbe zu lösen.

Wie sind die Literaturwissenschaften an der Université de Mayotte aufgestellt?

Das Curriculum in den Literaturwissenschaften besteht bis heute vor allem aus dem Studium der „französischen Literatur und Kultur“ – und damit sind nicht die frankophonen Literaturen aus afrikanischen Ländern gemeint, sondern die Literatur Frankreichs. Vor allem Werke von Schriftstellern aus dem 18. und 19. Jahrhundert sind Pflichtlektüre. Ich halte das für ziemlich anachronistisch. Zudem wird dieser Unterricht nicht genutzt, um den Studierenden stilistisch gutes Schreiben und Reden zu vermitteln. Sie beherrschen ihre eigene Landessprache längst nicht so stilsicher und fehlerfrei, wie man es erwarten sollte.

Sehen Sie eine Chance, dass Literaturen aus afrikanischen Ländern künftig stärker berücksichtigt werden?

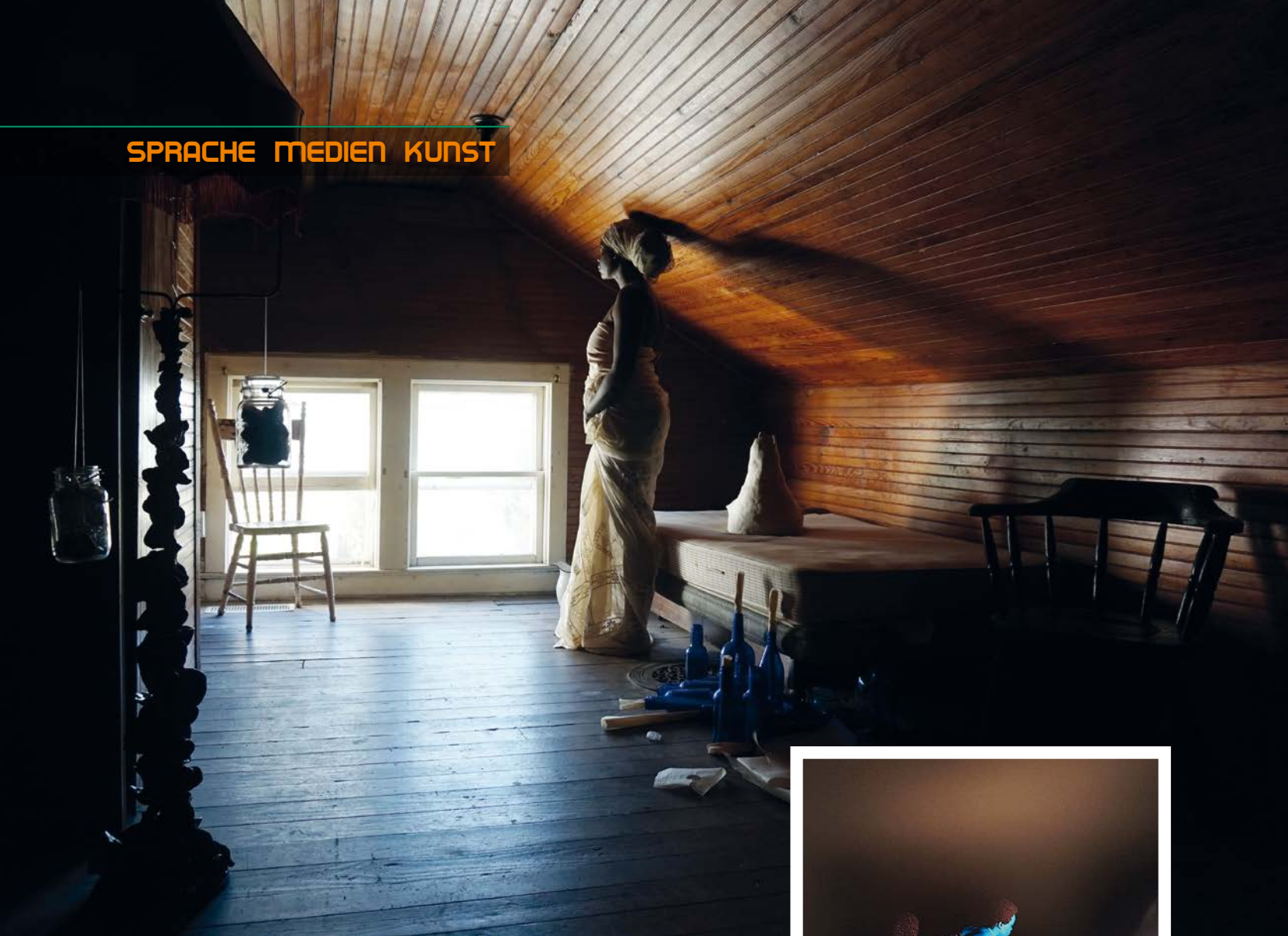
Vor drei Jahren habe ich in der Universität einen öffentlichen Vortrag mit dem Titel *Ce que peuvent les Études Africaines* (Was Afrikastudien bewirken können) gehalten. Um die Dekolonisierung des Literaturstudiums voranzutreiben, habe ich die Einrichtung einer Abteilung für Mayotte-Studien vorgeschlagen. Diese Idee wurde tatsächlich aufgegriffen, und so veranstaltet die Universität jetzt eine Weiterbildung im Bereich *Société, Langues et Cultures de Mayotte*. Die meisten Teilnehmer\*innen stammen aus Frankreich oder haben dort familiäre Wurzeln und sind auf der Insel berufstätig.

Ich selbst biete einen Kurs über die globale Relevanz des Swahili und der Literaturen in dieser Sprache an. Vor allem zeitgenössische Autor\*innen aus Kenia und Tansania sind mir dabei wichtig. Swahili ist eine Bantusprache, die



■ Abb. 1: Eingangportal der Université de Mayotte (Foto: [wikimedia commons / CC-BY-2.0 / Jean-Pierre Dalbéra](#)).

viele Wörter aus dem Arabischen übernommen hat und den komorischen Sprachen nahesteht. Als alte Handelssprache des Globalen Südens ist sie in Ostafrika bis hin zur arabischen Halbinsel weit verbreitet und hat verschiedene kulturelle Wurzeln. Daher ist der Sprach- und Literaturunterricht in Swahili sehr gut geeignet, um den kulturellen Horizont der Studierenden auf die Länder in ihrer eigenen geographischen Nachbarschaft hin zu erweitern. Es ist sehr bewegend zu sehen, mit welcher Begeisterung die Studierenden an diesem Kurs teilnehmen und wie sie sich mit Themen und Inhalten identifizieren können, mit denen sie hier zum ersten Mal in ihrem Leben in Berührung kommen. Ich habe auch den Schriftsteller Nassur Attoumani, der auf Mayotte lebt, in diese Lehrveranstaltung eingeladen. Denn es ist wichtig, dass die Studierenden nicht nur „alte“ Texte aus Europa kennenlernen, sondern auch mit Autor\*innen aus Afrika ins Gespräch kommen, die noch leben und mit deren Texten sie etwas anfangen können. Die Studierenden waren von dieser Veranstaltung, die zunächst nur ein Experiment war, begeistert – und so wird sie jetzt von meinem Kollegen Buata Bundu Malela jedes Jahr mehrmals wiederholt. Auf seine Einladung hin kam ich 2015 nach Mayotte, daraus ist eine enge wissenschaftliche Kooperation entstanden. In diesem Rahmen hat er am International Fellowship-Programm der Universität Bayreuth teilgenommen.



■ Christian Wißler



# Charakter und Schönheit

Artists in Residence und ihr künstlerisches Schaffen im Iwalewahaus

■ Stacey Gillian Abe: *Sylvia's Letters to my future self* (2017). Kleines Bild: Stacey Gillian Abe, *Indigogo 2* (2018) (Fotos: Stacey Gillian Abe).

Das Wort „Iwalewa“ stammt aus der Sprache der Yoruba, einer Ethnie im Südwesten Nigerias, und bedeutet: „Charakter ist Schönheit“. Im Jahr 1981 gegründet, ist das Iwalewahaus der Universität Bayreuth heute ein international sichtbares, in Europa einzigartiges Zentrum für afrikanische Gegenwartskunst. Es versteht sich nicht als „Kunsthalle“ im traditionellen Sinn, sondern als ein Laboratorium, das Kreativität und wissenschaftliche Forschung verknüpft und dabei auf Inklusivität Wert legt. Mit Ausstellungen, Publikationen, Filmvorführungen und Performances wendet es sich an die Öffentlichkeit und erfährt dabei große Resonanz – nicht nur in Deutschland, sondern weit darüber hinaus. So entwickelte sich die im Rahmen der Bayreuth Academy of Advanced African Studies konzipierte Ausstellung „Future Africa Visions in Time (FAVT)“ zu einem vielbeachteten internationalen Event. In Zusammenarbeit mit dem Goethe-Institut machte sie in mehreren afrikanischen Metropolen Station, im November 2019 wurde sie in der ruandischen Hauptstadt Kigali eröffnet.

Indem das Iwalewahaus die öffentliche Präsentation von Kunst mit neuen Impulsen für deren kreative

Aneignung verbindet, besitzt es eine starke Anziehungskraft für Künstler\*innen und Kurator\*innen sowie für Kunstinteressierte aus den unterschiedlichsten Bereichen von Kultur und Gesellschaft. In vieler Hinsicht prägend für die Arbeit im Iwalewahaus sind die *Artists in Residence*: Künstler\*innen aus Afrika kommen für mehrwöchige Aufenthalte nach Bayreuth, um neue Anregungen zu gewinnen, an Bildern, Filmen oder Installationen zu arbeiten und Einblicke in ihr künstlerisches Schaffen zu vermitteln. Oft nehmen sie im Iwalewahaus an den Vernissagen von Ausstellungen teil, in denen eigene Werke gezeigt werden.

Im Jahr 2015 haben das Iwalewahaus und das International Office der Universität Bayreuth in einer gemeinsamen Initiative den Iwalewa Art Award ins Leben gerufen. Im zweijährigen Turnus werden junge, aufstrebende Künstler\*innen aus Afrika ausgezeichnet, die sich bereits international einen Namen gemacht haben. Die Preisverleihung ist verbunden mit einer Künstlerresidenz am Iwalewahaus und einer Ausstellung in der Universität Bayreuth.

■ Abb. 1 (unten links): Künstlerin Stacey Gillian Abe (Foto: Jürgen Rennecke).

■ Abb. 2: Stacey Gillian Abe: *Seat of Honor #2* (2017) (Foto: Stacey Gillian Abe).

## Stacey Gillian Abe

Preisträgerin des Iwalewa Art Award 2019 ist die ugandische Künstlerin Stacey Gillian Abe. In ihren neueren Arbeiten lässt sie sich von poetischen und dokumentarischen Texten inspirieren, die der Gründer des Iwalewahaus, Ulli Beier, zusammengetragen hat und hier archiviert worden sind: insbesondere von einer Anthologie afrikanischer Schöpfungsmythen und einer Gedichtsammlung in der Sprache der Yoruba. Stacey Gillian Abe will die emotionalen Inhalte der Texte,



ihre Geschichten und tieferen Beziehungen ausloten und visuell neu interpretieren. Als Material nutzt sie dabei vor allem Videoformate und fotografische Drucke, wobei sie mit Technik (Langzeitbelichtung), Materialien und Technologie (Cyano-

type) experimentiert. Mit ihrem künstlerischen Schaffen ist sie heute auf namhaften internationalen Kunstausstellungen präsent. 2018 wurde sie von „Forbes Africa Under 30“ als eine der kreativsten 30 Persönlichkeiten aus Afrika gelistet.

## Méga Mingiedi Tunde

**K**inshasa, die Hauptstadt der Demokratischen Republik Kongo, ist der Ausgangspunkt des künstlerischen Schaffens von Méga Mingiedi Tunde. In seiner Ausstellung „Kinshasa – Bayreuth“, die 2019 im Iwalewahaus gezeigt wurde, verknüpfte er das kulturelle und politische Erbe beider Städte, um zu existenziellen Reflexionen über das Vernetztsein in einer globalisierten Welt anzuregen. In die Exponate waren Abbildungen realer Gebäude, Rückblenden in die Geschichte, Konsumgewohnheiten und

Werbeslogans integriert, aber auch Bustickets, Flaschenetiketten und andere Spuren des Alltags in beiden Städten. Charakteristisch für das Werk des in Kinshasa lebenden Künstlers sind großformatige Kartographien von imaginären

städtischen Räumen, in denen er sich mit deren Prägungen durch Architekturen, Mobilität und wirtschaftliche Einflüsse auseinandersetzt. Historische Ereignisse, gegenwärtige Lebensbedingungen und Zukunftspotenziale fließen dabei ineinander und bilden einen von der „Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen“ geprägten Kosmos.



■ Abb. 3 (links): Künstler Méga Mingiedi Tunde (Foto: Christian Wisfler).

■ Abb. 4 und 5: Méga Mingiedi Tunde, Ausstellungsdetail: Kinshasa – Bayreuth (2019) (Fotos: Iwalewahaus, Universität Bayreuth).

## Kitso Lynn Lelliott



**I**m Jahr 2017 wurde Kitso Lynn Lelliott aus Johannesburg für ihr Projekt „Alzire“ mit dem Iwalewa Art Award ausgezeichnet. Bei ihrer künstlerischen Forschung zum transatlantischen Sklavenhandel entdeckte sie den Hof der Markgräfin Wilhelmine von Bayreuth. Hier arbeitete im 18. Jahrhundert eine Frau namens Alzire, die vermutlich aus Surinam in Südamerika stammte, wo viele verklavte Menschen mit westafrikanischen Wurzeln auf Zuckerrohrplantagen arbeiteten. Mit einer Videoinstallation ruft die Preisträgerin diese Geschichte wieder ins Leben: Als geisterhafte Figur erscheint Alzire im Neuen Schloss in Bayreuth und lässt die Zeit des Kolonialismus



■ Abb. 6: Künstlerin Kitso Lynn Lelliott (Foto: privat).

■ Abb. 7 und 8: Kitso Lynn Lelliott, Video-Standbilder: Alzire of Bayreuth (2015) (Fotos: Kitso Lynn Lelliott).

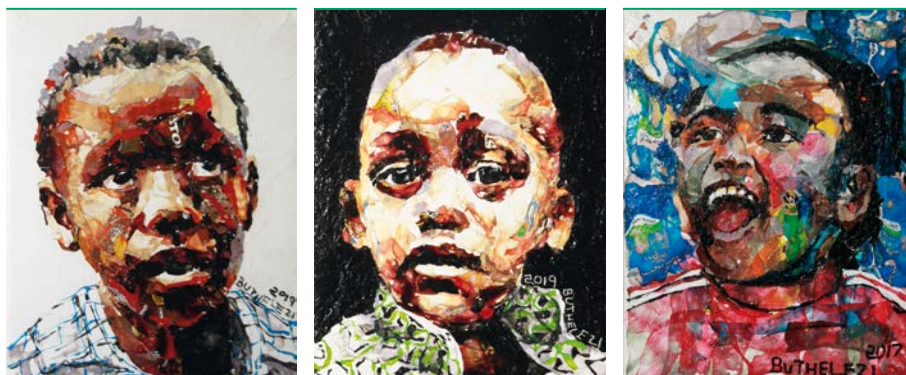


wieder aufscheinen, als Menschen aus Afrika gewaltsam entwurzelt und in andere Kontinente verschleppt wurden. Auch weitere Arbeiten der Künstlerin, die in Europa, Brasilien und Westafrika entstanden, kreisen um das Verhältnis von Vergessen und Erinnerung. Orten der Gegenwart mit den Ausdrucksformen eines magischen Realismus die eigene Geschichte zu vergegenwärtigen, ist das verbindende Leitmotiv ihrer Werke.

## Mbongeni Buthelezi

Im Juli 2019 war Mbongeni Buthelezi aus Johannesburg an der Universität Bayreuth erstmals zu Gast. Er hatte sechs ausdrucksstarke Porträtbilder mitgebracht, die auf den ersten Blick mit Ölgemälden verwechselt werden könnten. Die farbig strukturierten Oberflächen bestehen aus Plastik, das der Künstler mit originellen, von ihm selbst entwickelten Techniken aus Abfällen gewinnt und als künstlerischen Werkstoff einsetzt. Durch den kreativen Umgang mit den

■ Abb. 9 - 12: Der Künstler Mbongeni Buthelezi bei der Ausstellung seiner Portraits im Iwalewahaus (Fotos: Christian Wißler).



Eigenschaften von Plastik will Buthelezi in seinen Werken auf zerstörerische Lebensbedingungen wie Perspektivlosigkeit, Verarmung und Umweltverschmutzung hinweisen, aber ebenso zeigen, dass die Welt sich mit Mut und Engagement zum Besseren verändern lässt. Seine Arbeiten wurden bereits in internationalen Ausstellungen in Südafrika, den USA, Deutschland, England, Spanien und weiteren Ländern gezeigt. In Bayreuth stießen sie auch seitens der naturwissenschaftlichen Mikroplastikforschung auf lebhaftes Interesse – im März 2020 wird ein gemeinsames Projekt mit dem SFB Mikroplastik der Universität Bayreuth diese Verbindung vertiefen.

## Yassine Balbzioui



Seit vielen Jahren ist der in Marrakesch lebende, international hochgeschätzte Multi-Media- und Performance-Künstler Yassine Balbzioui dem Iwalewahaus verbunden, das er seit 2015



auch auf Einladung des Freundeskreises Iwalewahaus e.V. als *Artist in Residence* besuchte. Die Ausstellung „MAD“ im Sommer 2019 mit Bildern, Figuren und Video-Installationen bot einen weiten Überblick über sein Werk: eine vielgestaltige Phantasiewelt, die sich dem Publikum radikal öffnet und zum Verweilen, zum kreativen Miterleben einlädt. Humorvolle, ironische und skurrile Motive finden sich darin ebenso wie Bilder des Entsetzens und Verstummens. Für die eigene künstlerische Freiheit sind, wie Yassine Balbzioui betont, gute Beziehungen zu einer Institution wie dem Iwalewahaus von großem Wert. Zu seinem Schaffen in Bayreuth zählen Performance-Workshops mit Jugendlichen, eine Zusammenarbeit mit dem in Bayreuth ansässigen Porzellan-Hersteller Walküre

und die Produktion der Oper „Ghost Flowers“ am Richard Wagner Museum im Jahr 2018.



■ Abb. 13 (links): Yassine Balbzioui, *Double Sight* (2017) (Foto: Iwalewahaus, Universität Bayreuth).

■ Abb. 14 (oben): Yassine Balbzioui, Atelierdetail: *MAD* (2019) (Foto: Iwalewahaus, Universität Bayreuth).

■ Abb. 15: Der Künstler Yassine Balbzioui vor dem Plakat seiner Ausstellung „MAD“ (Foto: Christian Wißler).

Yassine balbzioui 2017

# „Flying Wall“

Im Iwalewahaus der Universität Bayreuth erstreckt sich über zwei Stockwerke des Treppenhauses ein Wandgemälde des marokkanischen Künstlers Yassine Balbzioui. Der Freundeskreis Iwalewahaus e.V. hatte diese im Sommer 2017 entstandene Arbeit mit dem Titel „Flying Wall“ ermöglicht. Orte und Szenen aus dem Umfeld des Iwalewahaus verbinden sich darin mit einem farnefrohen, von Fabelwesen bevölkerten Kosmos. „I believe we can fly together“, sagte der Künstler anlässlich der Vorstellung seines Werks, das mit seiner Fülle an Farben und Formen immer wieder zu neuen Entdeckungen einlädt.

Die phantastischen Geschichten, die das Wandgemälde enthält, inspirierten den Komponisten und Pianisten Simon Vincent zu einer musikalischen Klangwelt. Anlässlich der Ausstellung „MAD“ von Yassine Balbzioui, 2019 kuratiert von Nadine Siegert und Katharina Fink, wurde seine Komposition „Conférence“ zum ersten Mal erlebbar. Das Musikstück ist auch ein Beitrag zum inklusiven Ansatz des Iwalewahaus: Ausstellungsstücke werden hier für viele Sinne erlebbar.

